



74. Sitzung

Mittwoch, 14. Februar 2007

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	3919 A	Faktion der CDU: Tourismusboom – Hamburg sehen und kennen lernen (Nicht behandelt wegen Redezeitalters)
Abwicklung und Ergänzung der Tagesordnung	3919 A	
Aktuelle Stunde	3919 A	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft: Wahl eines Mitglieds des Ausschusses zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Finanzgericht Hamburg – Drs 18/5715 –
		3934 D
Fraktion der SPD:		Ergebnis
Airbus: Gemeinsames Handeln für den Erhalt von Arbeitsplätzen – Entwicklungschancen nutzen!		3937 D
Ingo Egloff SPD	3919 B, 3925 A	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft: Wahl eines Mitglieds des Ausschusses zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Hamburg – Drs 18/5716 –
Barbara Ahrons CDU	3920 A	3934 D
Jens Kerstan GAL	3921 A, 3923 C	
Gunnar Uldall, Senator	3921 D, 3923 C, 3927 B	Ergebnis
Gesine Dräger SPD	3922 D	3937 D
Dr. Andreas Mattner CDU	3924 B	
Dr. Willfried Maier GAL	3925 D	
Werner Dobritz SPD	3926 C	
Fraktion der GAL:		Antrag der Fraktion der CDU: Wiederaufnahme der Nautiker-Ausbildung in Hamburg – Drs 18/5720 –
Klimaschutz jetzt! 40 Prozent weniger CO₂ bis 2020		3935 A
Christian Maaß GAL	3927 C	dazu
Rüdiger Kruse CDU	3928 C	Antrag der Fraktion der SPD: Maritime Ausbildung fördern – Hamburg braucht wieder eine Seefahrtausbildung – Drs 18/5801 –
Dr. Monika Schaal SPD	3929 B, 3933 C	Olaf Ohlsen CDU
Claudius Lieven GAL	3930 B	3935 A
Jenspeter Rosenfeldt SPD	3931 A	Uwe Grund SPD
Axel Gedaschko, Senator	3931 D	3935 D, 3937 C
Christa Goetsch GAL	3933 A	
Hartmut Engels CDU	3934 A	

Dr. Heike Opitz GAL	3936 C	Kai Voet van Vormizeele CDU	3951 D
Hans-Detlef Roock CDU	3937 A	Antje Möller GAL	3952 C
Beschlüsse	3937 D	Beschlüsse	3953 C
		Besprechung erfolgt	3953 D
Bericht des Rechtsausschusses:			
Jugenddezernat der Staatsanwaltschaft		Antrag der Fraktion der GAL:	
– Drs 18/5688 –	3938 A	Hamburger Bundesratsinitiativen für ein Tempolimit und eine Senkung der CO₂-Emissionen	
Viviane Spethmann CDU	3938 A	– Drs 18/5725 –	3953 D
Rolf-Dieter Kloß SPD	3939 A	Jörg Lühmann GAL	3953 D
Dr. Till Steffen GAL	3940 A	Hartmut Engels CDU	3955 C, 3958 D
Beschluss	3941 A	Dr. Monika Schaal SPD	3956 C
Senatsmitteilung:		Christian Maaß GAL	3957 C
Kulturwirtschaftsbericht für Hamburg 10°KUNST Kunstmeile Kunst in hamburg Kindermuseum KL!CK		Christa Goetsch GAL	3959 B
– Drs 18/5699 –	3941 B	Beschluss	3959 B
Brigitta Martens CDU	3941 B	Antrag der Fraktion der CDU:	
Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD	3942 A	Situation der Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler in Hamburg verbessern – tenure track ermöglichen	
Dr. Willfried Maier GAL	3942 D, 3944 D	– Drs 18/5719 –	3959 C
Dr. Karin von Welck, Senatorin	3943 D	Beschluss	3959 C
Beschluss	3945 A	Bericht des Schulausschusses:	
Antrag der Fraktion der SPD:		KESS 4 und 7	
Stellungnahme des Senats zu Unklarheiten, Ungereimtheiten und Unwahrheiten in der Osmani-Mettbach-Affäre		– Drs 18/5665 –	3959 C
– Drs 18/5729 –	3945 B	Wilfried Buss SPD	3959 D
und		Dittmar Lemke CDU	3960 B
Antrag der Fraktion der SPD:		Marino Freistedt CDU	3961 B
Lagebericht zur Organisierten Kriminalität in Hamburg 2001 bis 2005		Christa Goetsch GAL	3962 C
– Drs 18/5730 –	3945 B	Beschluss	3963 C
sowie		Bericht des Eingabenausschusses:	
Große Anfrage der Fraktion der SPD:		Eingaben	
Unzuverlässige Geschäftsleute und mutmaßliche Kriminelle als Vertragspartner der Stadt Hamburg		– Drs 18/5582 –	3963 D
– Drs 18/5355 –	3945 B	Bericht des Eingabenausschusses:	
Thomas Böwer SPD	3945 B, 3953 A	Eingaben	
Dr. Manfred Jäger CDU	3946 D, 3953 C	– Drs 18/5584 –	3963 D
Jens Kerstan GAL	3948 A	Bericht des Eingabenausschusses:	
Udo Nagel, Senator	3949 A	Eingaben	
Dr. Andreas Dressel SPD	3950 A	– Drs 18/5585 –	3963 D
		Beschlüsse	3963 D
		Sammelübersicht	3964 A
		Beschlüsse	3964 A

A **Beginn: 15.00 Uhr**

Präsident Berndt Röder: Die Sitzung ist eröffnet. Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrates haben die Fraktionen vereinbart, die Tagesordnung um zwei Punkte zu ergänzen. Es handelt sich dabei um den Interfraktionellen Antrag aus der Drucksache 18/5800 und zum anderen um den Bericht des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 18/5798, die als Tagesordnungspunkte 30 und 18 b nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen wurden. Darüber hinaus sind die Fraktionen übereingekommen, dass auch der Tagesordnungspunkt 19 vertagt werden soll. Das ist die Drucksache 18/5717.

Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

Airbus: Gemeinsames Handeln für den Erhalt von Arbeitsplätzen – Entwicklungschancen nutzen!

von der GAL-Fraktion

Klimaschutz jetzt!
40 Prozent weniger CO₂ bis 2020

und von der CDU-Fraktion

Tourismusboom – Hamburg sehen und kennenlernen

B Ich rufe sodann das erste Thema auf. Das Wort bekommt der Abgeordnete Egloff.

Ingo Egloff SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Luftfahrtindustrie hat in dieser Stadt, in der Metropolregion Hamburg und in ganz Norddeutschland als Hochtechnologiebereich eine zentrale Funktion in der Industriepolitik. Allein im Bereich der Metropolregion sind 30 000 Menschen in dieser Industrie beschäftigt und ein erheblicher Teil der Forschung und Entwicklung ist von diesem Bereich abhängig.

Wir haben in dieser Stadt gemeinsam dafür gestritten, dass der A380 in Hamburg gebaut wird. Was sozialdemokratische Senate begonnen haben, hat dieser Senat fortgesetzt. Es ist richtig, meine Damen und Herren, dass wir hier gemeinsam die Interessen der Region verteidigen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die Hamburger Sozialdemokraten haben auch in schwierigen Zeiten, wie bei der Landebahn, zu diesem Projekt gestanden und die Hamburgerinnen und Hamburger können sich auch jetzt auf uns verlassen. Wir stehen zu dem Luftfahrtstandort Hamburg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass auch zukünftig Hamburg an der technologischen Entwicklung im Flugzeugbau teilhat. Wir wollen, dass der A380 in Hamburg weitergebaut wird und wir wollen auch, dass Hamburg am A350 beteiligt wird. Dafür setzen wir uns als Sozialdemokraten ein.

(Beifall bei der SPD)

C Herr Bürgermeister, Sie können sicher sein, dass die Hamburger SPD an Ihrer Seite steht, wenn Sie fordern, dass der A380 auch in Zukunft in Hamburg gebaut wird und EADS seine vertraglichen Verpflichtungen einhält, denn das ist eine Gesamt-Hamburger Aufgabe.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Lassen Sie mich einige Worte zur Situation selber verlieren. Wir müssen wieder einmal feststellen, dass Managementfehler auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgeragen werden und die Arbeitnehmer mit dem Verlust von Arbeitsplätzen dafür bezahlen sollen. Wer das Interview in der "Süddeutschen Zeitung" mit dem EADS-Technik-Vorstand Botti in der letzten Woche gelesen hat, muss sich doch verwundert fragen, wie Airbus bei derartigen Strukturen bisher überhaupt funktionieren konnte und bedurfte es eines derart komplexen Prozesses wie beim A380, um festzustellen, dass es so nicht weiter geht, meine Damen und Herren? Ich frage mich, ob die Lösung wieder nur die sein kann, die Unternehmensleitungen immer zuerst einfällt, wenn solch eine Situation eintritt, nämlich Mitarbeiter zu entlassen. Sicher hat man einen Verlust von 2 Milliarden Euro gemacht. Man hat eine gewaltige Investition mit der Neuentwicklung des A350 vor sich, die Milliarden Euro kosten wird. Aber ist es in dieser Situation klug, Fachkräfte zu entlassen? Die Auftragsbücher sind voll. Man kann lesen, dass in den nächsten Jahren über 2500 Flugzeuge aller Typen zu bauen sind.

D Vor kurzer Zeit wurde uns erzählt, dass Airbus 1800 Ingenieure und Fachkräfte benötigen würde. Was hat sich daran geändert, meine Damen und Herren? Wie will man einerseits den Rückstand beim A380 aufholen, den A350 konzipieren und gleichzeitig 2500 neue Flugzeuge bauen und das bei sinkender Belegschaft. Hat man eigentlich aus dem Dolores-Programm, das vor einigen Jahren gelaufen ist und bei dem man am Ende feststellen musste, dass man die Fachkräfte braucht, nichts gelernt. Ich bin da skeptisch, ob die Weisheit, die der Vorstand hier in seiner Entscheidung meint zu haben, an dieser Stelle Arbeitskräfte abzubauen, richtig ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin auch der Auffassung, dass die Airbus-Mitarbeiter langsam ein Recht darauf haben zu erfahren, an welchem Standort was passieren soll, meine Damen und Herren. Heute konnte man wieder der Presse entnehmen, dass es nicht sicher sei, ob es morgen, übermorgen oder irgendwann in den nächsten Tagen gesagt wird. Wer als Mitarbeiter eines Unternehmens diese Unsicherheit erlebt hat, der weiß, wovon man hier redet. Diese Unsicherheit muss zu Ende sein. Die Mitarbeiter haben ein Recht darauf zu erfahren, wann die Entscheidung getroffen wird und wie sie aussieht.

(Beifall bei der SPD, der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Eines sollten wir auch noch bedenken. Wir haben hier wieder ein Beispiel, an dem man sehen kann, wie Frankreich im Interesse des Landes Industriepolitik betreibt. Da wird in einem Gemeinschaftsprojekt zunächst dafür gesorgt, dass die eigenen Leute in der Führungsebene in der Mehrzahl sind und dann soll die Sanierung einseitig sein. Ich denke, dass wir uns auch in der föderal ausgerichteten Bundesrepublik Deutschland langsam Gedanken darüber machen müssen, wie deutsche Unternehmen international noch eine Rolle spielen können und wie

A die Industriepolitik der Bundesregierung in Zukunft darauf ausgerichtet ist. Das, meine Damen und Herren, wird die Aufgabe der nächsten Zeit sein. Ich hoffe, da stehen wir gemeinsam mit den Mitarbeitern von Airbus Seite an Seite und kämpfen für diesen Standort. – Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Ahrons.

Barbara Ahrons CDU:* Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Unabhängig von der politischen Grundausrichtung muss die Sicherung von Arbeitsplätzen immer an erster Stelle stehen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Fähigkeiten und Technologien in Deutschland erhalten bleiben und ausgebaut werden, wenn sie solch eine Zukunft vor sich haben. Es gilt, alles bei uns zu tun, dass die Arbeitsplätze nicht ins Ausland verlegt werden.

Die Luftfahrt, meine Damen und Herren, hat eine Zukunft. Ich bin mir sicher, dass wir hier auf das richtige Pferd setzen.

(Beifall bei der CDU)

Die Arbeit des Senats, der sich seit geraumer Zeit in intensiven Gesprächen mit Airbus befindet, sich dadurch aktiv einbringt und beteiligt, ist genau der richtige Weg. Die enge Zusammenarbeit mit den anderen norddeutschen Ländern und der Bundesregierung verstärken noch den Einsatz für den deutschen Standort. Wir verlieren aber auch die Zulieferbetriebe nicht aus den Augen. Es ist unser Ziel, dass diese nicht in den Dollarraum verlegt werden, sondern dass unsere Betriebe vor Ort wettbewerbsfähig bleiben und werden. Hier hat der Senat schon den ganz entscheidenden Schritt getan und vorübergehende Liquiditätsschwierigkeiten der Zuliefererunternehmen mit Überbrückungskrediten unterstützt.

Nun ein Hinweis, meine Damen und Herren von der Opposition: Lassen Sie sich doch von den medialen Horrormeldungen nicht verrückt machen.

(Zurufe von der SPD und der GAL: Ha, ha!)

Panik hat uns noch nie geholfen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Nur, weil Sie, meine Damen und Herren, nicht wissen, wie es weitergeht, heißt das doch noch lange nicht, dass der Senat die Hände in den Schoß legt.

(Unmutsäußerungen bei der SPD)

Die einzelnen Punkte des Sparprogramms "Power 8" sind auch noch nicht veröffentlicht und das heißt, alle Äußerungen zu einem geplanten Abbau von Arbeitsplätzen in ganz Europa sind derzeit reine Spekulation und an der wird sich meine Fraktion nicht beteiligen.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Einen deutlichen Hinweis möchte ich allerdings an die Konzernleitung senden: Wir fordern Sie auf, die Lasten der Umstrukturierungsmaßnahmen Frankreich und Deutschland gleichermaßen zuzumuten und gerecht und vor allen Dingen sinnvoll zu verteilen.

Meine Damen und Herren! Wir sprechen bei Airbus doch nicht von einem Intensivpatienten. Derzeit weist Airbus eine so gute Auftragslage auf, dass wir davon ausgehen,

dass schon ein Großteil seiner Mitarbeiter in Hamburg allein zur Bearbeitung dieser Bestellungen benötigt wird.

(*Christian Maaß GAL:* Und der HSV wird auch noch deutscher Meister!)

Zudem bestehen zwischen der Hansestadt und Airbus vertragliche Vereinbarungen und es gibt nach wie vor keinerlei Anzeichen dafür, dass sich Airbus an diese nicht halten wird.

Hamburg hat sich mit dem 7,5-Prozent-Paket von DaimlerChrysler am EADS-Mutterkonzern beteiligt, wodurch sich der Einfluss der Hansestadt deutlich erhöhen wird. Auch wenn eine staatliche Beteiligung in einem privatwirtschaftlichen Unternehmen vom Grundsatz her ganz gewiss nicht der richtige Weg ist, so ist es in diesem speziellen Fall wohl doch zu empfehlen.

Hamburg zeigt mit dieser Beteiligung als größter deutscher Airbus-Standort auch das größte finanzielle Engagement unter den norddeutschen Ländern. Dieser Schritt hat Signalwirkung, mit dem die Hansestadt ihre Interessen und Durchsetzungsmöglichkeiten deutlich verstärken wird.

Ihre Kritik, lieber Herr Kerstan, richtet sich leider an die falsche Stelle.

(*Jens Kerstan GAL:* Ich habe doch noch gar nicht geredet!)

– Ich habe Zeitung gelesen.

(Zurufe von der GAL: Ah, ah!)

Der finanzielle Einstieg Hamburgs und der Einsatz des Senats zeigen nämlich ganz deutlich, in welchem Maße sich der Senat für Beschäftigung und Wachstum in der Hansestadt einsetzt

(Beifall bei der CDU)

Und das nicht erst heute, sondern schon seit geraumer Zeit. Was Sie uns allen heute noch nicht präsentiert haben, ist eine bessere Lösung aus Ihrem Hause. Hier hätte ich natürlich auch gerne einmal Vorschläge gehört. Mit Ihrer Kritik suchen Sie doch nur wieder nach der Nadel im Heuhaufen.

(*Gesine Dräger SPD:* Wir haben doch gar nichts kritisiert, Frau Ahrons!)

Es ist nicht Aufgabe der Politik, meine Damen und Herren, Unternehmensentscheidungen des Konzernes herbeizuführen oder zu korrigieren. Die Probleme, die Airbus derzeit hat, müssen ganz klar im Unternehmen selbst gelöst werden, insbesondere, wenn es sich hierbei um Managementfehler handelt. Hier hat die Politik nichts zu suchen.

(Zurufe von der SPD)

Ein Stimmrecht, meine Damen und Herren, wie von der GAL gefordert, ist weder nötig noch überhaupt möglich.

Grundsätzlich bleibt es aber die zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik, in erster Linie die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Unternehmen nicht durch übertriebene staatliche Eingriffe verprellt werden und Arbeitsplätze sich durch ihr Produktionsergebnis selbst erhalten. Wir unterstützen die Arbeit des Senats in diesem Falle auf jeden Fall.

(Beifall bei der CDU)

A **Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ahrns, wenn man Ihnen so zuhört, wie Sie versuchen, die Situation gesundzubeten, dann könnte man fast glauben, dass Sie als Nächstes sagen, dass der HSV in diesem Jahr Meister wird.

(Heiterkeit bei der SPD)

Noch ein paar Worte an die Regierungsfraktion zur aktuellen Lage von Airbus. Das Unternehmen Airbus ist in einer schweren Krise. Der A380 bringt nicht die eingeplanten Milliardengewinne, sondern er verschlingt Milliardenkosten. Die dadurch verschwundenen Milliarden fehlen bei den notwendigen Investitionen an allen Ecken und Enden. Bei der Weiterentwicklung der Produktpalette von Airbus droht Airbus im Moment, den Anschluss an den Konkurrenten Boeing zu verlieren. Eines ist in dieser Situation klar: Es wird grundlegende und schwerwiegen Änderungen im Arbeitsablauf bei Airbus geben. Die Frage ist, ob Hamburg von diesem Prozess profitieren oder verlieren wird. Dazu muss es noch ein paar klare Anmerkungen geben.

Das ganze Unternehmen Airbus ist ein Ergebnis Industriepolitik vonseiten des Staates, und zwar des deutschen und des französischen Staates. Ohne den Einfluss der Politik gäbe es weder Airbus noch den A380. Die aktuelle Krise ist allerdings nicht durch die politisch vereinbarte Arbeitsteilung verursacht worden, sondern durch Fehler des Managements. Daher kann auch die Lösung dieser Krise nicht darin liegen, an den politischen Rahmenbedingungen vorbei eine Lösung zu entwickeln. Eigentlich wäre es Aufgabe dieses Senats, dieses dem französisch geprägten Management bei Airbus klarzumachen. Das geht allerdings nur, wenn der Senat auf Augenhöhe mit Airbus agiert. Das hat der Senat allerdings in den letzten Jahren versäumt.

Wer in den letzten Jahren nicht darauf bestanden hat, dass Airbus geschlossene Verträge auch einhält, wie zum Beispiel beim Auslieferungszentrum, der muss sich nicht wundern, wenn das französische Management jetzt glaubt, sich an überhaupt nichts mehr halten zu müssen.

(Beifall bei der GAL – Wolfgang Beuß CDU: So ein Blödsinn!)

Die ersten Reaktionen von Ihnen, Herr Senator Uldall, waren eher hilflos als hilfreich. Angesichts der befürchteten Arbeitsplatz- und Technologieverlagerung haben Sie dem Airbus-Management damit gedroht, dem Mutterkonzern von EADS Militäraufträge zu entziehen. Aus dem kalten Krieg wissen wir, dass eine wirksame Abschreckung nur durch glaubhafte Drohungen entsteht. Wie glaubhaft ist jetzt eine Drohung, um Arbeitsplätze in Hamburg zu sichern, Airbus Aufträge zu entziehen und dadurch in Bayern Tausende von Arbeitsplätzen zu gefährden, denn diese Eurofighter und die Militärhubschrauber, die Sie jetzt woanders bestellen wollen, Herr Uldall, werden dummerweise in Deutschland produziert. Ihr Vorschlag würde nicht den Standort sichern, sondern weitere Tausende Beschäftigte bei Airbus gefährden.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Mit einer solchen Politik sichern Sie nicht den Hamburger Standort, sondern Sie machen sich lächerlich, schlimmer: Sie haben damit die deutsche Verhandlungsposition

geschwächt. Hätten Sie doch lieber geschwiegen, Herr Senator.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Eigentlich muss es jetzt bei dem Umstrukturierungsprozess darum gehen, dafür zu sorgen, dass Arbeitsplätze und Hochtechnologie in Hamburg erhalten bleiben. Dabei kann es durchaus sinnvoll sein, dass sich die öffentliche Hand wieder an EADS beteiligt. Bei einer sinnvollen Lösung hätten Sie uns an Ihrer Seite. Ich war einer der Ersten, der dort einen solchen Einstieg gefordert hat. Schauen wir uns jetzt einmal an, was Sie für ein Paket geschnürt haben, Herr Uldall, denn mit Ihrer Lösung ist doch gerade der Einfluss der Politik auf EADS nicht mehr gewährleistet. Sie wollen für 155 Millionen 0,75 Prozent an Airbus-Aktien erwerben. Der entscheidende Punkt ist aber, dass das stimmrechtslose Vorzugsaktien sein sollen. Das heißt, Sie kaufen Daimler Aktien ab, aber das Stimmrecht bleibt bei Daimler, bei dem industriellen Partner, der in den letzten Jahren deutlich gemacht hat, dass er Airbus und EADS nicht mehr zu seinem Kerngeschäft zählt, der den Konzern durch Sparprogramme ausgeblutet hat, der keine Manager sowie gute Leute in das Unternehmen schickt und der den Franzosen das mittlere und operative Management überlassen hat.

Eine solche Lösung, meine Damen und Herren, ist keine Industriepolitik, eine solche Lösung sichert keinen Einfluss Hamburgs auf das Unternehmen. Wenn Sie eine andere Lösung finden, die dort sichere Maßnahmen für Hamburg bewirken, hätten Sie uns auf Ihrer Seite, aber diese Lösung, meine Damen und Herren, ist absurd. Es ist nicht einzusehen, warum Hamburg für ein solches Paket 155 Millionen Euro zahlen soll,

(Glocke)

– ich komme zum Schluss, Herr Präsident –, ohne jeden Einfluss auf Airbus zu gewinnen. Dort brauchen wir andere Lösungen. Ich fordere Sie auf, helfen Sie, das zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Uldall.

Senator Gunnar Uldall: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Flugzeugbau in Hamburg ist eine Erfolgsgeschichte, die im Wesentlichen von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf Finkenwerder geschrieben wurde, die hart für ihr Werk gearbeitet haben. Wir können stolz auf diese Leute sein, die dort geschuftet haben und wir sind stolz auf Airbus in Hamburg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der SPD und bei Jens Kerstan GAL)

Bei sehr vielen Gelegenheiten habe ich mich immer wieder bedankt und die positive, initiirende Rolle hervorgehoben, die mein Amtsvorgänger, Thomas Mirow, im Zusammenhang mit Airbus erbracht hat. Ich möchte ausdrücklich auch in dieser Debatte noch einmal sagen, dass damals die Weichen für diesen Erfolg gestellt wurden. Jetzt müssen wir gemeinsam sehen, dass wir diesen Erfolg auch zu einem guten Ergebnis bringen. Ich hoffe sehr, wenn wir in einigen Wochen in diesem Parlament erneut über diese Dinge diskutieren, dass wir dann ande-

A re Reaktionen hören als sie heute von unserem Kollegen Kerstan gebracht wurden.

Herr Kerstan, Sie liegen in so vielen Punkten falsch. Das haben Sie in den vergangenen Jahren gemacht. Ich kann mich an keine Rede erinnern, die Sie oder Herr Maaß jemals gehalten haben, in der Sie nicht immer in schwärzesten Farben gemalt haben.

(*Christian Maaß GAL:* Ich bin doch so ein freundlicher Mensch!)

Herr Maaß, wie toll war Ihre Rede, in der Sie prognostiziert haben, dass die Aufschüttung des Mühlenberger Lochs gar nicht funktionieren würde und man Treppenstufen in die Werkhallen einbauen müsste.

(*Christian Maaß GAL:* Zeigen Sie doch bitte die Stelle auf!)

Wie seltsam war Ihre Rede in einem "Spiegel"-Artikel, in dem Sie darauf hingewiesen hatten, dass es niemals zu einer Finanzierung kommen würde. Es gab so viele Reden, wo Sie total falsch gelegen haben und das, meine Damen und Herren, gibt mir eine gewisse Zuversicht, dass diese Rede von Herrn Kerstan genauso falsch ist wie die anderen GAL-Reden, die bisher gehalten worden sind.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Willfried Maier GAL:*
Aber Treppenstufen haben wir nie gefordert!)

– Richtig. Das ist die humorvolle Art, in der jetzt Herr Dr. Maier, der sonst sehr geschätzt wird, auf ein ernstes Problem hinweist. Ich verstehe die Schwierigkeiten, die die GAL-Fraktion hat, um aus der Situation herauszukommen, weil sie den Airbus-Erweiterungsbau auf Finkenwerder bekämpft hat, und heute gibt es dort Erfolge. Das ist eine schwierige Kehrtwendung, meine Damen und Herren, die Sie vollzogen haben. Aber das geht bei den Grünen offensichtlich ganz gut, denn Herr Kerstan hat sich eben in seiner Rede noch einmal massiv für Militäraufträge für EADS eingesetzt.

(Zurufe von der GAL – Heiterkeit bei der CDU)

Wer hätte zu den Glanzzeiten der Friedensbewegung gedacht, dass ein GAL-Redner für Militäraufträge auftreten werde.

(Beifall bei der CDU und bei *Hans-Christoff Dees SPD*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Recht hat er natürlich, wenn er sagt, dass es gut war, dass wir uns dort beteiligen. Er sagt sogar, er wäre der Erste gewesen. Wir haben das anders in Erinnerung. Ich dachte immer, das wäre der Hamburger Senat gewesen. Aber wir freuen uns, wenn ein Erstgeburtsrecht umstritten ist. Das ist immer ein Zeichen dafür, dass etwas Gutes herausgekommen ist. Insofern, lieber Herr Kerstan, wollen wir gerne darüber streiten. Aber Sie liegen völlig falsch, wenn Sie sagen, dass wir uns auf eine Lösung nur mit Stimmrechtsaktien hätten einlassen dürfen. Wenn wir das gefordert hätten, wäre es nicht zu dieser Beteiligung, die Sie ja massiv fordern, gekommen, denn die entsprechenden Verträge, die zwischen den Altgesellschaftern bei EADS bestehen, lassen es nicht zu, dass eine entsprechende Übertragung von Stimmrechtsaktien erfolgt, sondern es musste eine Übertragung der Stimmrechte auf die Altgesellschafter DaimlerChrysler erfolgen.

C Aber egal wie die rechtliche Situation ist, meine Damen und Herren, können wir doch kein Interesse haben, dass wir die deutsche Seite in dieser Form zersplittern, sondern hier muss mit einer Sprache gesprochen werden. Wenn wir uns bei Airbus nicht beteiligt hätten, dann wäre doch eine Situation eingetreten, dass die Franzosen über 30 Prozent verfügt hätten, die deutsche Seite hätte 15 Prozent gehabt und bei diesem Verhältnis wäre der Politisierung Tür und Tor geöffnet worden. Das war etwas, auf das wir uns auf keinen Fall hätten einlassen können. Deswegen ist diese etwas komplizierte Konstruktion gewählt worden. Auf diese Art und Weise erreichen wir in politischer Hinsicht eine Neutralisierung, weil dort die französische und die deutsche Seite in gleicher Stärke vertreten sind.

Wenn wir jetzt unter nationalen Gesichtspunkten wieder eine Neutralität hergestellt haben, dann ist das genau das, was wir aus Hamburger Sicht immer eingefordert haben und einfordern sollten. Bei der Unternehmensführung sollte nicht nach politischen Gesichtspunkten, sondern muss nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten entschieden werden. Die Frage ist, wo sind die besten Fertigungskapazitäten in Europa. Inzwischen haben wir dort die Ausarbeitungen vorliegen. Von den vielen Werken, die es europaweit bei Airbus gibt, ragen zwei besonders hervor: Das sind Bremen und Hamburg. Darauf wollen wir stolz sein und vor allen Dingen wollen wir auf die leistungsfähigen Leute vertrauen, die in Finkenwerder für den Airbus arbeiten.

(Beifall bei der CDU)

D Meine Damen und Herren! Ich stimme Herrn Egloff zu, wenn er sagt, dass die Phase der Unsicherheit möglichst rasch zu Ende gehen muss. Wir wollen, dass Entscheidungen schnell getroffen werden und dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Airbus in Deutschland, in Frankreich oder wo immer sie auch für das Flugzeug arbeiten, wieder auf ihre Arbeit als Monteur, auf ihre Arbeit in der Konstruktion oder im Vertrieb konzentrieren können. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen Klarheit haben, damit sie den Kopf für ihre eigentliche Arbeit wieder freihaben. Das heißt: Produktion eines guten Flugzeuges und die Arbeit für den Kunden.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dräger.

Gesine Dräger SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Senator, was wir heute deutlich machen wollen, ist, dass die Politik die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Airbus nicht alleine lässt. Das heißt, dass wir das Signal aussenden, dass wir an solchen, für die Stadt strategischen Punkten auch zusammenstehen. Ich möchte deswegen widersprechen, wenn Frau Ahrons sagt, dass Politik mit Wirtschaft am besten gar nichts zu tun hat oder wenn Senator Uldall sagt, das höchste Ziel sei die Entpolitisierung dieser Entscheidungsprozesse in den Unternehmen.

(*Barbara Ahrons CDU:* Das ist auch der Unterschied zwischen uns!)

Ich möchte daran erinnern, was der Bürgermeister in der Zeitung "Die Welt" gesagt hat, nämlich dass Deutschland in dem Unternehmen manchmal keine Lobby hat. Wenn

A ich das richtig gelesen und verstanden habe, ist das durchaus mit einem gewissen Bedauern gesagt worden, dass Hamburg diese Lobby nicht in der Stärke hat wie Frankreich sie hat. Ich glaube, wenn man so etwas als Bürgermeister beschreibt, dann ist eigentlich der nächste Schritt zu sagen, wie man dafür sorgt, dass diese Lobby in einem solchen Unternehmen auch wieder stärker wird

(Beifall bei der SPD und der GAL)

und dass man als Politik in solch einer für Hamburg und ganz Deutschland strategisch wichtigen Frage auch versucht, seinen Einfluss soweit es möglich ist, geltend zu machen. Das wünsche ich mir und das wünschen sich, glaube ich, auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deswegen kann ich Ihren ideologischen Vorbehalt gegen die Einmischung von Politik in Wirtschaft schon verstehen, aber ich glaube, dass es nicht der richtige Zeitpunkt ist, jetzt zu sagen, am liebsten wollen wir damit gar nichts zu tun haben, sondern dass es hier der richtige Zeitpunkt ist zu sagen, wir wollen alles dafür tun, dass die Werke in Deutschland – und ich will hier nicht auseinanderdividieren zwischen den Hamburgern und den Nichthamburgern – die Gelegenheit bekommen, ihre hervorragende technische Kompetenz weiter so zu beweisen wie sie das bisher getan haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dieses Auseinanderdividieren von Belegschaften haben wir in der Vergangenheit erlebt, auch zwischen Deutschland und Frankreich, dass dann die Töne unfreundlich geworden sind. Ich bin sehr froh, dass den Zeitungen in den letzten Tagen zu entnehmen war, dass auf der Gewerkschaftsebene eine Annäherung vollzogen worden ist.

B Auch das ist ein ermutigendes Signal, weil ich glaube, dass es wirklich keinen Sinn macht, wenn sich die Menschen gegeneinander engagieren, sondern miteinander versuchen, Airbus aus dieser Krise zu bekommen, denn diese Krise – das ist gesagt worden, muss aber wiederholt werden – ist eben keine Krise der Arbeitnehmer. Es ist auch keine Krise irgendwelcher Lohnüberlegungen und auch keine Krise, dass es an Aufträgen fehlt, sondern es ist eine Managementkrise, die hier entstanden ist.

Wenn wir als Politik unseren Einfluss dafür geltend machen, dass diese Managementkrise nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgeragen wird und wenn wir, wie Herr Egloff das gemacht hat, auf Fehlentwicklungen hinweisen und noch einmal sagen, liebes Management, denke daran, du hast uns als Politiker geradezu angefleht, dass wir für Fachkräfte in dieser Stadt sorgen und wir versucht haben, alles dafür zu tun, dass es diese Fachkräfte auch gibt, dann kann der nächste Schritt nicht sein, dass die Fachkräfte dann wieder entlassen werden, denn viele von denen, die man wirklich dringend in Unternehmen braucht, werden nicht darauf warten, dass Airbus wieder aus der Krise herauskommt, sondern die werden woanders hingehen. Wenn dann in fünf Jahren oder noch eher Fachkräfte wieder gebraucht werden in den Airbuswerken, mehr Menschen gebraucht werden, dann wird sich die Politik daran erinnern, wie Airbus mit diesen Menschen in der Krise umgegangen ist und dann werden wir auch entsprechend reagieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kerstan.

C Jens Kerstan GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Uldall, als Sie Ihre Rede begannen, habe ich mich ein bisschen in den Karneval nach Köln versetzt gefühlt.

(Beifall bei der GAL)

Angesichts der Sorgen der Beschäftigten bei Airbus mag das ein netter Seitenheb gegen mich gewesen sein, aber angesichts der berechtigten Sorgen der Beschäftigten fand ich den Ton, den Sie an den Tag gelegt haben, sehr unangemessen.

Es geht mir darum, Frau Ahrons zu widersprechen. Airbus ist kein Projekt der Wirtschaft, in dem die Wirtschaft in der Wirtschaft gemacht wird und die Politik zuguckt, sondern Airbus ist ein politisches Unternehmen, das es ohne die Politik nicht gegeben hätte, und Hamburg wird in Zukunft nicht weiter von Airbus profitieren, wenn die Stadt sich dort nicht energischer einmischt. Darum geht es bei dieser Debatte.

(Beifall bei der GAL)

D Es wird nicht reichen, dass Hamburg 155 Millionen Euro in die Hand nimmt, Daimler auf den Tisch legt und sagt, jetzt gucken wir einmal, was Daimler in Zukunft macht. Warum – das wurde eben angesprochen – haben die deutschen Standorte bei Airbus so wenig Lobby? Man musste in den letzten Jahren schlicht und ergreifend feststellen, dass der deutsche industrielle Partner Daimler Benz nicht mehr das notwendige Interesse an diesem Unternehmen hat, sondern seit Jahren Schritt für Schritt seinen Ausstieg aus diesem Geschäft vorbereitete. Daimler hat seinen Anteil auf 15 Prozent reduziert und angekündigt, die nächste Kapitalerhöhung nicht mehr mitmachen zu wollen. Das heißt, sein Anteil wird weiter sinken. Wir wissen alle, dass 2010 letztendlich eine Entscheidung fallen wird, ob Daimler sich in diesem Geschäftsfeld langfristig überhaupt noch engagieren will oder nicht. Weil Sie das jetzt wissen, muss Politik auch anfangen, Lösungen zu suchen, Herr Senator, und das ist Ihr Job.

(Beifall bei der GAL)

Da reicht es nicht, nur Geld auf den Tisch zu legen.

(Beifall bei der GAL)

Dazu habe ich eben von Ihnen überhaupt nichts gehört. Ich habe von Ihnen auch nicht gehört, was jetzt aus Ihrer Sicht bei den notwendigen Umstrukturierungen notwendig ist. Dass es Einsparungen und wahrscheinlich auch Entlassungen geben wird, so bedauerlich das ist, wissen wir alle und wir können das nicht vermeiden, aber wir Politiker müssen jetzt festlegen, was passieren muss, damit in Hamburg die notwendigen Arbeitsplätze und auch die Hochtechnologie gehalten werden. Dazu äußern Sie sich gar nicht und Frau Ahrons sagte letztlich, das solle doch die Industrie selber regeln.

Nein, wir haben 750 Millionen Euro in das Gelände investiert. Die Bundesregierung hat zur Entwicklung des A380 noch einmal 1 Milliarde Euro draufgelegt und da sollten wir uns als die Geldgeber nicht zu fein sein, auch einmal zu sagen, was für dieses Unternehmen notwendig ist.

Dass Sie bei diesen Punkten immer Beißhemmung haben, ist eines der Probleme, denn die Franzosen haben dieses Problem nicht und deshalb geraten wir in den Hintergrund, meine Damen und Herren.

A (Beifall bei der GAL und der SPD)

Ihre launigen Bemerkungen in unsere Richtung würde ich gern wegstecken, wenn ich den Eindruck hätte, dass dieser Senat dieses Politikfeld nach Jahren endlich einmal ernst nimmt. Aber das tun Sie nicht. Darum würde ich mir wünschen, dass wir heute – nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch hinter den Kulissen – darüber reden, worum es bei Airbus geht. Geht es wirklich darum, den Stahlbau in den Rumpfsektoren zu halten? Oder geht es nicht vielmehr darum, die Entwicklungskapazitäten zu halten, beispielsweise die Kohlenfaserstofftechnologien in Stade, ebenso den Innenausbau, der der wichtigste technologische Faktor des Hamburger Werkes ist?

Zu all den Punkten, bei denen jetzt Entscheidungen anstehen, Herr Senator, haben Sie eben überhaupt nichts gesagt. Interessiert Sie das gar nicht? Legen Sie jetzt einfach nur Geld hin und sagen, damit ist das Gleichgewicht zwischen Frankreich und Deutschland gewahrt? So einfach sollten wir uns das nicht machen.

Weil Sie es sich in der Vergangenheit so einfach gemacht, ist es auch ein Teil des Problems, über das wir heute sprechen. Wir sollten schleunigst anfangen, dieses Problem zu lösen. Darum sollten Sie Ihren fröhlichen Ton ablegen, Herr Uldall, und wirklich an die Arbeit gehen. Bisher ist anscheinend noch nicht so viel passiert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Dr. Mattner.

B

Dr. Andreas Mattner CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kerstan, Airbus ist eine viel zu ernste Angelegenheit, als dass Sie die Sache mit Ihren spöttischen HSV- oder Karnevalsbummelungen ins Lächerliche ziehen sollten.

(Beifall bei der CDU – Unmutsäußerungen bei der GAL)

Nein, da versteh ich auch keinen Spaß. Sie maßregeln unsere Redner, Sie maßregeln den Senator. Da müssen Sie auch Kritik an Ihrer Rede hinnehmen. Sie ziehen alles ins Lächerliche, dann vergießen Sie Krokodilstränen und wollen die Bevölkerung oder die Arbeitnehmer bei Airbus darüber hinwegtäuschen, dass Sie nur Schaumschlägerei betreiben.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kerstan, Sie haben Ihre ganze Argumentation auf einen Punkt gebracht: Sie sagten, Airbus sei ein politisches Unternehmen. Die Begründung dafür war, es gab – da gebe ich Ihnen recht – eine politische Genese dieses Unternehmens, weil sich Deutschland, Frankreich und andere am Anfang in der industriellen Produktion zusammengeschlossen haben. Was bedeutet das? Warum ist dieses Privatunternehmen heute ein politisches Unternehmen? Das kann ich gar nicht nachvollziehen.

Mit derselben Begründung könnten Sie heute sagen: Vattenfall – ehemals HEW –

(Zuruf von Christian Maaß GAL)

sei ein politisches Unternehmen und deswegen dürfte Herr Kerstan die Strompreise bestimmen. Was Sie erzählen, ist an den Haaren herbeigezogen und unlogisch, das

C passt nicht zusammen. Egal wie die Genese war, es ist heute ein privates Unternehmen und so müssen Sie es auch behandeln. Wenn Sie es nicht so behandeln, liegen Sie – wie immer und wie Herr Uldall es gesagt hat – völlig falsch.

(Beifall bei der CDU)

Man gewinnt bei Ihnen, aber auch bei der Kollegin Dräger, ein wenig den Eindruck, dass Sie glauben, man könnte ein solch großes und globales Unternehmen wie eine Behörde führen. Ich habe manchmal den Eindruck, eine Behörde lässt sich nicht so führen, wie Sie es gern möchten, geschweige denn ein solches Industrieunternehmen. Da passieren nun einmal Fehler, es wird experimentiert, das ist unternehmerisches Risiko. Es passieren Managementfehler, ganz ohne Frage, aber dagegen können Sie sich nicht versichern, auch wenn Sie das immer gern möchten. So funktioniert Wirtschaft nun einmal nicht.

D Wenn wir uns jetzt dafür einsetzen, die Arbeitsplätze in Hamburg zu halten, dann ist das legitim. Ich habe nichts dagegen, wenn die Bundesregierung, unser Wirtschaftsminister Glos, und auch unser Wirtschaftssenator auf gewisse Folgen hinweisen, die möglich wären, wenn Airbus und das Gesamtunternehmen sich in der Verteilung der Probleme nicht gerecht verhält. Dass die Probleme da sind, wissen wir und ich bin gespannt, was über "Power 8" noch bekannter werden wird. Was da noch passiert, das werden wir zur Kenntnis nehmen, aber wir werden uns dafür einsetzen, dass die Folgen zwischen Toulouse und Hamburg gerecht verteilt werden. Das ist wiederum, meine Damen und Herren, die Aufgabe der Politik, sich dort in dieser Situation vernünftig einzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Zu den wunderbaren Ausführungen über die Stimmaktie: Ich weiß wirklich nicht, wie das unser Geschäft mehr beeinflusst hätte und wie wir dort besser Einfluss hätten nehmen können. Jetzt kann man sogar sagen, dass DaimlerChrysler noch intensiver im Geschäft ist. Warum sage ich das? – Weil es prinzipiell nicht die ordnungspolitische Aufgabe des Staates ist, sich an Unternehmen zu beteiligen. Das machen wir nur in sehr wichtigen Ausnahmefällen.

Das machen wir dann nicht, wenn sich die Wirtschaft selbst helfen kann, wenn es möglich ist, dass man wie im Falle Beiersdorf am Ende die Aktien wieder abgeben kann, um das politische Ziel gesichert zu haben. Wenn es aber nicht anders geht, dann muss der Staat tätig werden. Diese Möglichkeit ist zum richtigen Zeitpunkt – nicht zu früh und nicht zu spät – von unserem Senat erkannt worden und er hat dort gehandelt. In der Form, wie er es gemacht hat, war es genau richtig. Es kommt nicht darauf an, ob man das Stimmrecht hat, denn dann kommen wir in die Situation, die Herr Uldall beschrieben hat, dann geht es letztlich nur um Politisierung und nicht um das Finden des richtigen wirtschaftlichen Weges.

Meine Damen und Herren! Der Einsatz Hamburgs für die Arbeitnehmer hat sich bislang gelohnt. Natürlich hatten wir teilweise konjunkturelle Rückschläge und im Moment haben wir Rückschläge durch technische und Managementfehler, die dort passiert sind. Aber ich bitte auch, sich in einer solchen Situation noch einmal zurückzulehnen und zu sehen, was alles durch die Firma, aber gerade auch durch den Einsatz Hamburgs, erreicht worden

A ist. Wie viele Arbeitsplätze sind gesichert worden? Es sind die versprochenen 2000 Arbeitsplätze, von denen dort vor vielen Jahren die Rede war, geschaffen worden und die Zuliefererindustrie ist aufgeblüht. Deswegen war es der richtige Weg, darauf Einfluss zu nehmen, dass die Arbeitsplätze gesichert werden, genauso wie es jetzt der richtige Weg ist, nicht zu viel Einfluss zu nehmen, liebe Kollegin Dräger – bei Ihnen klingt immer ein Stückchen Staatskapitalismus durch –,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Historisch falsch!)

und dass man sich weiterhin dafür einsetzt, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Egloff.

Ingo Egloff SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich stellt sich die Frage, inwieweit ein Unternehmen wie Airbus mehr im Bereich der Politik anzusiedeln ist als andere Industrieunternehmen. Bei der Luftfahrtindustrie ist das unbestritten der Fall, denn es ist hier schon gesagt worden: Ein Unternehmen wie Airbus im europäischen Kontext wäre ohne Politik nicht entstanden, weil kein Industrieunternehmen in Europa in der Lage gewesen wäre, ein solches Unternehmen gegen die übermächtige amerikanische Konkurrenz aus dem Boden zu stampfen. Es hat auch niemand zu Anfang den Erfolg voraussehen können, den dieses Unternehmen gehabt hat.

B Aufgrund der Tatsachen, dass Rüstungsaufträge eine Rolle spielen und dass bestimmte Entwicklungen im Flugzeugbau – sowohl hier als auch in Amerika – ohne staatliche Hilfen überhaupt nicht möglich sind, muss die Politik sehr wohl ein größeres Interesse an einem Unternehmen wie Airbus als an anderen Industrieunternehmen haben. Deswegen wird auch der Einfluss größer sein und deswegen müssen wir auch dafür sorgen, dass der deutsche Einfluss in diesem Unternehmen größer ist, als es bisher der Fall war. In Frankreich sind die Strukturen aufgrund der Zentralisierung und aufgrund der Tatsache, dass die Manager und Politiker in der Regel die gleichen Eliteuniversitäten besucht haben und von daher einfacher als in Deutschland Netzwerke entstehen, anders. Unser Problem liegt darin, in unseren föderalen Strukturen ein Gleichgewicht zu schaffen. Da wird es nötig sein, dass die Landesregierung, der Senat und auch die Bundesregierung versuchen, gemeinsam an einem Strang zu ziehen, um dafür zu sorgen, dass Industriepolitik unter Wahrung deutscher Interessen in diesem Lande in Zukunft auch noch möglich ist.

(Beifall bei der SPD)

Es geht hier darum, dafür zu sorgen, dass Hochtechnologie produziert wird und dass Forschung und Entwicklung stattfinden. Es geht nicht darum, dass irgendwelche Stahlrumpfe zusammengeschraubt werden, sondern dass in Hamburg beispielsweise komplexe Kabinensysteme weiterentwickelt, gebaut und wir an der technologischen Fortentwicklung beteiligt werden. Deswegen ist es so wichtig, dass wir uns hier engagieren.

(Beifall bei der SPD und bei Jens Kerstan GAL)

Vor dem Hintergrund wird sich die Bundesregierung, aber auch die Landesregierung, überlegen müssen, wie in

Deutschland das grundsätzliche strukturelle Problem in der Industriepolitik zu lösen sein wird. Es geht nämlich um die Tatsache, dass sich Banken und Versicherungen, die in vielen Fällen in der sogenannten Deutschland GmbH Industriebeteiligung gehalten haben, aus dem Geschäft zurückgezogen haben, ohne dass adäquate Nachfolger aus dem industriellen Bereich da gewesen sind.

Wir haben in Deutschland bei der Finanzierung von Industrieunternehmen ein strukturelles Problem, über das wir in Zukunft nachdenken und für das wir Lösungen finden müssen. Sonst passiert das, was in anderen Bereichen geschehen ist, dass nämlich kleinere ausländische Unternehmen – beispielsweise in der Chemieindustrie in Frankreich – größere deutsche Unternehmen schlucken und am Ende die Entscheidungen in Paris und nicht mehr in Frankfurt, Hamburg oder München getroffen werden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vor dem Hintergrund ist es richtig, dass sich Hamburg beteiligt hat, auch wenn wir keine Stimmrechtsaktien erwerben konnten. Es ist richtig, dass Hamburg sein Interesse an diesem Standort deutlich gemacht hat. Es ist Aufgabe des Senats, dieses bei DaimlerChrysler deutlich zu machen. Dafür sind Sie gewählt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Karnevalsverwürfe hin, Karnevalsverwürfe her, das kommt in Norddeutschland nicht gut an und beide Seiten sehen dabei bitter aus.

Die Debatte versucht, an dem entscheidenden Punkt ein bisschen vorbeizugehen. Herr Mattner sagt, vielleicht war es einmal eine politische Gründung, heute ist es ein privates Unternehmen. Dann frage ich mich natürlich, warum wir 155 Millionen Euro hineingeben, wenn es ein rein privates Unternehmen ist.

Sie sagen, gegen Managementfehler könnte man sich nicht versichern. Warum versichern wir denn Airbus GmbH gegen Managementfehler? Das tun wir doch gerade. Indem wir die genannte Summe einbringen, ziehen wir sozusagen die Versicherungsbremse. Daran merken Sie, dass Ihre Aussage so nicht ganz stimmen kann. Dass es ein Unternehmen ist, welches private Entscheidungen treffen kann: Gerade darin steckt – da gebe ich Herrn Egloff recht – im Moment das Problem, das wir an der Frage der Stimmführerschaft festmachen.

Wenn wir auf deutscher Seite ein Unternehmen haben, das einmal in seiner Unternehmenspolitik vorhatte, sich Richtung Luftfahrt ein schweres zweites Bein zu schaffen, aber dann mit diesem zweiten Bein stehen geblieben ist und alle Anstrengungen unternimmt, aus diesem zweiten Bein herauszukommen, was Daimler Benz gegenwärtig tut, und wir diesem Unternehmen ohne Probleme die Stimmführerschaft überlassen, ohne uns eine Konstruktion zu überlegen, wie ein Übergang in eine andere Konstellation denkbar wäre, dann haben wir ein echtes Problem. Dieses Problem können wir auch nicht durch 155 Millionen Euro aus der Welt schaffen. Wir haben das Problem eines desinteressierten Stimmführers, der mög-

C

D

A lichst gut herauskommen will, der aber nicht die alten Aufgaben wahrnimmt. Das spricht in der Öffentlichkeit niemanden an. Die Bundesregierung wird das auch nicht öffentlich ansprechen, aber wir dürfen hier so etwas sagen.

(*Dr. Andreas Mattner CDU*: Das ist wie Ihr imperatives Mandat früher!)

– Nein, das hat nichts mit imperativem Mandat zu tun.

Wenn Daimler Benz ein imperatives Mandat wahrnimmt, von wem bekommen sie es denn? Von Chrysler, von Daimler? Es ist offenkundig, dass sie, wenn sie ein imperatives Mandat haben, es von ihren Aktionären bekommen haben und nicht von uns.

(Beifall bei der GAL und bei *Dr. Andrea Hilgers SPD*)

Insofern haben wir ein Interesse daran, dass die Frage der Stimmführerschaft neu diskutiert wird. Wir versuchen, dem Senator diskret mitzugeben, dass er dieses Problem nicht gelöst hat, wenn er 155 Millionen Euro auf den Tisch gelegt hat.

(Heiterkeit bei der GAL und der SPD)

Da der Senator das nicht hört und sich irgend etwas mit Treppen zusammenphantasert, wobei wir immer für einen barrierefreien Zugang zu den großen Hallen waren, müssen wir das etwas indiskreter sagen. Darum gibt es jetzt unsere Debattenbeiträge. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

B **Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt Senator Uldall.

Senator Gunnar Uldall: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte es eben schon in meiner Rede gesagt, Herr Maier, dass die Beteiligung Deutschlands nicht zustande gekommen wäre, wenn wir auf einem Stimmrecht für unsere Aktien beharrt hätten. Dann hätte die französische Seite ein Vorkaufsrecht gehabt und es wären eindeutige Mehrheitsverhältnisse geschaffen worden.

Weil Sie die These vertreten, dieses sei ein politisches Unternehmen, was richtig und nachzuvollziehen ist, wenn man sich in Erinnerung ruft, wie das Unternehmen entstanden ist, wäre aber die Stimmenmehrheit in der Gesellschafterversammlung so eindeutig gewesen, dass wir es sehr, sehr schwer gehabt hätten.

Es geht hier auch nicht um die Frage, wie wir jetzt in dem Konsortium vertreten sind. Das ist eine sehr komplizierte Konstruktion. Das Konsortium aus den deutschen Bundesländern, der Bundesregierung und den deutschen Finanzinvestoren beteiligt sich an einer gemeinsamen Gesellschaft mit DaimlerChrysler, die in Zukunft 22,5 Prozent des EADS-Kapitals halten wird. Diese Gesellschaft wird sich dann ihrerseits über eine Zwischenholding an EADS beteiligen, sodass wir, wenn man es will, an unserer Enkeltochter EADS beteiligt sind.

Ich hatte mir von dieser aktuellen Stunde, wie es der Titel, den Herr Egloff vorgegeben hatte, auch aussagte – "Gemeinsames Handeln für den Erhalt von Arbeitsplätzen" –, erwartet, dass es für unsere Arbeit im Senat Unterstützung für dieses Unternehmen gibt.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Haben Sie doch von uns bekommen! – *Dr. Willfried Maier GAL*: Unsere Unterstützung haben Sie in Form unserer Kritik bekommen!)

C

– Ich richtete diesen Satz nicht an die Sozialdemokraten, sondern an die GAL.

Ich wünsche mir, dass es in der Hamburger Wirtschaftspolitik einige Felder gibt, bei denen man sagt, die parteipolitischen Interessen müssen zurücktreten, weil es hier um viele Arbeitsplätze geht. In dieser Frage wollen wir geschlossen auftreten und unsere Positionen nach draußen vertreten.

Die Stärke der Franzosen ist, dass sie ihre Position im EADS-Konzern mit einer unglaublichen Geschlossenheit vertreten. Das Projekt Airbus ist ein nationales französisches Projekt. Ich wünsche mir, dass wir in Deutschland und in Hamburg auch dahin kommen, dass wir unsere Position gegenüber Airbus geschlossen vertreten, sodass wir auch in Deutschland sagen können: Wir fühlen uns alle verantwortlich für Airbus, wir betrachten Airbus genauso wie die Franzosen als eine nationale deutsche Angelegenheit.

(Beifall bei der CDU, der SPD und bei *Jens Kerstan GAL*)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dobritz.

Werner Dobritz SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Uldall, ich will noch einmal versuchen, Ihnen deutlich zu machen, dass dieser Senat und auch Sie in den letzten Jahren einen strategischen Fehler begangen haben, der Hamburg heute zum Nachteil gereicht.

D

Zunächst einmal hat Herr Kerstan recht. Man muss natürlich wissen, wie Daimler Benz – damals hießen die noch so – überhaupt in den Besitz der damaligen MBB-Aktien gekommen ist. Die sind von der Politik hingenötigt worden.

(Zuruf von der CDU)

– Doch, das war die Zeit, in der Flick Kasse machen wollte. Auf diesen Punkt will ich aber jetzt nicht mehr eingehen.

Man muss Folgendes wissen: Daimler und Hamburg hatten in einer Tochtergesellschaft von Daimler die Aktien von EADS und der gesamten Luft- und Raumfahrtaktivitäten Daimlers gebündelt. Das Unternehmen hieß DCLRH. In dem Unternehmen hatte Hamburg rund 5 Prozent Anteile mit Stimmrecht. Das war auch der Grund, weshalb Hamburg in der Auseinandersetzung um den Standort für den Bau des A380 so erfolgreich gewesen ist.

Nun waren wir erfolgreich und brauchten aber für den Ausbau des Mühlenberger Lochs Geld. Deshalb hat Hamburg überlegt, ob man diese 5 Prozent verkauft. Der Vorgängersenat von Herrn von Beust hatte damals einen Vorvertrag ausgehandelt, der es dem späteren Senat im Jahre 2005 ermöglichte, entweder in Höhe von 460 Millionen Euro Kasse zu machen oder aber diese Anteile in EADS-Aktien mit Stimmrecht umzuwandeln. Sie haben sich dann 2005 für die Option entschieden, 460 Millionen Euro Kasse zu machen, und haben damit die Möglichkeit verspielt, bei EADS mit Stimmrecht einzusteigen.

A Nun haben wir die Situation, dass Sie mit 165 Millionen Euro wieder einsteigen müssen, nun aber dafür stimmrechtslose Anteile bekommen und nichts mehr zu sagen haben. Das ist der entscheidende Punkt. Sie hätten 2005 nur aufpassen müssen. Sie hätten allerdings für die 460 Millionen Euro eine andere Finanzierung finden müssen, aber da haben Sie bisher mit Ihrem Sonderfinanzierungsprogramm ja reichlich Kreativität bewiesen.

Sie haben im Jahre 2005 den Fehler gemacht, auf die falsche Option zu setzen – vielleicht aus damaliger Sicht verständlich, aber das heute Debakel nicht erkennbar –, und deshalb stehen wir heute vor der Situation, dass Sie nun wieder einsteigen müssen, aber durch stimmrechtslose Aktien nichts zu sagen haben. Deshalb, Herr Senator Uldall, kann ich Ihnen nicht ersparen, Ihnen zu sagen, dass Sie damals einen strategischen Fehler zum Nachteil Hamburgs gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen zum ersten Thema sehe ich nicht. Dann rufe das zweite Thema auf.

(Zurufe von der SPD: Das bleibt stehen!)

Der Senat bekommt nach der Verfassung immer das Wort. Bitte, Herr Senator Uldall.

(Michael Neumann SPD: Guten Morgen, Herr Senator!)

Senator Gunnar Uldall: Ich hatte mir überlegt, ob es sich lohnt, Herrn Dobritz zu antworten.

(Bernd Reinert CDU: Lohnt sich nie! – Zurufe von der SPD: Lohnt sich immer!)

Herr Dobritz hat ein gutes Gedächtnis, aber das hörte vor ungefähr drei Jahren auf.

Herr Dobritz, wir sind nach wie vor Eigentümer der Aktien an der DaimlerChrysler Luft- und Raumfahrtholding. Wir haben die Möglichkeit, zum 1. Oktober eine Put-Option auszuüben. Wir sind in dieser Frage völlig frei, aber es ist klar, wir werden sie ausüben, weil wir dieses Geld für eine seriöse Finanzierung brauchen. Insofern, Herr Dobritz, war dieses alles wenig nachvollziehbar, was Sie eben gesagt haben. Wir fahren einen sauberer und ordentlichen Kurs.

(Beifall bei der CDU – Dr. Mathias Petersen SPD: Was soll denn das ganze Gerede jetzt!)

Weil wir alle bemüht sind, eine einheitliche geschlossene Front nach außen pro Airbus zu zeigen und uns nicht an irgendwelchen Dingen aufzuhängen, möchte ich noch eines sagen, damit eine gewisse Beruhigung bei einigen Rednern eintritt: Sie werden effiziente Verhandlungen im Wirtschaftsleben nur führen können, wenn diese Verhandlungen mit Diskretion erfolgen. Wenn Sie diese Verhandlungen ins Parlament oder in Zeitungsinterviews oder in Rundfunkstatements verlegen, dann werden Sie nicht erfolgreich sein.

(Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD: Hat der Bürgermeister ja gezeigt!)

Wir wählen nicht den Weg der öffentlichen Erklärungen und markigen Worte, sondern wir gehen den Weg der harten Verhandlungen. Ich bin optimistisch, dass wir mit

unserem Weg erfolgreicher sein werden, als wenn ich morgen früh noch eine schöne Überschrift in der "Bild-Zeitung" hätte.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Dann kommen wir zum zweiten Thema, das von der GAL-Fraktion angemeldet wurde:

Klimaschutz jetzt!
40 Prozent weniger CO₂ bis 2020

Das Wort bekommt der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Spätestens seit den Achtzigerjahren gehört es zum Allgemeinwissen, dass es einen Treibhauseffekt gibt und dass der Mensch einen erheblichen Anteil hat.

Vor nunmehr 17 Jahren haben die Nationen der Welt in Rio de Janeiro eine Rahmenkonvention zum Klimaschutz unterzeichnet. Spätestens dann war klar, dass der Klimawandel zu den dringendsten Menschheitsproblemen zählt, die wir heute haben. Ebenso klar ist seitdem, wie gewaltig diese Aufgabe ist, vor der wir stehen.

Die Klimaforscher sagen uns, dass die Industrieländer, wenn wir die globale Temperatur auf der Erde um nicht mehr als zwei Grad steigen lassen wollen, bis zum Jahre 2050 ihre Treibhausgasemissionen um 80 Prozent verringern müssen.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Das bedeutet bis zum Jahr 2020 ein Minus von 40 Prozent CO₂ gegenüber dem Jahr 1990. Das ist auch das Ziel, an dem sich Hamburg orientieren muss, wenn es eine Modellregion für Klimaschutz werden soll, wie wir es wollen.

Um festzustellen, dass das Ziel sein muss, an dem wir uns messen, braucht man kein weiteres halbes Jahr, wie es der Bürgermeister haben will. Herr Bürgermeister, wenn man fünf Jahre lang regiert und dann feststellt, man braucht noch einmal ein halbes Jahr, um ein Konzept für eines der dringendsten Probleme, die wir haben, vorzulegen, dann ist das schlicht mangelhaft, Herr von Beust.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Diese Aufgabe des Klimaschutzes bedeutet für uns nicht weniger, als dass wir innerhalb kürzester Zeit eine zweite industrielle Revolution brauchen, um unendliches Leid durch klimabedingte Dürren, Hitzewellen, Hochwasser und Wirbelstürme auf der Welt zu vermeiden.

Man sollte eigentlich meinen, dass diese Botschaft, die uns die Klimaforscher mitgeben, nicht so schwer zu verstehen und auch nicht streitig ist und dass die Konsequenzen auch schon in allen Parteien fest verankert sind.

Schauen wir uns, was in Hamburg in den letzten Jahren passiert ist: Es gibt Positives – ohne Frage –, man kann festhalten, dass der Senat einige Klimaschutzprogramme fortgeführt hat. Das Leuchtentauschprogramm, das "Fifty-Fifty"-Projekt, Arbeit und Klimaschutz, die regenerative Versorgung der HafenCity, um einige Beispiele zu nennen, haben immerhin dafür gereicht, dass Sie die alte Politik fortgeführt haben, dass Sie eine annehmbare Platzierung in einem Klimawettbewerb erzielt haben. Aber was ist denn an Neuem dazu gekommen? Da ist nichts

A passiert. Im Gegenteil. Der Ökostromanteil bei der Versorgung der Behörden wurde auf Null gesenkt. Der Bau von innovativen 5-Megawatt-Windkraftanlagen der Firma REpower, die jetzt bei Ihnen beliebt ist, wurde von der Hamburger Politik aktiv verhindert. Die Energiepolitik wird nicht mehr in der Umweltbehörde bestimmt, sondern von Wirtschaftsinteressen. Das Öko-Audit im Rathaus wurde, wenn ich mich nicht täusche, mittlerweile eingestellt. Noch vor wenigen Wochen wurde der Klimaschutzauftrag um 20 Prozent gesenkt. Es ließen sich noch weitere Beispiele anführen.

Der Bürgermeister hat angesichts dessen auch jüngst Verständnis für die Kritik geäußert, dass sein plötzliches Engagement für den Klimaschutz sehr spät kommt. Natürlich, Herr von Beust, freuen wir uns, wenn Sie nun erkannt haben, dass der Klimaschutz ein wirkliches Problem ist, aber es ist bedenklich, wenn man feststellen muss, dass eines der größten Menschheitsprobleme, die wir haben, bei Ihnen fünf Jahre lang durchgerutscht sind oder, um mit Herrn Petersen zu sprechen, das verdüdet haben. Das kann nicht angehen, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der GAL)

Dieses plötzliche Engagement für den Klimaschutz freut uns natürlich als Grüne. Ebenso freut uns, dass die potenzielle Bürgermeisterkandidatin und der potenzielle Bürgermeisterkandidat der SPD das Thema des Klimaschutzes weit oben auf ihre Agenda gesetzt haben. Es wurde auch schon öffentlich vermutet, dass seien mögliche Avancen an die GAL im Hinblick auf die nächste Wahl.

B Natürlich ist das Thema des Klimaschutzes für uns ein ganz entscheidendes, wenn es um die nächste Regierungsbeteiligung geht. Natürlich freuen wir uns, wie sich jede Frau freut, wenn sich die Verehrer nach ihrem Geschmack aufhübschen. Das ist etwas Schönes. Allerdings auch hier gilt der Satz, dass man sich nur mit Kerlen einlassen sollte, die hinterher die Versprechen einlösen, die sie vor der Hochzeit gemacht haben.

(Beifall bei der GAL und bei Dr. Mathias Petersen SPD)

Wenn man sich einmal das ziemlich laxe – man könnte sagen: sündige – Vorleben der CDU zum Klimaschutz anschaut, würde jede Brautmutter ihrem Kind mit auf den Weg geben:

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wir waren alle einmal jung!)

Vorsicht, mein Kind, der Kerl meint es vielleicht gar nicht ernst, der will nur an deine Wähler und Wählerinnen.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Maaß, Sie sehen das rote Licht?

Christian Maaß (fortfahrend): – Ich sehe das rote Licht und komme zum Schluss.

Deswegen, Herr Bürgermeister, reichen schöne Worte nicht mehr. Sie sollten jetzt endlich anfangen, sofort für den Klimaschutz in Hamburg zu handeln.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kruse. C

Rüdiger Kruse CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Maaß, das waren eben am Schluss dermaßen wertkonservative Bilder, dass Sie da ganz tief im Bereich der CDU angekommen sind.

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit bei der GAL)

Das freut uns ja auch. So ist es ein wechselseitiges Spiel, wer zu welchen Schlüssen früher oder später gekommen sei. Wir wollen gern zugeben, dass wir nicht die ersten sind, die an Klimaschutz gedacht haben. Aber Sie haben in Ihrem Beitrag ja auch genannt, wie lange das Thema schon aktuell war. So lange regieren wir noch nicht. Das heißt, vor uns müssen andere geschlafen haben. Das heißt: willkommen im Club der Zulange-geschlafen-Habenden.

(Dr. Willfried Maier GAL: Im Club der Ausgeschlafenen!)

Das können wir uns alle gemeinschaftlich anziehen. Wenn Sie kritisieren, dass wir nur wenig auf Ihre Programme draufgesetzt hätten, ziehen Sie das wenige ab und wir wissen was vorher gelaufen ist: noch weniger. Das ist doch die Tatsache. Wir haben doch die Situation, dass keine Metropole, kein Land heute behaupten kann, es tue genug für den Klimaschutz, sei gut aufgestellt und Klimaschutz sei kein Thema. Da ist es überall gleich. Den Streit, wer das zuerst gedacht und gesagt habe, können wir gern woanders führen, den dürfen Sie auch gewinnen. Wichtig ist, dass wir heute für diese Stadt und für dieses Land das Thema gewinnen, und zwar durch Handeln. D

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Inzwischen werfen Sie uns nicht mehr vor, dass dies bei uns kein Thema sei. Sie sind jetzt skeptisch, ob wir es denn ernst meinen würden. Dann schauen Sie sich die Themen an, die wir vorher als ersten Tagesordnungspunkt gesetzt haben: Das war lange Zeit das Thema Sicherheit. Das ist abgehakt. Dann haben wir lange das Thema "Konsolidierung der öffentlichen Haushalte" gehabt. Kein anderes Land hat so großen Fortschritt gemacht wie Hamburg. Wir haben jetzt auch einen Schlusspunkt für die Neuverschuldung gesetzt. Lesen Sie den Rechnungshofbericht, darin steht auch, wie gut dies ist. Also auch dieses zentrale Thema, das genauso wie Klimaschutz mit Generationsgerechtigkeit zu tun hat, ist auf dem richtigen Weg.

Jetzt haben wir die Situation, dass der Bürgermeister gesagt hat, Klimaschutz sei Chefsache, nicht, er habe einen guten Umweltsenator, der das machen solle, sondern er sagte, er habe einen guten Umweltsenator und es sei gleichzeitig sein eigenes Thema, es sei auf seiner Tagesordnung ganz oben.

(Jörg Lühmann GAL: Der Neue muss ganz neu anfangen!)

– Manchmal wäre ich auch ganz froh, wenn Sie neu anfangen würden,

(Beifall bei der CDU)

vor allen Dingen, wenn Sie den Schritt machen würden und sich darüber freuen würden, dass bei uns Denkverbote fallen, und auch bei Ihnen das eine oder andere

A Denkverbot fiele. Wir kommen viel weiter in diesem Land in Sachen Klimaschutz.

(*Martina Gregersen GAL*: Was war noch mal das Thema? Weiterkommen!)

– Weiterkommen ist das Thema.

Wie wird es jetzt weitergehen? Im Januar hat der Bürgermeister es verkündet. Die Zahlen, die Sie heute hineinschreiben, hat er auch schon in Zeitungsinterviews genannt. Schön, dass wir diese Einigkeit haben. Darin liegt ja auch eine Chance. Es ist eine Möglichkeit: Wir sagen, dass diese Möglichkeit so wichtig ist, dass wir in diesem Parlament einen Konsens herstellen und gemeinschaftlich daran arbeiten können müssen. Nicht, dass es ohne Sie nicht ginge, aber mit Ihnen geht es natürlich viel besser.

(Zuruf von der SPD)

– Wir werden guten Vorschlägen immer zustimmen. Das haben Sie im Parlament schön häufig genug erlebt und sich vielleicht auch darüber gewundert.

Dieses ehrgeizige Ziel wird einigen etwas abverlangen, sodass es gut ist, wenn wir einen Konsens herstellen. Stellen Sie sich an unsere Seite, wie es immer gut wäre, wenn Sie bei den entscheidenden Themen für die Stadt – wie in der Debatte eben – die Möglichkeiten nutzen würden, sich an unsere Seite zu stellen und nicht herumzumäkeln. Wir werden sehen, was Sie tun.

(Beifall bei der CDU)

B Für den Klimaschutz ist entscheidend, dass dieses Thema absolutes Regierungsziel geworden ist und wir es jetzt bis in die kleinsten Einheiten herunterbrechen. Es wird so sein wie immer: Am Anfang läuft es noch nicht ganz glatt. Dann hat man es mehr und auf jeder Ebene automatisch mit drin, und anschließend hat man die richtige Planung. Es ist doch vernünftig zu sagen, dass die Feinabstimmung der genauen Programme, die wir jetzt durchführen wollen – die abgestimmt sind, funktionieren und auch die Nachhaltigkeit berücksichtigen –, einige Wochen Zeit brauchen wird. Wir wollen den Wirtschaftsstandort nicht herunterbrechen, sondern wir wollen ihn auch mit diesem Thema weiter nach vorn bringen. Aber wir haben die Zeit dafür, denn danach kommt der Kraftakt und dies werden wir als CDU und als dieser Senat schultern und stemmen können und dann werden wir bei diesem Thema in wenigen Jahren sagen können, jawohl, jetzt sei Hamburg eine klimagerechte Stadt, nicht nur im Denken, sondern auch im Handeln. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Alle reden vom Klimaschutz und das Problembeusstsein des Bürgermeisters ist gestiegen. Er hat ein Buch gelesen

(*Michael Neumann SPD*: Er hat einen Film gesehen!)

und Schwups ist er in der CDU zum Kommissar zur Bewahrung der Schöpfung, des Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutzes geworden.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: So weit sind Sie noch lange nicht!) C

Um all diese Themen, Herr Hesse, haben Sie sich in der Fraktion und hat der Bürgermeister sich bisher überhaupt nicht geschert. Die SPD hat vor über 25 Jahren die Umweltbehörde gegründet. Sie haben sie abgeschafft. Die SPD hat mit ihren Senatoren und mit Senator Porschke zusammen die Umweltpolitik in dieser Stadt geprägt. Sie haben nichts weiter zu tun gehabt, als die Mittel zusammenzustreichen und die bestehenden Programme zu kürzen. Jetzt erklärt der Bürgermeister den Klimaschutz zum Schwerpunkt der Senatsarbeit.

(*Barbara Ahrons CDU*: Ja, seien Sie doch froh!)

Das ist ein Treppenwitz der Umweltpolitik in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Richtig ist, dass wir den Klimaschutz voranbringen und den CO₂-Ausstoß in Hamburg auch um 40 Prozent verringern müssen, genau wie im Bund. Dazu müssen wir weg vom Öl und der Kohle und wir wollen raus aus der Atomenergie. Die SPD hat für den Klimaschutz eine Doppelstrategie entwickelt: Bis 2020 wollen wir mindestens 20 Prozent unseres Energiebedarfs mithilfe von Sonne, Wasser, Wind und Biomasse decken und wir wollen endlich die Energieverschwendungen beenden. Warum muss überhaupt mein Fernseher Strom verbrauchen, wenn ich gar nicht fernsehe? Warum muss meine Glühbirne 90 Prozent der Energie in Wärme umsetzen, wenn ich nur Licht brauche? Kurz: Wir brauchen effizientere Technik. Wir brauchen eine Effizienzrevolution,

(Beifall bei der SPD und der GAL – Zurufe von der CDU) D

20 Prozent weniger Energie für gleiche Leistung, und wenn die Industrie nicht mitzieht, muss sie dazu gezwungen werden, und zwar durch das, was sie am meisten fürchtet, nämlich die Konkurrenz des Besseren. Künftig soll nur die sparsamste Technik am Markt bleiben. Das ist im Top-runner-Programm vorgesehen, das Ihre Kanzlerin, meine Damen und Herren von der CDU, jetzt auf den Weg bringen will.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Das ist unsere, Frau Schaal!)

Wenn immer mehr Strom und Wärme von der Sonne kommt und unsere Geräte im Haushalt, unsere Fahrzeuge und Maschinen weniger Energie verbrauchen und unsere Häuser nicht mehr geheizt werden müssen, da sie auch so warm sind, sparen wir viel Geld. Wir sparen Energie, schützen das Klima und sorgen für Beschäftigung. Das ist Klimapolitik. Aber hier tritt der Bürgermeister auf die Bremse. Statt 20 Prozent mehr Effizienz kürzt er die Effizienzprogramme um 20 Prozent. Der Bürgermeister ist schon dankbar, wenn die Wohnungsbaugenossenschaften 15 Prozent weniger Energie verheizen, wo doch das effizienteste Programm, das die Behörde selbst ins Netz stellt, 50 bis 60 Prozent an Effizienz bringt. So bewahren Sie die Schöpfung nicht, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Erde sich weiter aufheizt, ist Schluss mit der wachsenden Stadt. Dann werden Teile der Stadt in der Elbe versinken wie einst Atlantis im Ozean. In 15 Jahren ist der Wasserspiegel um 17 Zentimeter angestiegen und

A es geht weiter. Wir haben gehört, dass es bis zu einem halben Meter bis Ende des Jahrhunderts sein kann oder auch vielleicht sieben Meter. Wer weiß das so genau?

Welche Strategie hat der Bürgermeister dagegen? Er will die Atomkraftwerke länger laufen lassen. Damit aber werden wir die Treibhausgase nicht verringern. Wir werden höchstens die Risiken für uns alle vergrößern.

Heute Morgen ging eine Meldung über den Ticker: Im schwedischen Atomkraftwerk Forsmark sind über drei Jahre lang drei- bis vielfach höhere Mengen an Strontium 90 und Caesium 137 entwichen. Das wurde nicht festgestellt. Die Messgeräte waren kaputt. Davor waren es die Gummidichtungen. Davor waren es die Notaggregate. Davor waren es die Kontrollwarte. Forsmark ist baugleich mit Brunsbüttel und für Brunsbüttel hat Vattenfall gerade eine Laufzeitverlängerung beantragt. Herr Bürgermeister, setzen Sie sich dafür ein, dass wir davor bewahrt werden. Setzen Sie sich dafür ein, dass Vattenfall den Reaktor Brunsbüttel nicht weiter betreiben darf.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Denn wenn wir weniger Energie verbrauchen, mehr Effizienz haben und mehr erneuerbare Energien, ist das Klimaschutz. Das ist Sicherheit für uns alle. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Lieven.

B **Claudius Lieven GAL:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kruse, was Sie eben hier erzählt haben, waren leider wieder nur Sprechblasen. Es waren nur Ankündigungen: Sie würden ein großes Programm und integrierte Politik vorlegen. Was haben Sie denn die letzten fünf Jahre gemacht?

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Was haben Sie denn gemacht?)

Herr Freytag hat hier fünf Jahre lang Sprechblasen abgeliefert.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Der Umweltschutz komme ins Führerhäuschen – ja, aber nur, um ihn schneller verheizen zu können. Das war doch alles, was bei Ihnen im Umweltschutz gelaufen ist.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Diese Sprechblasen,

(*Wolfhard Ploog CDU:* Kommen Sie doch mal zur Sache, Oberschlauer!)

große Ankündigungen, Ole von Beust werde Klimaschutzbeauftragter der Bundes-CDU – Herr Kruse, Sie haben vor drei Wochen gute Vorschläge in der Presse gemacht. Was ist damit? Die Punkte, die sie dort genannt haben, bringen Sie hier nicht einmal über die Lippen. Sind die Ihnen schon wieder zerschossen worden? Dürfen Sie das alles nicht machen? Es waren alles ganz sinnvolle Punkte, die Sie auch gut bei uns abgeschrieben haben.

(Beifall bei der GAL)

Gut, zur Sache: Hamburg braucht ein Klimaschutzziel. Wir müssen bis 2020 den CO₂-Ausstoß um 40 Prozent

C reduzieren. Im Kyoto-Protokoll wurde vereinbart, dass die Industrieländer das bis zum Jahr 2020 erreichen sollen. Wir haben bereits das Jahr 2007, wir hätten bereits 22 Prozent erreichen müssen. Das haben wir nicht. Im Gegenteil, gegenüber 1990 sind die CO₂-Immissionen in Hamburg um 13 Prozent gestiegen. Das heißt, wir belasten das Klima noch stärker als 1990. Wir sind also auf dem Weg in die Katastrophe. Das muss man leider so sagen. Das macht keinen Spaß, aber es ist so. Wir müssen uns dies vor Augen halten, aber auch, dass in Hamburg pro Kopf mehr CO₂ immittiert wird als im Bundesdurchschnitt. Wir sind hier leider nicht Vorreiter, sondern hängen hinterher. Um das Klimaschutzziel zu erreichen, diese 40 Prozent in diesen 13 Jahren, muss Hamburg seinen CO₂-Ausstoß um 760 000 Tonnen pro Jahr senken, um eine Dreiviertelmillion Tonnen. Das sind fast 4 Prozent Reduzierung jährlich von heute an. Dies ist eine gewaltige Aufgabe. Dafür sind gewaltige Anstrengungen nötig. Kein Lebensbereich, keine Branche kann da außen vor bleiben, denn Hamburg muss wirklich eine CO₂-Vollbremsung hinlegen. Das ist für eine so große Stadt, wie Hamburg es ist, eine Vollbremsung. Um das zu schaffen, müssen wir unsere Lebens- und Wirtschaftsweise ändern, sei es bei den Dienstwagen, bei Flugreisen, bei der Heizenergie oder bei der Stromerzeugung.

Nun haben der Senat und der Bürgermeister zum Glück ihr Herz für den Klimaschutz entdeckt. Vielleicht liegt es daran, dass Sylt weggespült wird. Wenn Kampen in Gefahr ist, wird auch Herr von Beust wach.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

D Aber egal, welches Motiv ihn treibt: Wenn es der Sache denn nutzt, soll es uns recht sein. Wenn es der Sache denn nutzt – aber leider war die Aktion "Energiewende", die der Bürgermeister und sein Umwelt- und Stadtentwicklungssenator letzte Woche vorgestellt haben, ein Schuss in den Ofen. Eine Schirmherrschaft macht noch keine Energiewende, Herr Gedaschko und Herr von Beust. Was Sie da präsentiert haben, war leider nur heiße Luft. Für die energetische Sanierung der Altbaubestände hat der Senat keinen Cent zusätzlich angekündigt. Die Wohnungsunternehmen würden das doch gern abnehmen. Sie würden doch gern investieren. Die Programme sind überbucht, aber Sie haben nichts getan. Im Gegenteil: Sie haben die Mittel für das Programm "Arbeit und Klimaschutz" zusammengestrichen. Vor zehn Wochen, in den Haushaltsberatungen, haben Sie das hier gegen unseren erbitterten Protest in allen Beratungen im Haushaltungsausschuss und den Fachausschüssen beschlossen. Das zeigt, dass Sie das Problem vollständig verdrängt haben und es Ihnen nun auf die Füße fällt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Schauen wir nach vorn. Hamburg kann zu einer Modellregion für Klimaschutz werden. Hamburg kann klimafreundliche Produkte entwickeln, klimafreundliche Fahrzeuge, Wasserfahrzeuge, klimafreundliche Häuser. In Hamburg entwickeln, exemplarisch anwenden und in die ganze Welt verkaufen: Das DIW, das Deutsche Institut für Wirtschaft sagt, dass die Umweltbranche 2020 die größte Branche in Deutschland sein werde, noch vor der Automobilbranche. Da sollte Hamburg ganz vorn dabei sein. Wir sollten diese Chance nicht an uns vorbeiziehen lassen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

A Meine Redezeit ist leider zu Ende. Bis zur nächsten Runde. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Rosenfeldt.

Jenspeter Rosenfeldt SPD.* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das, was wir jetzt auch bei der Wende des Bürgermeisters erleben, halten manche für Opportunismus,

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Sie ja glücklicherweise nicht!*)

einfach, weil das Wahljahr bevorstehe. Das erleben wir bei den Fragen wie zum Beispiel der Aufwertung der benachteiligten Stadtteile. Da wird ein Thema besetzt. Vorher wird gekürzt, jetzt wird wieder Geld hineingeckelt, natürlich nur ein Bruchteil dessen. Wir haben die Senkung der Umweltstandards und Ähnliches in unserer Stadt erlebt. Jetzt werde entdeckt, dass es – sieh an – Klimaschutz gibt und schnell auf den Zug aufgesprungen.

Ich glaube das nicht. Ich glaube, wir haben hier etwas Einmaliges erlebt. Der Bürgermeister hat ein Buch gelesen, vielleicht auch den Film gesehen und wir sind jetzt Zeugen eines richtigen Erweckungsmysteriums.

(*Michael Neumann SPD: Hat George Bush auch gehabt!*)

Plötzlich soll alles anders werden. Wir werden zukünftig wieder – ich hoffe, dass wir es an Taten werden messen können – weniger Baumfällungen haben und dafür deutlich mehr Anpflanzungen, weil dies auch dem Klima nützt. Wir werden nicht mehr eine massive Förderung des PKW-Verkehrs haben, sondern um die Mobilität in der Stadt zu steigern, werden wir viel in moderne Systeme des öffentlichen Nahverkehrs stecken. Da gibt es zum Beispiel die U-Bahn, aber auch die Stadtbahn, wie sie moderne Weltmetropolen wie zum Beispiel Paris und auch amerikanische Städte haben. Wir werden es daran messen können, ob zum Beispiel Bauwerke, die wir wie in der HafenCity errichten – die Symbol- und Vorbildcharakter haben wollen, wie wir heute im "Hamburger Abendblatt" lesen konnten –, wirklich neuesten energetischen Standards genügen oder ob dies nur eine glänzende Fassade sein wird, die täuschen soll.

Wir werden nicht nur mit diesen Worten umsteuern müssen, sondern die Umsteuerungen an konkreten Beispielen und das ganz schnell vornehmen. Wir brauchen darüber Klarheit, wo wir unsere Schwerpunkte setzen wollen. Ein paar habe ich eben genannt. Das sind die Bauten. Andere sind auch schon genannt worden, was die Vielzahl alter Gebäude betrifft. Aber wir werden ganz viel Bewusstsein schaffen müssen.

Das Programm "Arbeit und Klimaschutz" wurde genannt. "Unternehmen Ressourcenschutz" ist auch ein Programm, das durchaus Erfolge gezeigt hat. Es muss aber die Frage erlaubt sein, wenn dort der Einsatz von Mitteln so sehr viel ungünstiger ist als zum Beispiel einen Bereich "Arbeit und Klimaschutz" zu fördern – nämlich zwei Euro pro Tonne CO₂ –, ob wir die Ressourcen, die wir haben, richtig einsetzen. Dann muss jetzt umgesteuert werden, wenn wir tatsächlich damit Erfolg haben wollen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zu diesem Bereich gehört auch, dass wir unbedingt darangehen müssen, die Bevölkerung stärker zu informieren. Den größten Teil der Einsparungen können wir genau in der Bewusstseinsänderung der Bevölkerung bei der viel besseren Nutzung der Konsumgeräte erzielen, aber auch beim Verkehr. Dazu brauchen wir eine Agentur, die wirklich darangeht und die Bevölkerung gezielt in den Bereichen informiert, in denen am meisten erreicht werden kann. Wir werden eine Diskussion auch hier in Hamburg über Billigflieger führen müssen, die irrsinnig viel in die Umwelt abpusten, und wo es bestimmte Bevölkerungsgruppen gibt, auf die wir auch als Fraktionen einwirken sollten, damit sie diese Billigflieger weniger nutzen und auf ökologische Verkehrsmittel umsteigen. Da kann man mit dem Know-how, das wir haben, in den Bezirken, in den Rudimenten der Umweltbehörde und bei der Verbraucherzentrale richtige, effektive Aufklärungskampagnen führen.

Ein Letztes zur Kernenergie: Ich hoffe, Herr Bürgermeister, Sie unterhalten sich einmal intensiver mir Ihrem Kollegen in Berlin, der jetzt seine Meinung geändert hat und nicht sagt, über Kernenergie wolle er im Moment nicht weiter reden, das sei etwas, was uns für die nächsten Jahre überhaupt nichts hilfe, weil es viel zu lange brauche, und Erfolg zu haben. Wir reden immer so, als ob Strom den Hauptteil ausmachen würde. Das ist aber bei der Energieversorgung überhaupt nicht der Fall: Es sind ganz andere Energieträger, die den Ausschlag geben. Wir sollten hier keine Diskussion führen, die eher darauf ausgerichtet ist, den großen Konzernen zu helfen, sondern wir sollten eine Energiepolitik betreiben, die der Versorgung effektiv und schnell dient. Da ist Kraft-Wärme-Kopplung die weit bessere Methode.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wir sollten dabei auch auf die Effektivität achten. Frau Schaal hat vorhin Brunsbüttel erwähnt. Das steht 40 Prozent der Zeit still. Da ist Kapital einfach tot festgelegt. Wenn Sie sich bitte erinnern: Einmal waren die Ventile kaputt, dann klappte dort etwas nicht – das Ding ist einfach gefährlich.

Wir sollten keine Strategie fahren – ich finde sie wirklich unverantwortlich und unmoralisch – zu sagen, die Leute sollten ganz doll viel Angst vor der Klimakatastrophe haben, wir böten ihnen den Super-GAU. So geht es nicht in der Energiedebatte.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Gedaschko.

Senator Axel Gedaschko: Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Was Sie heute erleben, ist, was alle draußen erwartet haben: dass wir uns hier gegenseitig beschuldigen, dass der andere geschlafen habe. Schlicht und ergreifend, wenn wir die Zahlen dann hören, dass von 1990 bis 2001 in Hamburg der CO₂-Ausstoß um 13 Prozent zugenommen habe, kann man feststellen, dass das auch so gewesen ist. Das war keine Sache dieses Senats, sondern der Vorgängersenate.

(Beifall bei der CDU)

Dies zeigt nur eines: dass alle zu wenig getan haben, obwohl sie theoretisch die Erkenntnis hatten. Deshalb – das ist auch schon mehrfach gesagt worden – sollten wir

C

D

A jetzt dieses Kapitel, das ein trauriges Kapitel für uns alle ist, abhaken und uns – anstelle uns selbst gegenseitig in die Beine zu treten – mehr Gedanken darüber machen, wie wir es für die Zukunft besser machen können. Das ist sinnvoller.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch darauf eingehen, dass behauptet wurde, in den vergangenen Jahren sei nichts gemacht worden und das habe alles keinen Effekt. Sich selbst zu loben sieht immer ein bisschen komisch aus. Deshalb möchte ich zitieren, wie Fremde das wahrgenommen haben, was in Hamburg geschehen ist: Juni 2005, dritter Platz "Energiesparkommune 2005". Das war eine Aktion, die noch unter der Vorgängerregierung begonnen und von der neuen Regierung fortgesetzt worden war. September 2005, eine Aktion, die von der EU gewürdigt wurde, "Motor Challenge Partner Award":

"Mit dieser Auszeichnung würdige ich auch die Hamburger Klimaschutzpolitik mit ihrem Konzept zur Energieeffizienz und Energieeinsparung."

Mai 2006, Bundessieger "Luftqualität verbessern, Mobilität sichern", November 2006, Auszeichnung "Stadt UN-Dekade 'Bildung für nachhaltige Entwicklung'", November 2006, dritter Platz, "Bundeshauptstadt im Klimaschutz". Das dazu, weil Sie gesagt haben, der Vorgänger habe nichts getan. Völlig falsch. Das muss einfach festgestellt werden.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der GAL)

B Der Blick nach vorn: Welche Ziele brauchen wir? Wir brauchen eine deutliche, und zwar eine quantifizierbare Verminderung von CO₂-Immissionen in allen Sektoren: Wirtschaft, Industrie, Verkehr und Wohnungsbau. Wir brauchen eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz, in der öffentlichen Infrastruktur sowie in unseren Unternehmen und in den privaten Haushalten. Und wir brauchen eine deutliche Steigerung im Einsatz regenerative Energien, die Schaffung der Voraussetzungen für einen zukunftsfähigen Mix unterschiedlicher Energieträger.

(Christiane Blömeke GAL: Ja, dann mal los!)

– Genau, das wollen wir mit Ihnen gemeinsam. Mosern Sie doch nicht nur. Hamburg wollen wir gemeinsam mit Ihnen – wenn Sie denn mitmachen, wir laden Sie ein – zum Spitzensstandort und Kompetenzzentrum für Klimafolgenabschätzung und Klimafolgenmanagement machen.

Das Klimaschutzkonzept Hamburg wird zunächst einen Zeithorizont bis Ende 2011 haben. Hinsichtlich des Kyoto-Bemessungsjahres 2012 ist das genau der richtige Zeitraum. Es wird exakt diese quantifizierbaren Ziele auch nennen, sodass dann, beginnend mit 2012, feststehen wird, ob und inwieweit die durch den Senat festgelegten Ziele auch erreicht sind.

Erste Maßnahmen dieses Klimaschutzpaktes setzen dort an, wo wir die größte Reichweite und das größte Potenzial zur CO₂-Reduktion haben. Das ist in Hamburg der Wohnungsbaubestand. Insgesamt entfallen 30 Prozent des gesamten deutschen Energieverbrauches auf diesen Sektor. Bei der energetischen Sanierung des Wohnungsbaubestandes weist die Initiative "Arbeit und Klimaschutz" seit einigen Jahren beachtliche Erfolge auf. Gleichwohl reicht uns dies nicht. Wir haben insgesamt um zirka

C 120 000 Tonnen CO₂ reduziert, aber gemessen an dem, was wir vor uns haben, ist dies zu wenig.

Wir sollten die Dinge deshalb nicht kleinreden. Wenn sich ein Verband, der über 280 000 Wohnungen in Hamburg verfügt, erklärt – ohne staatliche Unterstützung, sondern einfach aus betriebswirtschaftlicher Notwendigkeit, um für die Mieter akzeptable Mietpreise zu halten –, diese 280 000 Wohnungen, die zu einem guten Teil schon energetisch saniert sind, trotzdem gemessen an diesem Gesamtbestand um 25 Prozent hinsichtlich des CO₂-Ausstoßes zu verbessern, ist das etwas Hervorragendes und sollte nicht von Ihnen kleingeredet werden.

(Beifall bei der CDU)

Es profitieren nämlich die Mieter, die Vermieter, wir senken die Verbrauchskosten und steigern den Wert der Gebäude und der Klimaschutz profitiert.

Gestern war der Verband der freien Wohnungsbaunehmenden in Hamburg zu Gast. Der für Hamburg zuständige Teil – und das sind wiederum Vertreter von 100 000 Wohnheiten – hat sich bereit erklärt, sich dieser Aktion des VNW anzuschließen. Damit sind wir bei 380 000 Wohnheiten in Hamburg.

Der nächste Schritt: Wir haben gestern angekündigt, dass wir Ihnen zur Beschlussfassung ein Paket vorlegen werden, das 32 Schulen im Bezirk Harburg beinhaltet, die saniert werden. Die Sanierung wird in einer Art und Weise erfolgen, dass dort der CO₂-Ausstoß innerhalb von fünf Jahren um 30 Prozent reduziert werden wird. Allein für diese energetische Sanierung wird die Hansestadt Hamburg 26 Millionen Euro ausgeben.

(Beifall bei der CDU)

Heute haben wir mit "E.on Hanse" und der Heizung- und Sanitärrinnung aus Hamburg die Aktion "Wärmecheck" ins Leben gerufen. Sie richtet sich an Unternehmer in Hamburg. Viele Betriebe haben unverhältnismäßig große und wenig effiziente Heizungsanlagen. Mit dieser Aktion "Wärmecheck" wird die Möglichkeit gegeben, zu einem extrem geringen Preis – da er von der BSU und "E.on Hanse" subventioniert wird – das zu prüfen. Wir haben dies heute am Beispiel eines Hotels in Hamburg gemacht. Wir haben eine Serien-E-Mail versandt, sodass morgen 1000 Unternehmen aus Hamburg dieses Angebot im elektronischen Briefkasten haben und diesen Wärmecheck abrufen können. Wir werden diese Aktion zunächst bis zum Jahr 2010 weiterlaufen lassen und werden dann sehen, ob noch die Notwendigkeit besteht oder ob, wenn es gut läuft, alle Betriebe bereits saniert sind.

Hamburg hat schon viel getan, aber es war zu wenig. Darüber sind wir uns alle einig. Wir werden mehr tun. Dabei geht es uns aber nicht um Aktionismus, sondern um Aktion mit Hand und Fuß. Wir formulieren derzeit alle Ziele. Wir werden dann das Erreichen der Ziele messen lassen. Was wir hingegen nicht wollen, ist schlichte, vordergründige politische Effekthascherei. Wir wollen Maßnahmen realisieren, die eine große Einsparung von Treibhausgasen in möglichst kurzer Zeit zur Folge haben.

(Beifall bei der CDU)

Es ist eine ganz seltsame Diskussion, die hier teilweise geführt wird. Dabei ist doch überhaupt nicht entscheidend, ob staatliches Geld und viel staatliches Geld eingesetzt wird. Das ist eine bisweilen schräge Sicht. Wir kön-

A nen uns doch darüber freuen, wenn es auch ohne staatliches Geld geht, weil die Menschen realisieren, dass sie handeln müssen. Den Erfolg am Einsatz von Geld zu messen, ist schlicht und ergreifend falsch.

Erfolgreiche Klimaschutzpolitik zeichnet sich dadurch aus, dass es gelingt, die handelnden Akteure rasch einzubinden, um mit ihnen konkrete Schritte und Reduktionsmengen zu vereinbaren. Der Einsatz von Steuermitteln ist daher erst einmal zurückhaltend zu bewerten. Allerdings ist auch eines klar: Dort, wo es notwendig ist, werden wir auch über die jetzigen Mittel hinaus weitere Gelder zur Verfügung stellen. Es ist uns bewusst, dass wir dieses Ziel nicht mit den vorhandenen Mitteln erreichen werden.

Das Konzept wird erarbeitet, einzelne Maßnahmen, wie eben vorgestellt, werden wir Ihnen selbstverständlich laufend bis zur Vorstellung des Gesamtkonzepts vorab schon vorstellen. In diesem Sinne rufe ich Sie auf, gemeinsam mit uns an diesem Zukunftskonzept zu arbeiten. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das mit den Bräuten ist so eine Sache. Die "Kerle" von der SPD sind nicht da und der andere Kerl hat jetzt einen kleinen Blumenstrauß dazu gegeben, aber das Klimaschutzziel ist nicht genannt worden. Ich finde es letztendlich großartig, dass wir uns in einen Wettbewerb um den allerbesten Klimaschutz, die besten Konzepte und Schnelligkeit begeben, weil es, wie richtig gesagt wurde, um ein Menschheitsproblem geht. Lassen Sie uns insofern um der Sache willen diesen Wettbewerb annehmen. Wir werden Sie natürlich an den Taten messen.

(Beifall bei der GAL und bei Uwe Grund SPD)

Die Wähler können jeden Tag bis Februar 2008 gucken, ob Sie glaubwürdig sind. Wir werden zum Beispiel auch überprüfen, Herr Gedaschko, wie sich Ihre Senatsflotte verändert, die im Augenblick das doppelte dessen an CO₂ ausstößt, was die EU-Kommission möchte.

(Beifall bei der GAL)

Wir werden gerne in diesen Wettbewerb gehen und ich finde es sogar richtig toll, dass Sie jetzt anfangen, vom Original abzuschreiben. Der Druck ist schon lange da, aber ich will gar nicht in Konkurrenz treten, denn wir wissen, dass es eilig ist. Selbst Frau Merkel sagt jetzt, dass sie in Heiligendamm über Klimaschutzziele in Höhe von 30 Prozent CO₂-Reduktion bis 2020 sprechen werde. Also eifern Sie dem nach, es ist fünf Minuten nach zwölf.

Was wäre denn, wenn es in unserer Gesellschaft unschick würde, einen Van oder Touareg zu fahren, wenn in diesen sogenannten Out- und In-Listen der Gazetten stände, dass es schick sei, keine Stand-by-Beleuchtung zu haben, oder wenn man auf den diversen Partys und Clubs darüber spräche, wie die Kraft-Wärme-Kopplung aussieht, wie die tollste Fotovoltaikanlage oder die Sonnenkollektoren auf meinem Dach aussehen, anstatt über den neuesten Golfschläger? Was wollen wir mehr, wenn das alles schick würde, das heißt, wir hätten ein richtig gutes Programm vor uns.

(Beifall bei der GAL)

C

Ich denke immer noch an die Debatten, in denen von Verspargelung der Landschaft die Rede war, und jetzt ist es plötzlich schick und REpower macht hohe Gewinne. Wir freuen uns darüber, dass wir nicht mehr die Rufer in der Wüste sind, sondern endlich dicke Bretter langsam löchrig machen. Ich freue mich auf den Wettbewerb. Sie müssen anfangen, wir haben die Konzepte vorgelegt und die Zeit des Debattierens ist vorbei. Wir werden Sie täglich an Ihren Taten messen und dann schauen wir mal. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der neue Senator, der auch für Klimaschutz und Umwelt zuständig ist, ist wenigstens so redlich zuzugestehen, dass die Preise, die Sie eingehemst haben, im Grunde genommen auf die Programme zurückgehen, die von den Vorgängerregierungen angeschoben und von Ihnen dankenswerterweise weiter fortgesetzt wurden. Allerdings müssen Sie auch einsehen, dass die Programme besser sein könnten, wenn sie besser ausgestattet wären. Sie haben es zu verantworten, dass die Programme nicht mehr so gut ausgestattet sind wie früher; hier müssten Sie also deutlich nachlegen.

Es gibt noch eine Reihe anderer Dinge zu tun, die vielleicht nicht unbedingt Geld kosten. Wir haben in Hamburg eine exzellente Klimawissenschaft. Wir haben allein im Hochschulbereich im Bereich der Klimaforschung Exzellenz bewiesen. Aber dieser Senat ist nicht in der Lage, es zu schaffen, die verschiedenen Institute und Teile der Klimaforschung in Hamburg zusammenzuführen. Zum einen hat es auf Initiative des damaligen HWWA einen Versuch gegeben, eine Plattform für die Klimaforschung in Hamburg zu schaffen, sie inhaltlich zu verzähnen und auch besser nach draußen zu verkaufen. Herr Senator Freytag, jetzt Finanzsenator, und Wissenschaftssenator Dräger waren Schirmherren. Außer einem Pressefoto wegen der Schirmherrschaft ist nichts weiter erfolgt. Hier sollten Sie sich ein bisschen mehr engagieren.

D

Zweitens hat es schon lange Versuche gegeben, die Bereiche der Forschung auch räumlich zusammenzuführen. Auch das ist nicht geschehen, im Gegenteil. Sie haben alle Initiativen vereitelt und im Keim erstickt.

Ein dritter Punkt ist mir wichtig. Wenn wir alle Verantwortung übernehmen – das ist richtig, das konzediere ich Ihnen, Herr Senator Gedaschko –, dann muss man aber auch denjenigen helfen, die nicht von sich aus in der Lage sind, das, was jetzt alles auf uns zurollt, auch zu durchschauen. Wir brauchen eine Unterstützung der Verbraucherinnen und Verbraucher, damit sie sich im Klimaschutz zurechtfinden, damit sie wissen, was für das Klima und für sie das Beste ist. Wir brauchen eine stärkere Beratung nicht nur der Unternehmen, was auch gemacht wird, sondern der Verbraucherinnen und Verbraucher und hier müssen Sie endlich etwas tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Engels.

A **Hartmut Engels** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Dr. Willfried Maier GAL: Einer muss ja für die AKWs sprechen!)

– So ist es; ich spreche nicht dafür.

Liebe Frau Goetsch! Zunächst einmal finde ich die Art und Weise, in der Sie sich geäußert haben, was die Umweltpolitik meiner Partei betrifft, im Grunde genommen sehr vielversprechend, denn es geht in der Tat um ein Problem – das ist bei allen Beiträgen klar geworden –, das uns alle sehr ernsthaft bewegen sollte, und zwar über die jeweiligen verbandspolitischen, aber auch parteipolitischen Ziele hinaus. Es gibt zahlreiche Beispiele, die ich für sehr problematisch halte. Das Thema ist viel zu ernst und ich bin sehr dankbar, dass Sie es begründen, dass auch meine Partei viel stärker als in der Vergangenheit – das räume ich ohne Ausrede ein – ihren Beitrag dazu liefern will. Ich gehe davon aus, dass wir uns in Zukunft häufiger, zum Teil im Detail, aber auch in der Sache insgesamt einig sein können.

Auf der anderen Seite muss ich die geäußerte Kritik zurückweisen, die Umweltbehörde sei geschlossen worden. Das trifft überhaupt nicht zu, Frau Dr. Schaal; Sie haben das nicht gesagt, Frau Goetsch. Hamburg hat sich lediglich dem erfolgreichen Modell der Integration der Stadtentwicklung und Umwelt der Städte Berlin und Bremen angeschlossen und das ist auch sinnvoll.

(Beifall bei der CDU)

B Das Problem der bisherigen Ökologie war – das war leider der Fehler der Grünen –, dass sie es viel zu häufig gegen die Gesellschaft, insbesondere gegen die Wirtschaft, eingesetzt haben.

(Dr. Monika Schaal SPD: Singen Sie doch nicht immer die gleichen Lieder!)

Wir haben uns in Hamburg als auch in den anderen beiden großen Stadtstaaten dafür eingesetzt, dass durch Integration der Umweltpolitik die Umweltpolitik auch in Lagern Berücksichtigung findet, in denen sie bisher nicht ausreichend berücksichtigt wurde. Sie haben durch Ihren Kleinkrieg leider zum Teil viel verhindert, auch wenn Sie das Bessere meinten. Ich finde es jedenfalls unangebracht, davon zu reden, Hamburg hätte, was den organisatorischen Rahmen betrifft, nicht genug getan. Herr Gedaschko hat vorhin schon die zahlreichen Preise genannt, die Hamburg führend von allen großen Städten in der Bundesrepublik erzielt hat. Hamburg kann stolz sein und das ist nicht nur ein Verdienst der Vergangenheit, sondern auch der Umweltpolitik, wie sie vom CDU-geführten Senat betrieben worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen sollten wir – diese Bitte habe ich – Umweltschutz nicht nur mit Katastrophenbildern machen. In der Tat ist die Erderwärmung zu einem Großteil menschenbedingt, das ist völlig richtig. Aber deswegen nun in Katastrophenbilder zu münden, wie es zum Beispiel der WWF gemacht hat, aus dem Jahre 2003 – da hatten wir in Europa eine Hitzewelle – einfach eine lineare Hochrechnung bis in die nächsten Jahrzehnte zu betreiben und von Zehntausenden von Hitzetoten zu sprechen, ist einfach unsinnig und das hält auch keiner wissenschaftlichen Überprüfung stand.

C Meine Bitte ist – so sollten wir auch unsere gemeinsame Diskussion angehen und es gibt leider zahlreiche Beispiele der Unvernunft –, trotz Klimaerwärmung die Dinge sehr sorgfältig zu betrachten und trotz der Erwärmung einen kühlen Kopf zu bewahren. Damit sollten Sie sich ernsthaft auseinandersetzen und damit gehe ich auf den Zwischenruf von Herrn Maier ein. Wenn die Kernenergie in der Lage ist, 50 bis 100 Millionen Tonnen CO₂ einzusparen, je nachdem, ob ich es durch Kohle oder Gas ersetze, dann sollten Sie sich mit diesem Thema sehr ernsthaft beschäftigen, denn es handelt sich um einen dickeren Brocken als etwa der Hamburger Stadtverkehr. Sie sollten sich mit diesem Thema auch auseinandersetzen und vielleicht kommen wir dann zu vernünftigen Lösungen.

Also noch einmal: Einen kühlen Kopf bewahren, aber dennoch die Sachen anpacken.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Meine Damen und Herren! Die Redezeit der Aktuellen Stunde ist erschöpft.

Wir kommen zu den Punkten 2 und 3 der heutigen Tagesordnung: Wahl eines Mitglieds des Ausschusses zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Finanzgericht Hamburg und Wahl eines Mitglieds des Ausschusses zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Hamburg.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds des Ausschusses zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Finanzgericht Hamburg – Drucksache 18/5715 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds des Ausschusses zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Hamburg – Drucksache 18/5716 –]

Die Fraktionen haben vereinbart, die Wahlen in einem Wahlgang durchzuführen. Die Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Kreuzen Sie bitte bei jedem Namen nur ein Kästchen an. Mehrere Kreuze bei einzelnen Namen beziehungsweise weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit führen. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig.

Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidungen vor.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Ich darf die Schriftführerinnen bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das scheint der Fall zu sein. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden nun ermittelt. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, wenn wir sie Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt geben.*

* Ergebnisse siehe Seite 3937 D

A Wir kommen zu Punkt 22 der heutigen Tagesordnung, dem Antrag der CDU-Fraktion: Wiederaufnahme der Nautiker-Ausbildung in Hamburg.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Wiederaufnahme der Nautiker-Ausbildung in
Hamburg – Drucksache 18/5720 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 18/5801 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Maritime Ausbildung fördern – Hamburg braucht
wieder eine Seefahrtsausbildung
– Drucksache 18/5801 –]**

Beide Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Wissenschaftsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? Herr Ohlsen, bitte.

Olaf Ohlsen CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hamburg braucht wieder eine Nautiker-Ausbildung.

(Beifall bei der CDU und bei Uwe Grund SPD)

Lassen Sie mich vielleicht mit zwei, drei Sätzen noch einmal erläutern, was dazu geführt hat, Herr Grund, dass die nautische Ausbildung in Hamburg eingestellt worden ist. Ich selbst habe auch Anfang der Sechzigerjahre mein nautisches Patent an der Rainvilleterrasse gemacht. In den Sechziger-/Siebzigerjahren wurden noch insgesamt 700 Nautiker in Hamburg ausgebildet. Dieses ging radikal zurück, als die deutschen Reeder verstärkt ihre Flotten unter ausländische Flaggen stellten, um Kosten zu sparen. Das hat zu erheblichen Einbußen in der nautischen Ausbildung geführt und zu erheblichen Motivationsverlusten derjenigen, die eine nautische Ausbildung für ihre Karrierechancen in der Seefahrt sahen.

In den Neunzigerjahren sagte dann der Landesrechnungshof sehr deutlich, dass die Kosten-Nutzen-Analyse hier nicht im Gleichklang stehe und er forderte den Senat auf zu überlegen, wie man die Seefahrtsschule weiterführt oder schließt. Der Beschluss zur Schließung erfolgte im Jahre 2000, nachdem nur noch 40 Auszubildende in der Rainvilleterrasse zu verzeichnen waren. Das zum Hintergrund, warum dieses so geschehen ist.

Die Kehrtwende passierte im Jahre 2003 im Rahmen der Maritimen Konferenz in Lübeck. An dieser Stelle gebührt Bundeskanzler Schröder ein großes Dankeschön, weil es ihm gelungen ist, die deutschen Reeder davon zu überzeugen, dass die Sach-, Fach- und Personalkosten reduziert werden und die Tonnagesteuer beibehalten wird. Das hat die Reeder dann veranlasst, das Zugeständnis zu machen, 100 Schiffe pro Jahr wieder zurückzuflaggen. Das führte zu der Situation, die wir heute in der nautischen Ausbildung in den norddeutschen Küstenländern vorfinden. Die dort noch vorhandenen Seefahrtsschulen platzen aus allen Nähten, wir haben sozusagen den Numerus clausus. Es wird in der Ausbildungskapazität so eng, dass wir vermehrt Nautiker nicht ausbilden können. Ich finde den Ansatz dieses Senats sehr gut und lobenswert, die Fachhochschule Flensburg zu unterstützen, damit dort vermehrt ausgebildet werden kann.

EU-weit wird ein Bedarf von 30 000 Nautikern festgestellt. Für die maritime Wirtschaft der Bundesrepublik bedeutet dieses einen Ausbildungsbedarf von 700 bis 1000 je nach Verweildauer der einzelnen nautischen Offiziere an Bord.

C Das ist die Marge, die wir haben, die maritime Wirtschaft braucht 700 ausgebildete Nautiker.

(Uwe Grund SPD: Dann mal los!)

– Ja, Herr Grund.

Wir wollen mit diesem Antrag nicht wieder zu dem zurück, was wir hatten, sondern im Rahmen von Public Private Partnership eine Seefahrtsschule mithilfe der Reedereien, der maritimen Seewirtschaft, dem Verband der See- und Hafenlotsen und anderen Unternehmen gründen. Als Beispiele seien genannt die Bucerius Law School, die hervorragend arbeitet, die Hamburg School of Business Administration an der Handelskammer und die Hamburg School of Logistics. Die Berufsaussichten dieser abgängigen Hochschüler sind sehr gut.

Bei den Seefahrtsschulen finanzieren Reedereien in zunehmendem Maße die sogenannten Stiftungsprofessuren. Beispielsweise hat die Reederei Hamburg-Süd die dreijährige Finanzierung für eine Stiftungsprofessur an der Fachhochschule Flensburg zugesagt.

(Uwe Grund SPD: Mir blutet das Herz!)

Der Verband Deutscher Reeder hat im Dezember angekündigt, mehr als 50 Prozent der Jahresmitgliedsbeiträge für Ausbildungszwecke zur Verfügung zu stellen. Das war die Aussage der Fünften Nationalen Maritimen Konferenz in Hamburg. Demzufolge ist in der maritimen Wirtschaft durchaus die Bereitschaft zu erkennen, die Ausbildung der Nachwuchskräfte finanziell zu unterstützen.

Herr Grund, wir werden Ihrem Antrag heute nicht zustimmen können, weil Sie im Grunde genommen wieder in die frei finanzierte staatliche Obhut wollen mit den entsprechenden Folgekosten; das wollen wir nicht.

(Uwe Grund SPD: Das meinen Sie nur!)

Wir werden auch einer Überweisung nicht zustimmen, weil wir hier auch die Eilbedürftigkeit sehen

(Doris Mandel SPD: Ohne einen Termin zu setzen!)

und keine Zeit verlieren wollen, da wir dringend nautisch ausbilden müssen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Grund.

Uwe Grund SPD: Lieber Herr Ohlsen, in der Analyse sind wir uns völlig einig. Es ist eine der finstersten Stunden für die stolze und große Hafenstadt Hamburg gewesen, die berühmte Seefahrerstadt Hamburg, dass im Jahre 2000 die Ausbildung von nautischen Offizieren, von Seeleuten in Hamburg beendet werden musste.

Das war nicht aus freien Stücken oder weil Hamburg kein Interesse mehr daran hatte, sondern es war die wirtschaftliche Entwicklung und vor allem das von Ihnen richtig skizzierte Problem der Ausflaggung deutscher Schiffe unter andere Flaggen. Heute ist es immer noch so, Herr Ohlsen, dass nur jedes fünfte deutsche Schiff unter deutscher Flagge fährt

(Olaf Ohlsen CDU: Aber sie kommen zurück!)

A und die Tendenz im Moment sogar wieder absinkt, wahrscheinlich wegen des Problems, das wir beide gemeinsam beklagen, dass es nämlich inzwischen an qualifizierten deutschen Nachwuchskräften vor allem im Offiziersbereich fehlt, um deutsche Schiffe auch unter deutscher Flagge laufen lassen zu können. Es ist im Grunde eine erfreuliche Entwicklung, dass es diese Nachfrage wieder gibt, da können wir nur dankbar und froh sein.

Wenn sich allerdings – das ist dann doch sehr kritisch zu sehen – Hamburg allein darauf verlegt zu sagen, das soll die Privatwirtschaft richten und am besten findet das außerhalb Hamburgs statt, vielleicht in Cuxhaven, Flensburg, Schwerin, Warnemünde und wo sonst überall noch, nur nicht in Hamburg, dann ist das ein Armutszeugnis und dafür bekommen Sie unseren Beifall nicht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wenn ich mir Ihren Antrag anschau, Herr Ohlsen, finde ich es wirklich schade, was man liest, wenn die CDU-Fraktion sich schon einmal zu einem Antrag aufruft – ich zitiere –:

"... 1. einen Bericht über vorhandene Ausbildungsgänge und -kapazitäten im maritimen Sektor in den norddeutschen Bundesländern zu erstatten."

Wir wissen doch, wie das aussieht, wo die Kapazitäten sind. Die vorhandenen Kapazitäten sind überall, nur nicht in Hamburg. Warum ich dann einen Bericht des Senats brauche, erschließt sich mir nicht.

Zweiter Punkt:

B "... 2. die Handelskammer, den Verband Deutscher Reeder und den Bundesverband der See- und Hafenlotsen bei der Konzeptentwicklung für eine mögliche private Seefahrtsschule in Hamburg zu unterstützen."

Das geschieht doch schon. Was ist denn das für eine Initiative, dass die CDU das beschließen darf, was der Senat längst tut? Das ist wirklich lächerlich, kleinkariert und kindisch. So darf sich das Parlament in Hamburg nicht blamieren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wenn es wirklich so ist, dass dieses Haus etwas dafür tun will, dass in der stolzen Seefahrerstadt Hamburg und der größten deutschen Hafenstadt wieder etwas stattfindet, dann bedarf es auch des unmittelbaren Engagements der Stadt. Ich spreche mich, das sage ich ausdrücklich, nicht dagegen aus, dass Privatinitaliativen und gemeinschaftliche Projekte etwa im Rahmen einer PPP stattfinden. Das kann man alles machen, aber es bedarf darüber hinaus des Engagements der Stadt. Wenn es wirklich so ist, was ich ebenfalls einschätze, dass wir in absehbarer Zukunft jährlich 500 bis 700 Offiziere neu brauchen werden, dann muss Hamburg in eine Ausbildung im Bereich der Seefahrt investieren. Ob diese Schule später Offshore-Academy heißt und privat ist, Nautics-University oder wie es früher hieß, Seefahrtsschule Hamburg, ist mir eigentlich völlig wurscht, Hauptsache, die Investitionen erfolgen in dieser Stadt gemeinsam mit der privaten Wirtschaft und sie sind erfolgreich. Ich mag nicht akzeptieren, dass die großen Hafenstädte um Hamburg herum darum buhlen, Hamburgs Unterstützung für die Ausbildung zu bekommen, wir selber aber in Hamburg nichts auf die Beine stellen; das ist unbefriedigend.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Opitz. C

Dr. Heike Opitz GAL:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Ohlsen, Ihr Antrag macht deutlich, dass eine richtige Fehlkalkulation vorgenommen worden ist und Bedarfsanalysen, wie sie Senator Dräger auch gerne vornimmt, nichts weiter sind als ein Stochern im Nebel. Er ist auch ein Beispiel dafür, dass auf Experten wie die Elb- und Hafenlotsen im Vorfeld nicht gehört wurde und die CDU-Fraktion außerdem ein wenig spät dran ist.

Hamburg hatte eine über 250 Jahre lange Tradition einer Seefahrtsschule, an der die Kapitänsausbildung stattgefunden hat. Wie hier schon zweimal gesagt wurde, ging Mitte der Neunzigerjahre der Bedarf bei der Nautiker-Ausbildung zurück und so gab es meines Erachtens 2001 den Beschluss, die Ausbildung in Hamburg einzustellen. Die Umsetzung erfolgte aber erst 2005 und innerhalb dieses Zeitraums wurde schon klar, dass es bei der Nautiker-Ausbildung zu einer Unterversorgung kommen würde, denn es gab einen Boom bei der Seefahrt, wie er hier auch schon beschrieben worden ist.

Dennoch wurde der Studiengang, der damals schon an die HAW angegliedert worden war, geschlossen und die Tradition der Navigationsschule damit beendet. Damit einher ging auch noch, dass der zur Weiterbildung genutzte Schiffssimulator "Susan" abgebaut wurde und bis heute nicht wieder aufgebaut worden ist, obwohl Leer dieses damals zugesagt hatte, wohin dieser Schiffssimulator nämlich verlagert wurde; alles in allem also eine erschreckende Bilanz.

(Beifall bei der GAL und der SPD) D

2005 oder auch früher hätte sicherlich noch die Chance bestanden, das Ruder herumzureißen und die Schiffahrtsausbildung in Hamburg zu retten und dies haben Sie versäumt. Das Problem wurde zwar im norddeutschen Raum erkannt und deswegen gibt es mittlerweile an der Fachhochschule Flensburg einen achtsemestrigen Studiengang Seeverkehr, Nautik und Logistik, der in Zusammenarbeit mit der HAW gemacht wird, aber wir haben in Hamburg leider diese Studienplätze nicht oder schaffen keine Studienplätze in dieser Richtung.

Ich frage mich also, warum Sie zu diesem Zeitpunkt mit diesem Antrag kommen. Vor einem Jahr hätte man wirklich noch etwas machen können.

(Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

Es ist nämlich nur anderthalb Jahre her und jetzt riecht es für mich ein bisschen nach Wahlkampf und nicht so sehr nach ernsthaftem Interesse, denn ansonsten könnten wir dieses Thema doch gut im Wissenschaftsausschuss debattieren. Wir müssen nämlich wirklich einiges klären, denn der Antrag ist inhaltlich, lieber Herr Ohlsen, einfach nicht ausgereift. Sie begrenzen ihn auf ein privates Engagement. In Ihrem Antrag steht leider nicht PPP, also Public Private Partnership, sondern Sie sagen ausdrücklich, es soll eine private Hochschule geschaffen werden. Das wird für die Studierenden sehr teuer. Die letzte private Hochschule, die gegründet wurde, kostet die Studierenden 5000 Euro im Semester.

Dann muss man auch klar sagen, dass der Schiffssimulator immer noch fehlt, der für die Aus- und Fortbildung

A notwendig ist, und letztendlich das an der HAW vorhandene Know-how nicht genutzt wird. Alles in allem ist dies eine vernichtende Bilanz für Ihren Antrag und gerade deswegen wäre die Überweisung beider Anträge an den Wissenschaftsausschuss notwendig, damit wir hier zu einer Lösung kommen.

(Beifall bei der GAL)

So groß scheint das Interesse nicht zu sein und so scheint diese Debatte eher ein Ablenkungsmanöver als eine notwendige Kurskorrektur zu sein. – Danke.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort hat Herr Roock.

Hans-Detlef Roock CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mir ist eigentlich nicht eingängig, Herr Grund, wie man an einem solchen Projekt herumnögeln kann, vor allem schon deshalb nicht, wenn die Chance besteht, den Wissensstandort Hamburg durch private Initiativen noch mehr aufzuwerten.

Ich will noch einmal deutlich machen, warum wir den Weg einer privaten Hochschule beschreiten wollen.

Hamburgs finanzielle Mittel sind begrenzt. Allein schon deshalb sollte man die Initiatoren, den Verband Deutscher Reeder, den Bundesverband der See- und Hafenlotsen und die Handelskammer bei der Konzeptentwicklung einer privaten Seefahrtschule unterstützen.

(*Uwe Grund SPD: Das geschieht doch längst!*)

B Herr Grund, Sie haben die Katze aus dem Sack gelassen. Sie wollen zurück zu einer staatlichen Ausbildung. Sie sagen aber nicht, woher Sie das Geld nehmen wollen. Das ist unseriös.

(Beifall bei der CDU – *Doris Mandel SPD: Das stimmt doch gar nicht! Das hat er doch eben gesagt!*)

Der Kollege Ohlsen hat auf die Dritte Nationale Maritime Konferenz hingewiesen, die im Ergebnis zahlreiche Einflaggungen deutscher Handelsschiffe nach sich zog. Ich selbst war dabei und kann aus Erfahrung sagen, dass insbesondere auf die deutschen Reeder Verlass ist. Sie haben damals unter gewissen politischen Rahmenbedingungen – ich nenne da auch wieder die Tonnagesteuer und die Senkung der Lohnnebenkosten – spontan zugesagt, mindestens 150 Handelsschiffe wieder einzufliegen. Sie haben Wort gehalten und weit über die zugesagte Anzahl von Schiffen wieder eingeflaggt. Die deutsche maritime Wirtschaft hat insgesamt davon profitiert und Hamburg als zweitgrößter Hafen Europas würde es von daher auch gut anstehen, die Nautiker-Ausbildung wieder in ihr Angebot aufzunehmen.

(Beifall bei der CDU)

Es wäre ein sogenannter weicher Standortfaktor, der mit seinen Synergieeffekten nicht zu unterschätzen ist. Ich bin sicher, Herr Grund, dass mit Unterstützung des Senats eine private Hochschule auf den Weg gebracht werden kann. In diesem Punkt, denke ich, sind wir auf einem guten Wege. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

C **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Das Wort erhält der Abgeordnete Grund.

Uwe Grund SPD:* Nun muss ich doch noch einmal etwas sagen. Herr Roock, ich glaube, Sie haben nicht zu gehört. Ich habe mich negativ darüber geäußert, dass Sie vom Senat abfragen wollen, welche Studiengänge und Ausbildungsplätze gegenwärtig existieren. Das wissen wir nämlich. Vor allem wissen wir, dass in Hamburg so etwas nicht existiert. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass Sie im Antrag fordern, dass der Senat eine private Initiative unterstützen möge, obwohl Sie wissen, dass diese private Initiative bereits unterstützt wird. Insoweit ist das überhaupt nichts, was in dieser Stadt etwas nach vorne bewegt.

(*Olaf Ohlsen CDU: Das ist doch dumm Tüch!*)

Niemand käme in Deutschland auf die Idee, zu sagen, wir bräuchten keine juristische Ausbildung und würden das alles privat machen. Es käme auch niemand auf andere Ideen – zum Beispiel, dass wir nur noch private Kunsthochschulen machen und auf Kunstausbildung in öffentlicher Hand verzichten würden. Keiner käme auf diese Idee. Allerdings ist die CDU der Meinung, dass man das im Bereich der Schiffsoffiziere alles privat organisieren könne. Ich habe mich nicht dafür ausgesprochen, dass wir das vollständig unter staatlicher Aufsicht oder Regie machen. Aber wir könnten andere Wege gehen und diese schließen Sie von vorneherein aus. Sie wollen nicht einmal im Parlament darüber diskutieren. Das ist lächerlich und erbärmlich.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

D

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 18/5720 und 18/5801 an den Wissenschaftsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den SPD-Antrag aus der Drucksache 18/5801 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte dem CDU-Antrag aus der Drucksache 18/5720 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig bei vielen Enthaltungen so beschlossen worden.

Mir liegen jetzt die Wahlergebnisse vor. Bei der Wahl eines Mitglieds des Ausschusses zur Wahl der ehrenamtlichen Richter beim Finanzgericht Hamburg sind 111 Stimmzettel abgegeben worden. Alle 111 Stimmzettel waren gültig. Frau Katharina Marten erhielt 103 Ja-Stimmen, drei Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen. Damit ist Frau Marten gewählt worden.

Bei der Wahl eines Mitglieds des Ausschusses zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen beim Verwaltungsgericht Hamburg sind 111 Stimmzettel abgegeben worden. Alle 111 Stimmzettel waren gültig. Frau Katharina Marten erhielt 103 Ja-Stimmen, drei Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen. Damit ist Frau Marten gewählt worden.

A Dann kommen wir zu Punkt 13 der Tagesordnung, Drucksache 18/5688, Bericht des Rechtsausschusses: Jugenddezernat der Staatsanwaltschaft.

**[Bericht des Rechtsausschusses über die Drucksache 18/4446:
Jugenddezernat der Staatsanwaltschaft
(Große Anfrage der CDU-Fraktion)
– Drucksache 18/5688 –]**

Wer wünscht das Wort? – Frau Spethmann, bitte.

Viviane Spethmann CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Anlass für diese Debatte ist das Vorliegen des Berichtes des Rechtsausschusses über die von uns gestellte Große Anfrage zu den Jugenddezernaten der Staatsanwaltschaft. Über Jahrzehnte wurde es in Hamburg versäumt, geeignete Maßnahmen gegenüber kriminellen jugendlichen Heranwachsenden zu ergreifen. Dies haben inzwischen aber auch die begriffen, die noch vor zehn Jahren konsequent das Konzept "Menschen statt Mauern" vertraten. Es hat ein Umdenkungsprozess in der Hamburger Justiz stattgefunden, der nicht zuletzt auf die konsequente Politik des jetzigen Senats zurückzuführen ist.

(Beifall bei der CDU)

Denn Jugendliche, die Straftaten begangen haben, müssen dafür auch deutlich Konsequenzen zu spüren bekommen. So ist die Zahl der Verurteilungen von Jugendlichen angestiegen. Viele Jugendrichter haben inzwischen erkannt, dass Nachgiebigkeit nicht immer der richtige Weg ist.

B Um auch die Rolle des Jugenddezernates der Staatsanwaltschaft in diesem Zusammenhang zu analysieren, haben wir als CDU-Fraktion eine Große Anfrage zu diesem Thema gestellt. Der Rechtsausschuss hat sich sehr intensiv mehrfach und auch abschließend auf seiner Sitzung am 5. Dezember 2006 mit den Antworten dazu befasst. Das Ergebnis dieser Beratungen ist durchaus sehr erfreulich. Die Annahme, dass die Staatsanwaltschaft unnötig viele Verfahren einstellt, hat sich nicht bestätigt – im Gegenteil. Das Statistische Bundesamt, also eine ganz neutrale Stelle, ermittelte, dass sich das Verhältnis der eingestellten Verfahren zu den insgesamt erledigten Verfahren der Staatsanwaltschaft von 6,7 Prozent in 1998 auf nur 3,7 Prozent verringerte. Zum Vergleich: Das Einstellungsverhältnis im Bundesgebiet hielt sich in diesem Zeitraum konstant zwischen 4,1 und 4,5 Prozent. Das heißt, dass Hamburg hier Vorreiter ist.

Den Stellungnahmen der Staatsanwaltschaft, der Jugendgerichtshilfe und des Familieninterventions-Teams vor dem Rechtsausschuss, also all derer, die an den Verfahren gegen die Jugendlichen teilhaben, war zu entnehmen, dass auch hier inzwischen die Erkenntnis vorherrscht, dass Nachgiebigkeit den Jugendlichen nicht hilft, sondern, dass die Einstellung des Verfahrens nur in ganz besonderen Fällen in Betracht kommt.

Diese Fälle muss man natürlich unterscheiden. Wir haben es zu tun mit den Intensivtätern, die die Presse beschäftigen, und den vielen Delikten, die eher dem jugendtypischen Bereich zuzuordnen sind. Hier muss man wirklich genau einsteigen. Charakteristisch für diese jugendtypischen Delikte sind ein geringes Schadensausmaß und dass es die erste Tat ist. Es gibt insgesamt 25 000 bis 30 000 dieser kleinen Delikte. Diese werden dann im

C Wege der sogenannten Diversionsrichtlinie erledigt. Diese Richtlinie trägt dem Erziehungsgedanken des Jugendgesetzes Rechnung, welches nicht vorrangig darauf ausgerichtet ist, einen Tatsausgleich durch Sanktionen stattfinden zu lassen, sondern vielmehr darauf abzielt, auf den Jugendlichen erzieherisch einzuwirken. Das sind solche Fälle wie zum Beispiel der 16-Jährige, der sein Mofa frisiert. Da sind wir uns einig – das ist keine ...

(Michael Neumann SPD: Friedrich Merz!)

– Friedrich Merz, wer auch immer.

Auf jeden Fall sind das diejenigen, die nicht mit der Härte des Gesetzes verfolgt werden müssen.

(Michael Neumann SPD: Das hätte bei ihm vielleicht geholfen!)

– Das hätte bei Ihnen vielleicht auch geholfen, Herr Neumann.

(Michael Neumann SPD: Ich habe nicht frisiert!)

– Das wissen wir nicht.

Auf jeden Fall wissen wir, dass diese Fälle durchaus mit einem erzieherischen Gedanken verfolgt werden können. Diese sogenannte Diversionsrichtlinie haben wir im Rahmen der Beratungen überprüft. Wir haben sie genau geprüft und festgestellt, dass sie in Teilen überarbeitet werden könnte. Aber im Grundsatz hält sie gut.

Anders sieht es mit den Intensivtätern aus, die uns hier zahlreich beschäftigen aber wiederum einen vergleichsweise geringen Prozentsatz von Tätern bei der Staatsanwaltschaft ausmachen. Es handelt sich dabei um besonders schwerwiegende und umfangreiche Tatvorwürfe. Diese werden in einem gesonderten Jugenddezernat von zwei Sonderdezernaten vorrangig und täterorientiert bearbeitet. Hier gibt es einen Punkt, der wirklich hervorzuheben ist. Von der Anzeige bis zur Anklageerhebung beträgt die Bearbeitungszeit bei der Staatsanwaltschaft 33 Tage. Ich finde, dass das ein sehr beeindruckender Zeitablauf ist. Ich finde, dass das sehr schnell ist. Ich glaube, dass in der öffentlichen Diskussion hervorgehoben werden muss, dass diese Punkte schnell erledigt werden.

(Beifall bei der CDU)

In den Fällen der Intensivtäter gibt es eine sehr intensive Beteiligung der Jugendgerichtshilfe und des Familieninterventions-Teams, die die Lebenssituation der Jugendlichen ermitteln, bewerten und untereinander eng zusammenarbeiten. Gerade das FIT hat in der Beratung sehr eindrucksvoll dargestellt, wie früh und erfolgreich man tätig wird, das heißt, dass die Jugendlichen und deren Eltern relativ schnell nach Bekanntwerden von erheblichen Tatvorwürfen zu Hause aufgesucht werden. Es wird sehr eng zusammengearbeitet.

(Beifall bei der CDU)

Bei einigen wenigen zeigt sich, dass diese Maßnahme noch nicht ausreichend ist, aber ich denke, sie bringt trotzdem etwas. Im Übrigen ist in diesem Zusammenhang auch festzuhalten, dass sich hierbei die früher stark kritisierte Dezentralisierung der Jugendgerichte durchaus positiv auswirkt. Sowohl die Zusammenführung von Zivil- und Strafgericht – insbesondere Familien- und Strafrichter – als auch die Erzielung verkürzter Dienstwege hat sich bewährt. Das Fachamt Straffälligen- und Gerichts-

A hilfe fasst alle bisher in der Justizbehörde und in den sieben Bezirksämtern angesiedelten Dienste zusammen. Außerdem konnten jetzt auch die Zuständigkeiten bei der Jugendgerichtshilfe den regionalen Zuständigkeiten der Amtsgerichte angepasst werden. Der einzelne Sachbearbeiter kann sowohl weiterhin regional praktizieren als auch mit den örtlichen Diensten zusammenarbeiten.

Als Ergebnis der Beratungen im Rechtsausschuss ist soweit festzustellen, dass das Bearbeitungsgerüst der Jugendstaatsanwaltschaft und die Zusammenarbeit mit Jugendgerichtshilfe, Familieninterventions-Team und anderen Beteiligten stimmen. Sie sind keinesfalls als zu lasch zu bezeichnen. Sofern manches Urteil der Gerichte in der Vergangenheit in den Medien bemängelt wurde, so ist dieses in der Öffentlichkeit möglich. Aber ich muss festhalten, dass das Parlament einer solchen Einzelfallkritik kritisch gegenübersteht. Wir halten uns an den Gewaltanteilungsgrundsatz und können nur generelle Missstände prüfen, aber nicht in den Einzelfall hineinregieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann abschließend feststellen, dass die Bearbeitungsqualität von Professionalität und Sorgfalt zeugt. Dabei soll es bleiben. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Kloß.

Rolf-Dieter Kloß SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist an sich lohnend und begrüßenswert, dass die Bürgerschaft sich mit der Arbeit der Jugendstaatsanwaltschaft und damit im Zusammenhang mit der Arbeit der Gerichte und Behörden, die sich mit Jugenddelinquenz beschäftigen, befasst. Wenn man sich allerdings den Vorspann der Großen Anfrage der CDU und die Einzelfragen anschaut, erkennt man sehr schnell, dass diese Anfrage dem Ziel diente, wohlfeile Vorurteile zu unterfüttern – salopp gesagt –, nach denen Weicheier und Sozialräumer in der Justiz und den Ämtern das gebotene harte Vorgehen gegen jugendliche Straftäter behindern oder vereiteln.

In den drei Sitzungen des Rechtsausschusses von Oktober bis Dezember letzten Jahres wurden die CDU-Abgeordneten nicht müde, zu versuchen, die Auskunftspersonen in diesem Sinne zu überführen, um es einmal im Ermittlerjargon zu formulieren. Ich kann vorwegnehmen, dass es ihnen nicht gelungen ist. Im Gegenteil – Sie müssten, wenn Sie ein ehrliches Fazit ziehen – insofern bin ich Ihnen dankbar, Frau Spethmann –, anerkennen, dass bei den Dienststellen der Staatsanwaltschaft, bei der Jugendgerichtshilfe und bei den Ämtern durchweg gute Arbeit engagiert geleistet wird.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die SPD hat keine Scheu, das so auszusprechen. Ich freue mich, dass die CDU das nunmehr offenbar auch so sieht.

Es sind aber auch Strukturprobleme und Schwächen des Systems erkennbar geworden, die allerdings bei der Fokussierung des Themas auf die Jugendstaatsanwaltschaft nicht erschöpfend erörtert werden konnten. Ich meine auch, dass es beachtlich ist, dass die durchschnittliche Bearbeitungszeit vom Eingang bis zur Anklageerhebung im Jugenddezernat pro Fall nur 33 Tage beträgt.

C Leider besagt diese Zahl – 33 Tage – aber nichts über die Dauer des sich daran anschließenden Gerichtsverfahrens. Danach hatte die SPD in einer Kleinen Anfrage vom Juli 2006 gefragt. Es erwies sich danach, dass die durchschnittliche Dauer der Verfahren ab Eingang bei der Staatsanwaltschaft bis zur Beendigung beim Gericht sich nicht verkürzt hat, sondern insbesondere bei Verfahren vor dem Landgericht drastisch verlängert hat.

(Viviane Spethmann CDU: Das waren Einzelfälle!)

2002 lag die Dauer bei Verfahren in erster Instanz noch bei 8,4, 2003 bei 16,8, 2004 bei 13,3 und 2005 bei 16,2 Monaten. Dass hierauf nur 33 Tage auf den Zeitraum vom Eingang bei der Staatsanwaltschaft bis zur Anklageerhebung entfallen, ist zwar eine gute Erkenntnis aus den Ausschussberatungen – das will ich noch einmal betonen –, im Ergebnis sind aber diese Zeitspannen von über einem Jahr gerade für jugendliche Straftäter viel zu lang. Hinzu kommt, auch das haben die Ausschussberatungen erneut bestätigt, dass die beschleunigten und die vereinfachten Jugendverfahren kontinuierlich rückläufig sind. Eine konsequente Offensive für zeitnahe Reaktionen und Sanktionen auf begangene Straftaten sieht meines Erachtens anders aus.

(Beifall bei der SPD)

D Immerhin gab es die eine oder andere Anregung. Im Bereich der Jugendhilfemaßnahmen könnte die Harmonisierung zwischen den Maßnahmen der Jugendgerichtshilfe und denen der Allgemeinen Sozialen Dienste optimiert werden. Für das FIT, das sich als Interventions-Jugendamt versteht, erklärte der entsandte Vertreter, es sei für die Zukunft wünschenswert, dass eine FIT-Fachkraft als Verfahrensbeteiligter in die Verhandlung vor dem Jugendamt einbezogen wird. Über diese Vorschläge wird man nachdenken müssen.

Ich meine, dass die Dauer der Verfahren insbesondere vor dem Hintergrund des besorgniserregenden Anstiegs der Gewaltkriminalität jugendlicher Straftäter noch einmal überdacht werden muss. Solange der Senat hier nicht nachhaltige Verbesserungen in Angriff nimmt, müssen die Beteuerungen der Senatoren Lüdemann und Nagel als bloße Lippenbekenntnisse begriffen werden. Bereits im Sommer letzten Jahres hat die SPD nach den Auswirkungen der Dezentralisierung der Jugendgerichtsbarkeit gefragt. Die Antwort ergab, dass mögliche Auswirkungen gar nicht untersucht worden seien. In den Beratungen des Ausschusses gab ein Vertreter der Jugendgerichtshilfe an, dass sich die Geschäftsorganisation nun deutlich schwieriger gestalte. Es bleibt zu hoffen, dass der Senat solche Maßnahmen zeitnah evaluiert und sich konkrete Verbesserungen alsbald belegen lassen.

Bei den Beratungen über die Jugendgerichtshilfe, auch im Zusammenhang mit dem Interventions-Team, FIT, kam es den CDU-Abgeordneten darauf an, einer angeblichen Versorgungslücke und einem angeblich gemachten Vorwurf, es sei in Einzelfällen zu Tatverbrüderungen zwischen den Mitarbeitern der Jugendgerichtshilfe und den Tätern gekommen, nachzugehen. Beides erwies sich als falsch. Über alle diese Dinge wird man noch nachdenken und daraus dann Schlüsse ziehen müssen. Ich will nur noch eins hinzufügen: Neben raschem Handeln ist auch die Begleitung und die Hilfestellung für straffällige Jugendliche erforderlich. Verurteilungen allein verhindern noch lange nicht, dass neue Straftaten begangen werden. Wir werden sehen, wann und mit welcher Wirkung der

- A Senat seine angekündigte Vernetzungsoffensive – ohne zusätzlichen Personalaufwand, wie er meint – umsetzt.

Ich fasse zusammen: Der Versuch der CDU, die Arbeit der Jugendstaatsanwaltschaft zu diskreditieren ist gescheitert. Die Beratungen haben aber gezeigt, dass dort gehandelt werden muss, wo Zielvorstellungen wie verstärkte Bekämpfung von Jugendgewalt oder Beschleunigung der Gerichtsverfahren verfehlt werden. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! So richtig klar geworden ist mir ehrlich gesagt nicht, warum Sie dieses Thema zur Debatte angemeldet haben, Frau Spethmann, denn ein tatsächlicher politischer Gehalt dessen, was Sie gesagt haben, ließ sich aus Ihrem Beitrag nicht erkennen. Es ist in der Tat richtig gewesen, dass wir uns sehr eingehend und im Detail mit diesem Thema Jugenddezernat der Staatsanwaltschaft befasst haben, aber wenn man dann einen solchen Ausschussbericht zur Debatte anmeldet, dann sollte man auch eine konkrete, greifbare politische Konsequenz benennen können. Ansonsten ist das eigentlich überflüssig, was wir hier tun. Ich denke, dass wir durchaus andere Themen haben.

(Beifall bei der GAL und bei Dr. Martin Schäfer SPD)

- B Es ist nicht so, dass das Thema, in das dieser Einzelbereich – Jugenddezernat der Staatsanwaltschaft – eingebettet ist, unwichtig ist. Herr Kloos hat das angesprochen. Gewalt durch jugendliche Straftäter ist sicherlich ein sehr virulentes Thema in dieser Stadt, ein Thema, bei dem der Senat auch erst einmal vor großen Problemen steht und nicht sehr viele Antworten geben kann.

Ganz interessant ist, dass der Teil des Senats, der sich damit zumindest ein bisschen beschäftigt und immerhin die Fragen stellt, nämlich der Innensenator, andere Hinweise gibt, als das, was Sie hier so hervorgehoben haben. Wenn man sich anschaut, was auf dieser Veranstaltung von Herrn Nagel diskutiert wurde, dann war es so, dass dort gefordert wurde, tatsächlich ein Haus des Jugendrechts zu schaffen, das heißt die Staatsanwaltschaft und die anderen Dienststellen zusammenzuführen. Die Vorbilder, die wir dafür in anderen Bundesländern haben, sind auch nur dadurch erfolgreich, dass es die direkte räumliche Nähe zu den Jugendrichtern gibt. Das wiederum ist durch die Dezentralisierung der Jugendgerichte, wie wir sie in Hamburg haben, vereitelt worden. Das zeigt, dass der Senat an der einen Stelle das eine macht und an der anderen Stelle etwas anderes fordert. Und bei der Ausformulierung dieses Hauses des Jugendrechtes hat Senator Nagel auch darauf verzichtet, die Gerichte mit aufzuführen, weil er dann dem entgegenlaufen würde, was in der Justizbehörde gemacht wird aber eigentlich dazugehört.

Es ist auch bei dieser Frage der Dezentralisierung der Jugendgerichte mitnichten so gewesen, dass die Beratungen im Ausschuss ergeben hätten, dass das gar keine Probleme mit sich brächte. Gerade von der Jugendgerichtshilfe ist gesagt worden, dass das einen erheblichen Mehraufwand bedeute und es teilweise sehr

schwierig sei, wenn ein Sachbearbeiter am gleichen Tag an unterschiedlichen Gerichtsstandorten Gerichtsverhandlungen begleiten müsse. In diesem Fall müsse eine Prioritätensetzung in dem Sinne erfolgen, dass nur die eine Gerichtsverhandlung begleitet wird und die andere eben nicht. Das ist tatsächlich ein Rückschritt. Ich denke, dass man noch einmal sehr genau darüber nachdenken sollte, ob diese Maßnahme wirklich konsequent und sinnvoll war.

(Beifall bei der GAL)

Herr Kloos hat das Klischee angesprochen, dem Sie hinterher gejagt sind, dass die Staatsanwaltschaft zu lasch sei und zu viele Verfahren einstelle. Das ist in dieser Ausschussberatung widerlegt worden. Die Diversionsrichtlinie, mit der die Staatsanwaltschaft arbeitet und die in den Grundsätzen die gleiche ist, die schon seit geraumer Zeit angewandt wird und auch schon zu rotgrünen Zeiten so gehandhabt wurde, hat sich bewährt. Sie haben das Argument selber gebracht: Es wäre in der Tat absurd, wenn man Jugendliche, die erstmals und einmalig straffällig werden, gleich vor Gericht zerren würde. Das hätte einen kontraproduktiven Effekt und kann nicht sinnvoll sein. Das würde eher dazu führen, dass sich kriminelle Karrieren erst entwickeln anstatt dass eine Normalisierung eintritt, wie sie bei vielen Jugendlichen von ganz alleine eintritt, ohne dass es zu irgendeiner staatlichen Sanktion kommt.

Sie sind einem zweiten Klischee hinterher gejagt. Sie sind in den Ausschussberatungen auch sehr darauf herumgeritten, dass der Anteil von Nichtdeutschen unter den jugendlichen Straftätern so hoch sei. Aber da hat schon Ihre eigene Anfrage ergeben, dass es einen Trend der Nivellierung gibt. Der Anteil der deutschen Straftäter bei den Jugendlichen nimmt zu, der Anteil der ausländischen Straftäter nimmt ab. Da haben wir es mit einem Phänomen zu tun, bei dem man, glaube ich, das besondere Augenmerk darauf richten muss, warum es diese Zunahme bei der Gruppe der deutschen Straftäter gibt. Interessant – aus der gleichen Statistik – ist auch der Umstand, dass diese sehr klasse Diskrepanz zwischen männlichen und weiblichen Straftätern sich etwas abmildert. Das ist aber auch keine Neuigkeit, für die wir Ihre Anfrage gebraucht hätten.

Schließlich der Punkt der Verfahrensbeschleunigung, Herr Kloos hat das angesprochen: Es gibt verschiedene Anfragen, die herausgearbeitet haben, dass die Verfahrensdauer bei den Gerichten viel zu lang ist. Es ist zwar erfreulich, wenn die Staatsanwaltschaft nicht so lange braucht, aber es hilft wenig. Der entscheidende erzieherische Effekt tritt bei diesen Jugendlichen, bei denen es notwendig ist, dass ein Gerichtsverfahren durchgeführt wird, ein, wenn sie tatsächlich vor dem Richter stehen. Das zieht sich eben immer länger hin. Auf dieser Veranstaltung des Innensenators gab es eine ganz zentrale Kritik. Es wurde gesagt, wir bräuchten eine Verfahrensbeschleunigung bei Polizei und Justiz. Das ist, denke ich, auch sehr deutlich, wenn schon auf Veranstaltungen des Senats das Handeln der Justizbehörde kritisiert wird.

Der letzte Punkt: Die Debatte werden wir heute nicht ganz ausführlich führen, aber wenn man über das Familieninterventions-Team spricht, wird man auch immer über die geschlossene Unterbringung sprechen müssen, denn die Einrichtung des Familieninterventions-Teams ist untrennbar von der Einrichtung der geschlossenen Unterbringung. Ich halte es für einen Hohn, zu behaupten,

C

D

A ten, dass die Einrichtung der geschlossenen Unterbringung ein Beitrag zum Kampf gegen Kriminalität sei. Wir haben auch dort schon das erlebt, was bereits damals an Einrichtungen früherer Senaten kritisiert wurde, nämlich dass sich dort Jugendliche kennengelernt haben, die dann später gemeinsam Straftaten begangen haben. Diese Konzentration von Problemfällen ist sicherlich eher eine Verschärfung als eine Lösung der Probleme.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zu Punkt 8 der Tagesordnung, Drucksache 18/5699, Senatsmitteilung: Stellungnahme des Senats zu den fünf Ersuchen der Bürgerschaft, Kulturwirtschaftsbericht für Hamburg, 10°KUNST: Die Vernetzung der Kultur in der HafenCity und beim Sprung über die Elbe, Weg über die Kunstmeile in die HafenCity erlebbar machen, Informationsblatt "KUNST in hamburg", Schaffung einer stabilen finanziellen Grundlage für das Kindermuseum KLICK.

**[Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft:
Stellungnahme des Senats**

zu den fünf Ersuchen der Bürgerschaft

- 18/1098: Kulturwirtschaftsbericht für Hamburg
- 18/1102: 10°KUNST: Die Vernetzung der Kultur in der HafenCity und beim Sprung über die Elbe
- 18/1846: Den Weg über die Kunstmeile in die HafenCity erlebbar machen
- 18/3986: Informationsblatt "KUNST in hamburg"
- 18/4056: Schaffung einer stabilen finanziellen Grundlage für das Kindermuseum KLICK
- Drucksache 18/5699 -]

B Wer wünscht das Wort? – Frau Martens, bitte.

Brigitta Martens CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

"... Entschuldigung? ... Vielleicht können Sie mir einmal weiterhelfen, ich habe nämlich eine Verabredung bei 10°KUNST. Das Problem ist nur: Ich weiß eigentlich gar nicht genau wo oder was das sein soll. – Äh, hmm. Irgendwie bist Du ... schon goldrichtig, Jung. Wir befinden uns hier nämlich auf dem zehnten Längengrad. Der verläuft quer durch Hamburg, ist allerdings ziemlich lang – komischer Ort für eine Verabredung."

So beginnt der Podcast der Kulturbörde unter dem Titel "Treffen wir uns bei 10°KUNST". Der Audioguide führt den Besucher damit durch den Kunstspaziergang "Wege in die HafenCity". Anlässlich des Jubiläums 25 Jahre Hamburger Programm "Kunst im öffentlichen Raum" hatte die Kulturbörde einen mit sage und schreibe 165 000 Euro dotierten unbeschränkten künstlerischen Wettbewerb für Hamburger Künstler ausgeschrieben. Vier Projekte haben mit ästhetischen Mitteln Hamburger und Touristen zu künstlerischen Spaziergängen in die HafenCity gelockt. Ich habe selbst zufällig miterlebt, wie zwei ältere Damen über die künstlerisch gestalteten Autos von Carsten Rabe im wahrsten Sinne des Wortes auf dem Rathausmarkt stolperten und sich sinngemäß natürlich erst einmal fürchterlich über diese falsch geparkten Autos aufregten, dann aber doch angeregt über diese Miniaturlandschaften, die sie in den Autos sahen, diskutiert ha-

C ben. Ein Kind, das noch dazukam, sagte dann ganz trocken: "Guck 'mal, ein lustiger Blumentopf!".

Diese Projekte haben in diesem Sinne im Ergebnis in der breiten Öffentlichkeit Aufmerksamkeit erregt und zu Diskussionen vor Ort angeregt – so, wie es Kunst im öffentlichen Raum im besten Fall erreichen kann. Mit diesen Projekten aus dem Titel "Kunst im öffentlichen Raum" wird über die Kunstkommission gleichzeitig auch die Bündelung von Aktivitäten erreicht, womit man dann auch eine größere Breitenwirkung als mit Einzelaktionen erreichen kann. Erstmals hat die Kulturbörde für ein Kunstprojekt eine Audioführung anfertigen lassen. Dieser so genannte Podcast hat als modernes Medium auch und gerade junge Menschen angesprochen und über das Internet eine besonders breite Öffentlichkeit erreicht. So muss und kann Kunst vermittelt werden.

(Beifall bei der CDU)

Alle Antworten dieser Senatsmitteilung befassen sich nicht mit kulturellen Leuchttürmen. Es wird eine kulturelle Aufbruchsstimmung für die Kunst- und Kulturstadt Hamburg aufgezeigt. Der erstmaligen Herausgabe des Kulturwirtschaftsberichts für Hamburg werden – so der Senat in seiner Ankündigung – weitere folgen. Der Bericht beweist, dass die kulturelle Vielfalt Hamburgs das Image unserer Stadt international prägt. Wir haben damit eine wertvolle, zunächst quantitative Information über die Potenziale der Kulturwirtschaft erhalten. Wir sind damit, und das ist ganz wichtig, in der Lage, weiterhin für die Kulturstadt Hamburg Allianzen und Synergien zu schmieden. Im Bericht erscheint als Besonderheit in Hamburg die Modellregion für Kinder- und Jugendkultur. Das liegt insbesondere Frau von Welck und, ich glaube, inzwischen uns allen in der Stadt mit dieser Erfolgsquote besonders am Herzen.

D Dazu gehört auch das im Mai 2004 gegründete Kindermuseum KLICK. In kurzer Zeit ist dieses Museum Bestandteil eines vorbildlichen Netzwerkes geworden. Es erwirtschaftet sage und schreibe allein 67 Prozent Eigen- einnahmen für den laufenden Betrieb. Da wir morgen das Thema Kinder- und Jugendkultur im Kulturausschuss beraten, möchte ich an dieser Stelle erst einmal nicht weiter auf das Thema eingehen.

Kultur ist zum unverzichtbaren Bestandteil städtischen Marketings geworden. Dabei muss aber auch insbesondere in die Kulturszene hinein die Botschaft breit kommuniziert werden, dass die Kulturwirtschaft der Kultur nicht schadet, denn dort herrschen diesbezüglich enorme Sensibilitäten.

In den Empfehlungen des Berichts wird eine stärkere, überbehördliche Abstimmung und Koordination im Bereich Kulturwirtschaft angeregt. Dazu gehören auch abgestimmte Marketingprozesse der einzelnen Kultureinrichtungen Hamburgs. Das muss natürlich spartenübergreifend ablaufen. Diese Marketingprozesse müssen schon jetzt Jahre in die Zukunft geplant werden und da müssen die Einrichtungen ihrerseits auch noch einmal umsteuern, um frühzeitig einen Platz im internationalen Kalender einzunehmen zu können. Da setzt jetzt für die bildende Kunst die Netzwerkinitiative des Senats "10°KUNST" an. Diese hat mit dem neuen Logo auch ein Gesicht bekommen und findet sich zukünftig auch immer mit Veranstaltungen im Folder für Hamburgs Galerien und Museen "KUNST in hamburg".

- A An einem weiteren wichtigen Ziel, nämlich dem Internetauftritt für die Kulturstartseite unter der Rubrik "Kultur auf einen Blick" wird mit hamburg.de aktiv verhandelt. Ich denke, da sind wir auf einem erfolgreichen Weg.

Meine Damen und Herren! Ich lade Sie schon jetzt herzlich für den Spätsommer 2007 nach Wilhelmsburg ein, wo es im Vorfeld der IBA und der IGS mit einem weiteren Projekt der Kunstkommission wieder heißen wird: Treffen wir uns bei "10°KUNST".

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Frau Dr. Stapelfeldt.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Senatsmitteilung, die uns vorgelegt worden ist, ist eine Drucksache mit einer besonderen inneren Struktur. Das erleben wir selten, aber immerhin werden Ersuchen der Bürgerschaft beantwortet. Das ist schon einmal positiv, aber ansonsten hat man eher den Eindruck, als würden fünf Ersuchen in einem großen Abwasch abgehandelt werden und dann sind wir mit der Sache durch. Deswegen lassen Sie mich zu den drei großen Punkten folgende Anmerkungen machen.

Erstens: Es ist schön, dass Sie uns Ihre Aktivitäten zu "10°KUNST: Wege in die HafenCity", "Kunst im Öffentlichen Raum" und auch das Engagement von Frau Martens so dargestellt und unterstrichen haben.

Zweitens: Zum Kindermuseum KLICK. Es ist wirklich sehr zu begrüßen – die SPD-Fraktion hatte selbst vor knapp einem Jahr einen Antrag zu diesem Thema eingebracht –, dass sich eine finanzielle Lösung durch Sponsoren für das KLICK-Museum ergeben hat und das Museum weiterhin interessante Ausstellungen und Projekte für die Kinder anbieten kann, da es doch ein ganz besonderes Museum ist. Es gibt kein Schild: Berühren verboten. Im Gegenteil: Berühren, mitmachen, ausprobieren, basteln, alles das ist hier nicht nur erlaubt, sondern auch erwünscht. Was wirklich schön ist, ist, dass dieses Museum nicht nur für die Kinder des Osdorfer Born, sondern auch darüber hinaus für viele ein Magnet ist. Aus der ganzen Stadt und den umgebenden Gemeinden kommen Schulklassen und Einzelpersonen, um hier zu lernen, zu erforschen, zu erleben und Spaß zu haben. Es ist begeisternd zu sehen, wie sich die Kinder daran erfreuen und wie die Kinder, die dort hingehen, in dieser liebevollen Ausstattung mitmachen können.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu dem dritten Punkt und das ist der Hinweis auf den Kulturwirtschaftsbericht. Hier werde ich kurz weiter ausführen. Das ist etwas Besonderes, was wir in dieser Legislaturperiode und auch darüber hinaus schon häufig erlebt haben: Der Senat macht es sich mit bestimmten Anforderungen aus der Bürgerschaft sehr einfach. Es werden kaum noch Fachplanungen aus bestimmten Ressorts vorgestellt,

(*Wilfried Buss SPD: Hört, hört!*)

sondern es ist so, dass der Senat auf das Ersuchen der Bürgerschaft, das einvernehmlich war, einen Auftrag an das Institut für Kultur und Medienmanagement an der Hochschule für Musik und Theater gegeben hat – das haben Sie beschrieben – und das ist gar nicht zu bestreit-

ten, dass das auch gemacht werden kann, aber Sie haben sich dann vollständig gegenüber dem Parlament versagt, eine eigene Haltung dazu, eine eigene Handlungsempfehlung oder eigene Empfehlungen mit auf den Weg zu geben und das finde ich nicht gut. Ich finde das sogar im Hinblick auf das, was wir diskutieren, problematisch, dass wir uns permanent in Selbstbefassung mit diesen Themen in den Ausschüssen befassen müssen.

Ich will Ihnen das an zwei Beispielen sehr kurz und klar erläutern, warum ich glaube, dass es ab und zu wirklich richtig ist, dass der Senat uns einen Bericht mit Empfehlungen und Handlungsanleitungen, hier als Drucksache versehen, vorlegt. Da heißt es beispielsweise unter dem Stichwort "Empfehlungen zur Profilierung" vom Institut:

"Potenzial Kooperation

Die Zusammenarbeit zwischen Fachbehörden und Bezirken ist in einigen kulturwirtschaftlichen Bereichen bereits gut verankert. Dazu zählen beispielsweise die Kinder- und Jugendkultur sowie die Stadtteilkultur. Hier gibt es erste benannte Schnittstellen zwischen der Behörde für Bildung und Sport und der Kulturbörde, die aber sicher noch ausbaufähig sind."

Das ist toll, wenn das Institut das beschreibt, aber im Prinzip gehört für uns dazu und das wäre ordentlich, das dem Parlament gegenüber auch zu sagen, was der Senat jetzt daraus entwickelt. Wo gibt es die Kooperation der Fachbehörden? Was genau haben Sie vor? Das haben Sie uns nicht gesagt. Da enthalten Sie sich.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweiter kurzer Punkt. Es steht genauso darin:

"Folglich empfiehlt sich eine behördenübergreifende Abstimmung bei allen kulturwirtschaftlich relevanten Entscheidungen. Hier sollte der Kulturbörde eine besondere Moderations-Funktion und Handlungs-Kompetenz zugebilligt werden."

Frage: Hat sich der Senat darüber eine Meinung gebildet? Glaubt der Senat, dass das richtig ist, was das Institut schreibt und glaubt der Senat, uns darauf eine Antwort geben zu können? – Fehlanzeige. In der Drucksache, die Sie uns vorgelegt haben, steht dazu jedenfalls nichts. Deswegen noch einmal: Schön, dass Sie hier im großen Abwasch mehrere Ersuchen bearbeitet haben, aber schade, dass Sie uns zu bestimmten, durchaus wichtigen Themen für die Stadt und für die Weiterentwicklung der Kultur in dieser Stadt keine Antworten gegeben haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Maier.

(*Michael Neumann SPD: Unser Herr Maier!*)

Dr. Willfried Maier GAL: – Ne, ne, ne! Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Das ist eine etwas inkompatible Debattensituation. Frau Martens hat eine Herzensangelegenheit zur Debatte gestellt, die Sie von vorne an bis jetzt verfolgt, nämlich dieses Projekt "10°KUNST". Das ist auch schön, dass sie dafür wirbt und bei jeder Gelegenheit betont, wie wichtig ihr das sei.

Die Drucksache des Senats ist alles andere als eine Herzensangelegenheit. Das ist ein sehr dürres Blättchen, worin fünf Punkte gemeinsam abgehandelt sind. Zum

C

D

A Kulturwirtschaftsbericht gibt es sechs Zeilen, worin steht, dass er entstanden ist. Es gibt auch zu der Herzensangelegenheit von Frau Martens zwei Stellungnahmen, allerdings sind diese eine Dublette. Es wird auf beide Anfragen dasselbe 165 100-Euro-Projekt dargestellt und beschrieben. Der größte Teil ist also eine Dublette.

Dann kommt ein Teil, der sich mit einem Informationsblatt "KUNST in hamburg" beschäftigt. Da geht es darum, einen Folder zu machen, der den Sprung über die Elbe als Kunstaktivität betont: Hamburg nördlich der Elbe und Harburg südlich der Elbe. Jetzt geht der Sprung ja über den Mittelteil und da kommt die Stellungnahme des Senats zu der bemerkenswerten Aussage, dass der Mittelteil im Folder fehlt, und weswegen? Einerseits Unhandlichkeit, viel Platz und so weiter, vor allen Dingen aber, weil es dort noch keine Kunstinstitutionen gibt, die auf dem Faltblatt "KUNST in hamburg" vertreten sind, das heißt, ein schwarzes Loch in der Mitte. Wenn man sagt, es gibt den Sprung über die Elbe, dann muss man also schon ziemlich springen, damit dieses schwarze Loch unter Einschluss von Wilhelmsburg überwunden wird.

Man landet dann schließlich beim Punkt KL!CK und da sind wir uns alle einig, dass das eine richtig tolle Geschichte ist. Ich muss selbstkritisch sagen, dass das ein Projekt ist, das schon lange verfolgt wurde, schon bevor ich im Senat war, dann während ich im Senat war. Wir haben es, glaube ich, schließlich auf den Weg gebracht, aber ich hatte damals große Skepsis, ob das am Osdorfer Born etwas werden könnte. Diejenigen, die das betreiben, haben es wirklich zu einer Sache gemacht, die in der ganzen Stadt für alle Kinder von großem Interesse ist und auch am Osdorfer Born angenommen worden ist und dort zum Stolz dieses Stadtteils beiträgt. Das muss ich gegenüber der eigenen damaligen Skepsis sagen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ich werbe auch dafür, dass wir das alle lebhaft unterstützen und darauf achten, dass dieses Kindermuseum auch lebendig bleibt. Notfalls kann hin und wieder Pamperbedarf bestehen – im Moment ist es nicht so –, aber das sagt man ja auch vorbeugend. Das Kind ist gesund, hat guten Appetit, aber nur ein kleines Töpfchen. Das weiß man aber jetzt noch nicht.

Bleiben wir bei dem Punkt Kulturwirtschaftsbericht, der als erster dasteht und am Dürsten behandelt ist. Wir hatten ihn im Kulturausschuss kurz besprochen. Da habe ich im Großen und Ganzen schon das gesagt, was ich auch jetzt leider wieder sagen muss: Dieser Kulturwirtschaftsbericht ist eine wirklich verpasste Chance.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ein Senat – nicht eine einzelne Behörde, die hat ihr Bestes getan – hat die Möglichkeit, die Hamburger Kreativwirtschaft, die hier in der Stadt eine größere Rolle spielt als in jeder anderen Stadt der Bundesrepublik, in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, in ihrer Unterstützung durch die Stadt, in ihrer Zukunftsträchtigkeit darzustellen, und was macht der Senat? Er ergreift diese Möglichkeit nicht, sondern lässt die Kulturbehörde alle die Institutionen abarbeiten, die bei ihr ins Ressort fallen. Dadurch kommen die Medien, die Werbewirtschaft, die Hamburger Designwirtschaft, die Hamburger Architekten, die weltweit tätig sind, nicht vor. Das heißt, ein beträchtlicher Teil, in dem sich kulturelle künstlerische Aktivitäten mit wirtschaftlichem Erfolg verbinden, ist leider weggelassen. Das ist aber, wenn man sich den Namen Kulturwirt-

schaftsbericht anschaut, eigentlich der Sinn solcher Berichte, weswegen alle anderen Kulturwirtschaftsberichte in der Republik auch diese Verknüpfung genau beleuchten. Dieser Bericht tut es nicht. Ich glaube, soweit ich Abläufe in Senaten kenne, dass so etwas nicht alleine an dem Institut und auch nicht nur an der Kulturbehörde liegt, sondern so etwas liegt an der Eifersüchtelei zwischen Behörden. Wer darf zu Design was sagen, wer zu den Medien? Doch nicht die Kulturbehörde, sondern das liegt in einer anderen Behörde, völlig egal, bei wem. Aber schon wenn zwei Behörden, möglicherweise sogar drei mit Senatskanzlei, einen gemeinsamen Bericht erstellen sollen, ist das ein sehr aufwendiges Unterfangen, woran beliebige Institute scheitern können, weil solche Berichte nachher abgestimmt werden müssen und daran ist das vermutlich tatsächlich gescheitert.

Wir haben keinen Kulturwirtschaftsbericht bekommen, sondern wir haben einen Bericht über die Aktivitäten der Kulturbehörde bekommen, über viele Felder hin, die auch wirtschaftliche Effekte haben. Das ist eigentlich viel zu wenig und das erfüllt leider nicht das, worauf wir Hoffnungen setzen müssen. Wir müssen doch Hoffnungen darauf setzen, dass unsere Künstlerinnen und Künstler, unsere Musikerinnen und Musiker, unsere Schauspielerinnen und Schauspieler nicht nur Subventionen von uns bekommen, sondern dass sie nicht nur zum Verstehen in der Stadt, zu besseren Bildern, zu besserer Musik etwas beitragen, sondern auch zur Wertschöpfung dieser Stadt. Diesen Gedanken auszuarbeiten, wäre nötig gewesen und das ist leider in diesem Kulturwirtschaftsbericht nicht geschehen. Darum, liebe Bürgerschaft, muss der Senat irgendwann noch einmal mit einem wirklichen Kulturwirtschaftsbericht auf uns zukommen. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Frau Senatorin von Welck.

Senatorin Dr. Karin von Welck:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Maier, was Sie eben gefordert haben, mache ich hiermit. Den Kulturwirtschaftsbericht habe ich mitgebracht, um Ihnen auch noch einmal zu zeigen, dass der existiert. Der wird von Ihnen zwar nicht als solcher gesehen, aber doch von vielen Seiten gelobt. Gestatten Sie mir, dass ich gleich noch einmal darauf zurückkomme.

Alle fünf Ersuchen haben wir zu unserer Herzensangelegenheit gemacht. Das müssen Sie bei Kultur einfach annehmen, dass es die Herzensangelegenheit nicht nur der Kultursenatorin, sondern auch der Kulturbehörde und – Gott sei Dank – auch des Senats ist.

(*Dr. Willfried Maier GAL: Nur diejenigen, die es aufgeschrieben haben, sehen es offenbar anders!*)

– Das sehe ich nicht so.

Man kann natürlich alles immer besser machen. Bei den fünf Ersuchen ging es bei dreien um die Verbesserung der Vernetzung und der Öffentlichkeitsarbeit der Kunstinstitutionen und Kunstaktivitäten rund um die Kunstmeile und die HafenCity. Ich denke, da haben wir inzwischen doch eine Menge erreicht. Besonders erfreulich ist wirklich die Tatsache, dass die Marketingidee, es gibt viel Kunst am zehnten Längengrad in Hamburg inzwischen zu greifen beginnt und sicher nicht zuletzt im Zusammenhang mit der IBA noch ausgebaut werden wird.

C

D

A Das andere Ersuchen beschäftigte sich mit dem KL!CK-Museum. Ich glaube, da haben Frau Stapelfeldt und auch Sie, Herr Maier, schon das Notwendige gesagt. Da sind wir uns alle sehr einig, dass das eine gute, unterstützenswerte Institution ist, die wir versuchen, nach Kräften zu unterstützen.

Eine besondere Bedeutung kommt ohne Frage unter diesen fünf Ersuchen dem Kulturwirtschaftsbericht zu, den das Institut für Kultur- und Medienmanagement im Auftrag der Kulturbörde erstellt hat. Erstaunlicherweise war es der erste Kulturwirtschaftsbericht überhaupt, der für Hamburg vorgelegt wurde. Schon in der Debatte im Kulturausschuss erwies es sich, dass wir über unsere Beschreibung, was ein Kulturwirtschaftsbericht ist und leisten kann, sehr sorgfältig auf die Begrifflichkeit achten müssen, um nicht aneinander vorbeizureden.

Dieser Bericht ist eine Bestandsaufnahme, kein Gutachten, kein Entwicklungsplan oder gar ein Maßnahmenkatalog. Ein Kulturwirtschaftsbericht, lieber Herr Maier – das können wir gerne auch noch einmal bilateral vertiefen –, ist eben kein Kreativwirtschaftsbericht. Daher beschränkt sich unser Bericht auf den Kernbereich der Kultur und zieht die Medienwirtschaft bewusst nicht in die Betrachtung ein. Im Übrigen haben wir natürlich sehr intensiv, zum Beispiel mit der BWA zusammengearbeitet und sehr viele Informationen sind dort auch aus diesem Ressort eingeflossen.

Der Bericht ist zwar nicht bei der GAL in Hamburg, aber in der Fachwelt überaus positiv aufgenommen worden. So hat uns zum Beispiel der Deutsche Städetag geschrieben, dass mit dem Kulturwirtschaftsbericht aus Hamburg eine hervorragende Arbeit gelungen ist. Ich zitiere, was den Städetag veranlasst hat, unsere Mitgliedschaft mit den beiliegenden Informationen darüber zu unterrichten und da wird genau das hervorgehoben, dass es endlich einmal gelungen ist, das wirklich zu schärfen.

(Beifall bei der CDU)

Es wird dort gesagt:

"Die Autoren haben sich um eine sehr sorgfältige Definition und Strukturierung zur Thematik bemüht und das ist ihnen in vollem Umfang gelungen. Es bedeutet einen mutigen, aber gleichwohl sinnvollen Schritt, die Kulturwirtschaft zu einem in der Darstellung von den Aktivitäten des öffentlichen Sektors und zum anderen vom sogenannten intermediären Sektor zu trennen."

Zudem wird Kulturwirtschaft eng definiert. Die Medienwirtschaft, also Werbung, Public relations, Rundfunk und Fernsehen und so weiter werden nicht in die Gesamtbetrachtung eingenommen und dann ist es, trotzdem das nicht erfolgt ist, beeindruckend, die in dem Bericht dargestellte Leistung dieses Sektors, eben genau des Kernbereichs Kulturwirtschaftssektor, für die Hamburger Wirtschaft zu benennen. Ich meine, das ist doch eine sehr wichtige Aussage.

Ich glaube wirklich, meine Damen und Herren, dass die Leistungen der Kulturwirtschaft in Hamburg sehr beeindruckend sind. Die rund 20 700 sozialversicherungspflichtigen Menschen, die in unserer Stadt in diesem Bereich tätig sind, erwirtschaften einen Jahresumsatz von 4,37 Milliarden Euro. Das ist eine Menge. Dazu kommt, dass von den rund 98 Millionen Tagesgästen in unserer Stadt rund 20 Prozent nach Hamburg kommen, um Kultur zu

erleben. Jeder von ihnen gibt im Durchschnitt 43,50 Euro aus. Das sind immerhin rund 1 Milliarde Euro pro Jahr. Dass diese Zahlen noch zu steigern sind, darüber sind wir uns alle klar, daran arbeiten wir. Das hat jüngst auch die Kunsthalle mit ihren über 300 000 Besuchern der Caspar-David-Friedrich-Ausstellung sehr eindrucksvoll belegt oder auch das Thalia-Theater, das zurzeit das am meisten besuchte Theater in Deutschland ist. Das Thalia-Theater ist zudem ein exzellentes Beispiel dafür, dass Qualität und Quantität zusammenpassen können, denn die herausragende Qualität des Theaters wird zum Beispiel durch die gerade erfolgte Einladung von drei Produktionen des Theaters zum renommierten Berliner Theatertreffen. Herzlichen Glückwunsch auch von dieser Seite aus.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Aber, meine Damen und Herren – und das treibt mich eigentlich vielmehr um als solch eine Debatte um Begriffe Kulturwirtschaft/Kreativwirtschaft –, ich glaube, dass trotz aller erfreulichen Daten, die wir haben und die wir gerne verkünden, dass das Bewusstsein um die Bedeutung der Kultur für unsere Stadt, für unsere Gesellschaft in der breiten Öffentlichkeit noch gesteigert werden muss. Da sind die Zahlen, die in diesem Kulturwirtschaftsbericht vorgelegt werden, ein gutes Material, mit dem wir gut argumentieren können. Deshalb halte ich den Bericht für unverzichtbar und wichtig.

Aber wir werden natürlich noch viele Debatten führen müssen und dafür werde ich mich weiterhin – da können Sie versichert sein – mit Leidenschaft und voller Überzeugung einsetzen und hoffe dabei auf Ihre Unterstützung, nicht zuletzt auch, wenn es darum geht, über die Elbphilharmonie abzustimmen.

Frau Stapelfeldt, Sie haben moniert, dass es keine Handlungsanweisungen sind. Ich habe schon einmal gesagt, dass unser Kulturwirtschaftsbericht wirklich eine Bestandsaufnahme darstellt und Sie haben die Empfehlungs- und Handlungsanweisungen zum Beispiel zur Kinder- und Jugendkultur vermisst. Wir machen das eben so, dass wir diese Datenlage haben und darauf aufbauend, zum Beispiel jetzt diese Senatsdrucksache, die wir morgen im Kulturausschuss besprechen, zur Kinder- und Jugendkultur vorlegen, in der genau solche Handlungsempfehlungen und -überlegungen zu lesen sind, die wir uns vorgenommen haben. Behördenübergreifende Arbeitsgruppen, die Sie anmahnen, ist ein Thema, das längst in unserem Senat angekommen ist und zunehmend auch praktiziert wird, nicht zuletzt auch bei Kinder- und Jugendkultur. Ich denke, wir sind da wirklich auf dem richtigen Weg.

Es ist für uns eine Herzensangelegenheit und ich freue mich, dass das im Grunde genommen auch für die SPD und die GAL zutrifft. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Frau Senatorin, eine kleine Bemerkung möchte ich zu unserem Streit noch loswerden: In der Malerei beispielsweise gibt es die bekannte Unterscheidung zwischen der freien und der angewandten Kunst. Wenn Sie unseren Kulturwirtschaftsbericht einmal in die Situation des Mittelalters zurückversetzen

A würden und die Entscheidung, dass man die Werbung auslässt, dahinein übersetzt, wäre es etwa so, als würde man über die Malwerkstätten berichten, nicht aber über die Kirchenmalerei, weil das innerhalb des Mittelalters das Anwendungsfeld gewesen ist, so wie heute viele ästhetische Erfindungen der bildenden Künste im Bereich der Werbung wieder auftauchen. Das voneinander zu trennen, entzieht dem Übergang von einem ins andere die Aufmerksamkeit und das empfinde ich als ein Problem.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 28, 29 und 4 a, die Drucksache 18/5729, 18/5730 und 18/5355, Antrag der SPD-Fraktion: Stellungnahme des Senats zu Unklarheiten, Ungereimtheiten, Unwahrheiten in der Osmani-Mettbach-Affäre, Antrag der SPD-Fraktion: Lagebericht zur Organisierten Kriminalität in Hamburg 2001 bis 2005 – Erste Schlussfolgerungen und Große Anfrage der SPD-Fraktion: Unzuverlässige Geschäftsleute und mutmaßliche Kriminelle als Vertragspartner der Stadt Hamburg – Kontakte des Senats zum Firmengeflecht der Osmanis.

[Antrag der Fraktion der SPD:
Stellungnahme des Senats zu Unklarheiten,
Ungereimtheiten und Unwahrheiten in der
Osmani-Mettbach-Affäre – Drucksache 18/5729 –]

[Antrag der Fraktion der SPD:
Lagebericht zur Organisierten Kriminalität in
Hamburg 2001 bis 2005 (II) –
Erste Schlussfolgerungen – Drucksache 18/5730 –]

[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Unzuverlässige Geschäftsleute und mutmaßliche
Kriminelle als Vertragspartner der Stadt Hamburg –
Kontakte des Senats zum Firmengeflecht der
Osmanis – Drucksache 18/5355 –]

Die CDU-Fraktion möchte die Drucksache 18/5729 an den Innenausschuss überweisen.

Zur Drucksache 18/5730 hat die SPD-Fraktion eine Überweisung an den Innenausschuss beantragt.

Wer wünscht das Wort? – Herr Böwer.

Thomas Böwer SPD:* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch bei dieser Debatte reden wir über einen Bericht der besonderen Art, bei dem es, glaube ich, auch notwendig ist, dass wir ihn heute nicht nur debattieren, sondern auch unsere Rückschlüsse daraus ziehen.

Die SPD-Fraktion hat schon im August letzten Jahres den Senat aufgefordert, einen Bericht über die Frage der organisierten Kriminalität vorzulegen und was der Senat im Zusammenhang mit der Frage Osmani-Mettbach wusste.

Die SPD-Fraktion hat sich, nachdem dieser Antrag abgelehnt wurde, die Mühe gemacht und alle öffentlich zugänglichen Informationen, Antworten des Senats, Presseberichterstattungen, aber auch Akten, die uns im

C Rahmen des bürgerschaftlichen Aktenvorlageersuchens vorgelegt worden sind, entsprechend auszuwerten. Man kommt nach Lektüre dieses Berichtes nicht umhin zu sagen, dass es eine gefährliche Nähe dieses Senats zur organisierten Kriminalität gibt.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Oh, oh! – Olaf Ohlsen CDU: Ach, hör' doch auf Böwer!)

Man muss sich in dem Zusammenhang die Frage stellen,

(Harald Krüger CDU: Wer war eigentlich im Senat, als die hier eingereist sind?)

wer aus dem Senat gar keinen Kontakt zu den Osmanis hatte. Wenn man sich einmal in die Akten- und Datenlage hineinversetzt, dann müssen wir feststellen, dass der Erste Bürgermeister zwar gesagt hat, dass er die Hand dafür ins Feuer legt, dass niemand seiner Senatoren jemals Kontakt zu Vertretern, Freunden, Agenten, Beratern einer albanischen Investorenfamilie gehabt hat. Diese öffentliche Aussage wurde dann allerdings zurückgenommen und man reduzierte diese Aussage auf die 18. Legislaturperiode, denn kurz nachdem Bürgermeister von Beust diese Aussage gemacht hat, hat sein ehemaliger Bausenator und jetziger Parteifreund zugeben müssen, dass er schon als Bausenator einen Vertreter der Osmani-Familie in der Baubehörde empfangen hat. So weit zu den Zusagen des Herrn von Beust.

D Wenn man sich dann die Lage noch einmal genauer anschaut, so muss man feststellen, dass es offensichtlich einer Familie, die im Verdacht steht, der organisierten Kriminalität nahezustehen oder sie zu betreiben, gelungen ist, bis hin zu den Spitzen dieses Senats entsprechende Termine zu bekommen und das ist ein Skandal, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wie anders lässt es sich denn verstehen, dass mit Hilfe eines Osmani-Agenten im Amtszimmer des Bürgermeisters die Frage erörtert werden konnte, Baugenehmigung gegen Spende. Ein unanständiges Angebot, das letztendlich zwar nicht angenommen

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das ist der entscheidende Punkt!)

worden ist, aber ein derartiges Angebot hätte niemals in den Räumlichkeiten eines Hamburger Bürgermeisters stattfinden dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Bürgermeister wusste doch, was bei diesem Gespräch auf ihn zukam. Der Chef der Senatskanzlei, Volkmar Schön, ein spezieller Freund besonderer Pressearbeit, war doch schon über dieses Angebot informiert gewesen. Schon am 14. März 2006 war der Chef der Senatskanzlei über das Angebot Spende gegen Baugenehmigung informiert. Herr Schön ist insoweit seinen Aufgaben nicht nachgekommen. Er hätte ein solches Gespräch verhindern müssen. Nein, er hat es zugelassen.

Wie kommt es dann, wenn wir gerade bei den Mitgliedern des Senats sind, dass der ehemalige Bausenator und jetzige Finanzsenator Freytag ebenfalls ein Gespräch mit dem Unternehmensberater der Familie Osmani über Baugrundstücke geführt hat? Übrigens der gleiche Bausenator, der Ende 2005, Anfang 2006 durch den Osmani-

- A Agenten Mettbach gebeten worden ist, er solle doch im Zusammenhang mit einer Baugenehmigung Wandsbek tätig werden, das müsse beschleunigt werden. Ergebnis ist – so die Unterlagen des Senats –: Eine Beschleunigung hat stattgefunden. Das ist neu in dieser Stadt und das ist bemerkenswert.

(Beifall bei der SPD)

Dann gehen wir weiter vor. Es wird ein Gespräch geführt, auch mit dem Oberbaudirektor, die Unterlagen werden der Bürgerschaft mit einer gewissen Verzögerung überreicht. Wir mussten feststellen, dass der Senat seinen verfassungsrechtlichen Aufgaben, nämlich das Parlament allumfassend und rechtzeitig zu informieren, nicht nachgekommen ist. Wir müssen feststellen, dass bestimmte Unterlagen, beispielsweise im Zusammenhang mit der Anstellung des Herrn Mettbach, manipuliert worden sind. All das sind Ungereimtheiten und Unwahrheiten, auf die der Senat eine Antwort geben muss. Deswegen auch unser Bericht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Dann kommen wir doch noch einmal auf die Frage zurück, wer aus dem Senat des Herrn von Beust bisher noch gar keine Kontakte mit Burim Osmani, Bashkim Osmani und mit der Osman-Familie hatte. Völlig ungeklärt ist in dem Zusammenhang zum Beispiel die Frage – man guckt den ehemaligen Polizeipräsidenten des Innenministers Schill an –, woher all die Bargeldspenden stammten, die Herr Schill bei einer Bankfiliale in der Osterstraße eingezahlt hat? Auch an dieser Stelle werden wir noch weiter nachhaken müssen.

- B An dieser Stelle taucht dann auch die Frage auf, welche Beziehung es damals zwischen Ihrem ehemaligen Koalitionspartner Schill-Partei und den Osmanis gab. Auch an dieser Stelle gibt es mehr als nur Vermutungen, es gibt schwerwiegender Indizien. Auch darauf kann der Senat in seiner Stellungnahme antworten. Darauf können wir warten.

Dann kommen wir von der eigentlichen Geschichte – dem Verhältnis der Osmanis und des Senats, bis hin zur Senatsspitze – in einen Bereich, der etwas mit Filz zu tun hat. Wir reden hier nicht von einem Fototermin, Frau von Welck, sondern wir reden an dieser Stelle von Güstingswirtschaft, Vetternwirtschaft.

(Elke Thomas CDU: Unerhört!)

Folgende Frage ist bis heute nicht beantwortet: Warum wird der Unternehmensberater der Familie Osmani am 30. März 2006 mit einem Beratervertrag durch die Freie und Hansestadt Hamburg belohnt?

In keiner Unterlage, die der Senat dem Parlament zur Verfügung gestellt hat, findet sich irgendein Hinweis, aus dem sich begründen lässt, weswegen der ehemalige Zweite Bürgermeister Mario Mettbach nach Auslaufen seiner Senatspension noch einmal einen gut dotierten Posten bekommen hat.

Wirtschaftssenator Uldall, der den Namen Osmani bis vor Kurzem nicht kannte – deswegen kann man ihm die Lektüre nur empfehlen – hat gesagt, die Anstellung Mario Mettbachs sei deswegen passiert, weil es ein Gutachten über die Chancen der Logistik gegeben hätte. Nachdem seine Behörde das Angebot Mario Mettbachs schon einmal mit der Begründung abgelehnt hatte, es sei zu teuer und nicht notwendig, habe man aber nach der Lektüre

dieses Gutachtens festgestellt, man brauche Mettbach doch.

Dumm ist nur, meine sehr geehrten Damen und Herren vom Senat, dass dieses Gutachten schon zu dem Zeitpunkt vorlag, als die Wirtschaftsbehörde das Angebot Herrn Mettbachs zur Mitarbeit abgelehnt hatte.

(Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

An dieser Stelle kann man Wirtschaftssenator Uldall nur attestieren: Sie haben versucht, die Öffentlichkeit und das Parlament zu täuschen.

(Beifall bei der SPD)

Durch Beratungen im Wirtschaftsausschuss ist allerdings auch deutlich geworden, dass die Anstellung des Osman-Unternehmensberaters Mario Mettbach zwar keine sachlichen Gründe hatte, aber Gegenstand politischer Gespräche mit dem Ersten Bürgermeister Ole von Beust und dem CDU-Landesvorsitzenden Dirk Fischer war. Diese beiden Herren, so die Aussage des Wirtschaftssenators Uldall im Wirtschaftsausschuss, haben letztendlich darüber entschieden, Herrn Mettbach mit einem derart gut dotierten Job zu versorgen. Das hat mehr als nur ein Geschmäckle, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei Christa Goetsch GAL)

Ich glaube, dass wir heute nicht das letzte Mal über diesen ganzen Komplex reden.

(Bernd Reinert CDU: Das glaube ich Ihnen gern. Sie haben das ja angekündigt!)

D

Aber Sie, Herr Reinert, werden die Frage beantworten müssen, warum es den einmaligen Vorgang gegeben hat, dass ein Vertreter einer Familie, die im Augenblick der organisierten Kriminalität verdächtigt ist, im Amtszimmer des Bürgermeisters ein- und ausgehen konnte. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Elke Thomas CDU: Das ist ja unerträglich!)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Dr. Jäger hat jetzt das Wort.

Dr. Manfred Jäger CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Böwer, der Berg kreiste und gebar eine Maus oder, um mit Shakespeare zu sprechen:

"Viel Lärm um Nichts!"

(Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD: Die Rede haben Sie schon einmal gehalten!)

Mühe, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, Mühe haben Sie sich mit Ihrem Bericht gegeben, aber Mühe allein genügt nicht. Das Presseecho auf Ihren Bericht war in dieser Hinsicht eindeutig:

"Viel Arbeit, aber wenig Neues."

So das "Hamburger Abendblatt".

Vieles davon ist allerdings schon bekannt, so "Die Welt".

(Michael Neumann SPD: Das macht es nicht besser!)

A Der größte Teil des Berichts über die Affäre ist nicht neu. Viele Fakten sind seit Monaten bekannt, so das Urteil der "tageszeitung".

Herr Böwer, Herr Dr. Dressel, ein absoluter Reinfeld.

(Beifall bei der CDU – *Olaf Ohlsen CDU*: Das ist ja kalter Kaffee!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, dieses Echo in den Medien wundert mich nicht, wenn ich mir die Qualität Ihres sogenannten Berichts und Ihrer an den Haaren herbeigezogenen Beweisführung ansehe.

(*Harald Krüger CDU*: Was für eine Qualität!)

Wir finden als Hauptvorwurf, dass Herr Mettbach Termine beim Bürgermeister und bei anderen Mitgliedern des Senats erhalten hat. Meine Damen und Herren von der Opposition, es ist eine pure Selbstverständlichkeit, dass ein ehemaliger Senator und Zweiter Bürgermeister einen Termin bei aktiven Senatsmitgliedern erhält.

(*Michael Neumann SPD*: Auch einer, für den der Bürgermeister nicht die Hand ins Feuer legt?)

Hieraus eine Verbindung zum organisierten Verbrechen konstruieren zu wollen, ist nicht allein albern und hanebüchen, nein, meine Damen und Herren von der SPD – diesen Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen –, das ist bösartig.

(Beifall bei der CDU)

Wir finden weiter auf Seite 12 Ihres Berichts die Mitteilung, dass Senator Uldall in seinem Schreiben an die Mitglieder des Aufsichtsrats der Porth Authority nur Herrn Mettbach geduzt habe. Welche bahnbrechende Erkenntnis.

Soweit ich weiß, ist das Duzen in Ihrer Partei herrschende Parteidoktrin, aber deswegen kommt niemand auf die Idee, bei der SPD handele es sich um eine kriminelle Vereinigung.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Setzen Sie mal die tote Pappnase auf, denn sind Sie im Karneval!)

Es ist zwar richtig, dass zum jetzigen Zeitpunkt niemand dem anderen in Ihrer Partei den Rücken zudreht, aber das dürfte andere Gründe haben. Zudem haben in der SPD E-Mails und Mitgliederschreiben den sprichwörtlichen Dolch im Gewande abgelöst.

Auch in anderer Hinsicht, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, haben Sie ein Eigentor geschossen. Sie versuchen seit langem, ein fünfaktiges Stück mit dem Titel "Aufstieg und Fall einer Familie" aufzuführen, aber Sie bringen bisher immer nur den fünften Akt auf die Bühne, nämlich den, der nach 2001 spielt.

(*Michael Neumann SPD*: Da waren Sie Opposition! Sollten wir Ihre Arbeit machen?)

Die ersten vier Akte, der Aufstieg der besagten Familie nämlich, standen Ihrer Meinung nach bisher nicht auf dem Spielplan. Da sollten sie auch nicht hin, da sie sich nämlich zu einer Zeit ereigneten, als Sie die Regierungsverantwortung hatten.

(Beifall bei der CDU)

Diese Lücke im Spielplan fand natürlich auch in der Rede von Herrn Böwer statt und diese Lücke im Spielplan ist

natürlich auch den Medienvertretern aufgefallen. Deshalb gab es in der Pressekonferenz zu Ihrem Bericht kaum Nachfragen zu dem Bericht, aber viele Nachfragen zu den Erkenntnissen aus Ihrer Regierungszeit. Hier hat Herr Böwer einen weiteren Bericht zu den Erkenntnissen aus der Zeit vor 2001 angekündigt. Ich hätte mir gewünscht, Herr Böwer, dass Sie dieses klare Wort – ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit – hier einmal wiederholt hätten.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Wissen Sie was, da laden wir mal Herrn Vahldieck ein, der kann uns was erklären!)

Auf diesen Bericht sind wir in diesem Hause sehr gespannt. Nur dieser Ankündigung haben Sie es zu verdanken, dass wir Ihren Antrag an den Innenausschuss überweisen werden. Wir werden dort Ihren Bericht über unsere Regierungszeit gemeinsam mit dem Bericht über Ihre Regierungszeit verhandeln. Also, frisch ans Werk. Sie haben es in der Hand, wann wir uns im Innenausschuss damit befassen werden.

(Beifall bei der CDU)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, Sie werden nicht auch noch erwarten können, dass wir Ihren Antrag zum Lagebericht zur organisierten Kriminalität ebenfalls an den Innenausschuss überweisen werden. Wann hören Sie endlich auf, uns immer wieder diesen Ladenhüter anzubieten?

(Beifall bei der CDU)

Zum wiederholten Male verlangen Sie ein Lagebild und zum wiederholten Male sage ich Ihnen, dass das Beichtwesen die Politik nicht ersetzen kann. Hören Sie endlich mit dem Vorwurf auf, Senat und CDU-Fraktion täten nicht genug gegen organisierte Kriminalität.

Ich möchte in diesem Zusammenhang die "Morgenpost" nach der Veröffentlichung Ihres Osmani-Berichts zitieren. Am 31. Januar 2007 heißt es dort:

"Deren Innensenatoren ..."

– gemeint sind Ihre, meine Damen und Herren von der SPD; da haben Sie vielleicht schon Stoff für Ihren Bericht, vielleicht arbeiten Sie schon daran –

"... haben sich für das organisierte Verbrechen nie sonderlich interessiert."

(*Michael Neumann SPD*: Die Opposition damals auch nicht! – Gegenruf von *Karen Koop CDU*: Wer war damals Ihr Bürgermeister?)

"Mehr noch: Zweimal wurden Leiter der Anti-Mafia-Dienststelle im Landeskriminalamt von SPD-Senatoren ihres Postens enthoben. Beide Kriminalisten hatten intensiv gegen die Osmanis ermittelt. Nur ein Zufall?"

Ein zutreffendes Zitat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Aber über Senator Nagel heißt es dann in demselben Artikel:

"Erst als Nachfolger Udo Nagel fähige Kriminalisten an die Spitze des LKA setzte, kam es zur Wende."

(Beifall bei der CDU)

A "Die Zahl der Anti-Mafia-Ermittler, die in Wrocklages Amtszeit bei 200 stagnierte, liegt heute bei 280."

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, ist wirksame Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Was war denn dazwischen!*)

Machen Sie erst einmal Ihre Hausaufgaben und legen Sie auch den Bericht über Ihre Zeit vor. Vielleicht kann man Sie dann wieder ernst nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat jetzt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Diese Debatte wäre eigentlich nicht nötig.

(Beifall bei der CDU – *Bernd Reinert CDU: Herr Kerstan, Sie sind in Gefahr, zu lange zu reden!*)

Nur haben Sie jetzt ein bisschen zu früh geklatscht. Ich war noch nicht zu Ende mit dem Satz.

Diese Debatte wäre nicht nötig gewesen, wenn Sie von der CDU bereit wären, zu berechtigten Fragen Antworten zu geben. Dann bräuchten wir gar nicht mehr zu reden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Herr Jäger, damit klar ist, worum es hier geht: Es geht nicht darum, unter welcher Regierung Familien im Bereich der organisierten Kriminalität zu Einfluss oder zu einem größeren Wirkungsbereich kommen.

(*Harald Krüger CDU: Das wollen Sie lieber nicht wissen, da haben Sie recht!*)

– Nein, weil es wahrscheinlich unter jeder Regierung, die in Hamburg regiert, Verbrechen und Wachablösungen von einer Familie zur anderen geben wird.

(*Harald Krüger CDU: Ja, wohl wahr!*)

Es geht hier darum – darüber reden Sie nicht gern und das ist das Problem –, dass Sie mit einer Partei eine Koalition eingegangen sind, von der mehrere Mitglieder in entscheidenden Positionen enge Kontakte zu Familien haben, die verdächtigt werden, mit organisierter Kriminalität zu tun zu haben. Das ist der neue Aspekt, um den es in dieser Stadt geht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es hat in dieser Stadt vor Ihrer und auch während unserer Regierungszeit organisiertes Verbrechen gegeben. Aber vor Ihrer Koalition mit der Schill-Partei hat sich noch kein einziger Senat den Vorwurf anhören müssen, Leute aus dem Umfeld der Mafia an die Macht gebracht zu haben. Darum geht es hier und darüber wollen Sie nicht reden. Das ist das Schlimme, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Bernd Reinert CDU: Die reden sogar mit ehemaligen sozialdemokratischen Senatoren!*)

Wirklich stutzig macht die Frage, warum es weiterhin Kontakte Ihrer Regierung zu diesen Leuten gegeben hat. Sie könnten das Thema mit wenigen Aussagen ein für allemal vom Tisch reißen, denn Sie haben die Koalition mit diesen halbseidenen Gesellen beendet. Wenn Sie

C einfache Antworten geben würden, dann bräuchten wir hier nicht darüber zu reden. Aber Sie verweigern sie uns. Dann müssen Sie einsehen, dass diese Verweigerung stutzig macht und dass die Frage, welche Kontakte es zwischen einer Regierungspartei und Familien aus dem Umfeld der organisierten Kriminalität gegeben hat, nicht ungeklärt im Raum stehen bleiben kann. Solange dies nicht geklärt ist, kann man in einem Rechtsstaat nicht zum Tagesgeschäft übergehen.

Ich hatte mich gefreut, als ich heute auf dem Laufzettel gesehen habe, dass Sie diesen Bericht an den Innenausschuss überweisen wollen. Dahin gehören solche Fragen, damit man nicht nur öffentliche Reden hält, sondern im Ausschuss versucht, den Sachverhalt aufzuklären.

(*Harald Krüger CDU: Wir warten nur auf die Fakten, das ist das Problem!*)

Jetzt habe ich aber gehört, darum geht es Ihnen gar nicht, dazu wollen Sie nichts sagen, Sie warten auf den Bericht, der sich damit befasst, was unter SPD-Regierung mit den Osmanis passiert ist.

Darum geht es nicht, meine Damen und Herren. Ich wünsche mir für eine politische Debatte in dieser Stadt, dass Sie diese Vorwürfe ernst nehmen. Wenn Sie sagen, an den Vorwürfen sei nichts dran, dann widerlegen Sie sie. An dem Bericht ist deutlich geworden, dass es sehr viele Fragen gibt, auf die es von Ihrer Seite bisher keine Antworten gegeben hat. Wenn Sie die Fragen zufriedenstellend beantwortet haben, dann können wir dieses Thema endlich zu den Akten legen. Aber solange Sie das nicht tun, müssen Sie sich auch den Vorwurf gefallen lassen, dass Sie vielleicht noch eine Leiche im Keller haben.

(*Karl-Heinz Warnholz CDU: Das ist ja wohl zu viel! Unverschämtheit!*)

Es ist Aufgabe der Opposition in einem Rechtsstaat, auch danach zu suchen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn Sie uns weitere Debatten ersparen wollen, dann lassen Sie uns dieses Thema im Innenausschuss in Ruhe behandeln. Beantworten Sie dort die offenen Fragen und dann ist das Thema – darüber wäre ich wirklich froh – endlich vom Tisch. Aber wenn Sie sich dem verweigern, dann dürfen Sie sich auch nicht wundern, wenn Fragen gestellt werden, denn das versteht wirklich keiner. Ich kenne keine andere Landesregierung in diesem Lande – weder jetzt noch in der Vergangenheit –, in der mit durchaus berechtigten Anhaltspunkten gefragt wurde, welche Kontakte hat es mit Leuten Ihres Koalitionspartners zu Familien gegeben.

(*Harald Krüger CDU: Das liegt vielleicht auch am Niveau der Fragen!*)

Solche Fragen können nicht im Raum stehen bleiben. Sie haben sie nicht beantwortet und der Bürgermeister hat seine Hand ins Feuer gelegt, allerdings nur für den Senat in dieser Legislaturperiode und nicht für den Senat, für den er auch verantwortlich war.

(*Hans-Detlef Roock CDU: Wir können doch nicht für den rotgrünen Senat die Hand ins Feuer legen, was soll der Unfug!*)

Solange das nicht passiert ist, werden wir über das Thema reden müssen. Sie haben es in der Hand. Schaffen

A Sie die Vorwürfe aus der Welt, dann ist das Thema erledigt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat jetzt Herr Senator Nagel.

(*Michael Fuchs CDU:* Jetzt kommt Licht ins Dunkel!)

Senator Udo Nagel: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie Ihre haltlosen Vorwürfe gegen diesen Senat und die Mitarbeiter der Polizei noch tausend Mal wiederholen, Tatsache war, ist und bleibt: Dieser Senat, diese Polizei und diese Justiz sind erfolgreich im Kampf gegen jede Form der Kriminalität und auch gerade gegen die organisierte Kriminalität.

(Beifall bei der CDU)

Etwas anderes werden Sie den Menschen in Hamburg niemals einreden können. Weder hat irgendjemand Leichen im Keller, noch gibt es eine gefährliche Nähe von irgendjemandem zur organisierten Kriminalität. Es ist eine Unverschämtheit, diese Unterstellungen in diesem Parlament zu sagen.

(Beifall bei der CDU – *Olaf Ohlsen CDU:* Das ist eine Sauerei!)

Ich habe eher den Eindruck, dass Sie mit Ihren ständigen Behauptungen,

(*Luisa Fiedler SPD:* Das sind doch keine Unterstellungen!)

Unterstellungen und Halbwahrheiten nur von Ihrem eigenen Trauma ablenken wollen,

(Beifall bei der CDU)

dass Ihnen die Menschen in Hamburg im Bereich der Inneren Sicherheit nicht mehr vertrauen. Dieses Vertrauen haben Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, vor 2001 auf lange, lange Sicht hin verspielt.

(Beifall bei der CDU)

Dass Sie mit Ihren ständigen Unterstellungen völlig daneben liegen, scheinen Sie mittlerweile – zumindest unbewusst – selbst zu spüren. Anders ist nicht zu erklären, dass sich plötzlich der eine oder andere Abgeordnete von der Opposition bemüht fühlt, bei jeder noch so kleinen Gelegenheit per Pressemitteilung den Mitarbeitern von Polizei und Justiz zu danken. Sie haben gemerkt, dass Sie angesichts der Erfolge von Staatsanwaltschaft und Polizei bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität mit Ihrer Kritik an Polizei und Justiz völlig daneben liegen,

(Beifall bei der CDU)

zumal Sie in Ihren Aussagen leider auch nicht immer bei der Wahrheit bleiben. Hier meine ich insbesondere Herrn Dressel.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Na, da bin ich mal gespannt! – *Olaf Ohlsen CDU:* Aus populistischen Gründen!)

Ihre nachweislich falschen Behauptungen, bestimmte Straftaten würden seit 2003 nicht mehr in der Kriminalstatistik gezählt, haben Sie vor der Öffentlichkeit immer

C noch nicht zurückgenommen. Ich glaube nicht, dass die Menschen Ihnen vertrauen, wenn Sie ihnen die Unwahrheit sagen.

(Beifall bei der CDU)

Aber die Bürger werden Ihre Märchen, um es ganz deutlich zu sagen, auch in Zukunft nicht glauben. Da bin ich mir sehr sicher.

Dieser Senat und diese Regierungsfraktion stützen Polizei und Justiz bei der Bekämpfung der organisierten und der Wirtschaftskriminalität. Dieser Senat schafft die nötigen Rahmenbedingungen, unter denen die Strafverfolgungsbehörden erfolgreich arbeiten können. So ist die OK-Abteilung beispielsweise mit insgesamt 280 Mitarbeitern personell so gut aufgestellt, wie es noch nie in der Vergangenheit der Fall war. Denken Sie an Ermittlungserfolge, für die die Stichworte "Marek-Bande", "Hells Angels" oder "Hammer-Bande" stehen. Denken Sie an den Rückgang der Gesamtkriminalität in Hamburg seit dem Jahre 2002. Denken Sie an die Millionenbeträge bei der Vermögensabschöpfung aus kriminellen Geldgewinnen, die wir jedes Jahr sicherstellen. Auch die jüngsten Ermittlungen im Bereich der organisierten Wirtschaftskriminalität sind ein Teil dieser Erfolgsgeschichte. Diese Erfolge können Sie nicht wegdiskutieren.

(Beifall bei der CDU – *Wilfried Buss SPD:* Was ist denn jetzt mit den Osmanis?)

Hören Sie endlich auf mit der Kritik an dieser Regierung, die die die nötigen personellen, technischen und organisatorischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Verbrechensbekämpfung schafft.

B Ich kann mich noch genau daran erinnern, als ich mein Amt als Polizeipräsident angetreten habe.

(*Wilfried Buss SPD:* Ja, ich auch!)

Ich habe eine engagierte und gut funktionierende Großstadtpolizei vorgefunden, die aber personell ausgeblutet war. Diese Zeiten sind zum Glück vorbei.

(Beifall bei der CDU – Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Fahren Sie bitte fort, Herr Senator, es ist jetzt still.

Senator Udo Nagel (fortfahrend): Danke, Frau Präsidentin.

An die Opposition gerichtet: Sie scheinen es immer noch nicht begriffen zu haben,

(*Petra Brinkmann SPD:* Sie aber auch nicht!)

während Polizei und Justiz Kriminalität erfolgreich bekämpfen, verplempern Sie Ihre Zeit mit der Herstellung von irgendwelchen Berichten, die fachlich völlig wertlos sind.

(Beifall bei der CDU)

Dabei sind diese sogenannten Berichte noch nicht einmal ihre eigene geistige Leistung, sondern Sie schreiben einfach von bereits veröffentlichten Anfragen ab. Komischerweise enden diese Berichte immer in den Jahren 2001/2002. Das gibt durchaus zu denken.

Das ist ein grandioser Beitrag zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, wirklich großartig, wenn es sich auf dieses beschränkt.

A Eines ist aber sicher, um es ganz deutlich zu sagen: Die Polizei Hamburg wird ihre Ressourcen auch in Zukunft sinnvoller einsetzen.

(*Doris Mandel SPD*: Wenn man sie denn lässt! Was ja unter Schill und Wellinghausen verboten war!)

Polizei und Justiz werden auch in Zukunft erfolgreich für die Sicherheit der Menschen in unserer Stadt sorgen. Darauf können sich die Bürger in dieser Stadt verlassen.
– Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Dr. Dressel, Sie haben das Wort.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Erstes bin ich natürlich sehr froh, dass Herr Dr. Jäger mit seiner Fraktion nicht hinausgerannt ist, sondern dass Sie sich heute dieser Debatte stellen. Es ist ein Fortschritt, dass Sie anfangen, mit uns über dieses Thema sprechen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Daran wollen Sie sich nicht so gern erinnern, das war wirklich ein schwarzer Tag für die CDU-Fraktion.

Der zweite Punkt: Wie war das vor 2001? Wir haben in der Debatte gesagt, wir haben überhaupt keine Scheuklappen,

(*Harald Krüger CDU*: Ganz klar, die SPD hat ihren Senat nicht kontrolliert!)

B es ist uns völlig egal, ob es um rote oder schwarze Parteibücher geht, wir sind für die Aufklärung. Unser Wort gilt. Aber eine Frage muss erlaubt sein: Wer war vor 2001 Opposition? Wer hätte diese kritischen Fragen, die Ihnen jetzt allen einfallen, stellen müssen? Das wären Sie gewesen. Aber Sie haben geschwiegen, sie haben an dieser Stelle versagt, diese Fragen selbst anzusprechen. Das fällt deshalb auf Sie zurück.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – Zurufe von der CDU)

Noch ein weiterer Punkt. Schön, dass es Sie so aufregt. Sie können auch noch etwas dazu sagen.

Sie haben zur Zeit vor 2001 einiges gesagt und was seit 2004/2005 besser geworden ist. Da sind wir absolut bei Ihnen. Aber, was die Zeit von 2001 bis 2004 angeht, haben sowohl der Kollege Jäger als auch der Innensenator einen absoluten Filmriss. Dazu haben sie überhaupt nichts gesagt. Wir werden eine solche Geschichtsklitte rung, dass Sie diese Zeit quasi ausblenden, nicht mitmachen.

(Beifall bei der SPD)

Es geht hier nicht darum, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Polizei und Justiz zu kritisieren, was Sie uns immer unterstellen. Wir sagen ganz deutlich, dass im Landeskriminalamt um Thomas Menzel sehr gute Arbeit gemacht wird. Aber sie machen sie sicherlich nicht deswegen, weil dort ein Innensenator Nagel sitzt, sondern trotz Ihrer Politik.

(*Karen Koop CDU*: Jetzt reicht es aber! Es ist eine Frechheit, die Sie sich hier leisten!)

C Vor allem in der 17. Wahlperiode – das muss man deutlich sagen – ist trotz der politischen Führung gute Arbeit gemacht worden. Deshalb ist für uns klar, dass man zwischen guter Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und schlechter politischer Führung, für die Sie die Verantwortung tragen, trennen muss.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – *Bernd Reinert CDU*: Da klatscht ja kaum einer von Ihrer eigenen Fraktion! – Gegenruf von *Michael Neumann SPD*: Solange ich klatsche, reicht es!)

Unser OK-Lagebericht hat die Zeit 2001 bis 2004 sehr genau unter die Lupe genommen, weil es für den Zeitraum davor eine OK-Lageberichterstattung gegeben hat. Die haben Sie nämlich eingestellt und deswegen haben wir für die Zeit 2001 bis 2004 festgestellt, dass es in diesem Bereich sehr wohl schwere Verfehlungen gegeben hat, für die Sie – da können Sie sich hier nicht wegducken –, als damaliger Polizeipräsident und heutiger Innensenator persönlich die Verantwortung tragen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben zum Rückgang der OK-Verfahren in Ihrer Zeit von 2001 an überhaupt nichts gesagt. Ihre große Entschuldigung war immer, die Zahlen lägen im Bundesdurchschnitt. Weder Herr Jäger noch Herr Nagel haben etwas dazu gesagt.

Ein weiterer Punkt. Der Personaleinsatz im Bereich organisierter Kriminalität – das sind alles Ihre Zahlen – ist bis 2003 von 145 auf 81 Mitarbeiter zurückgefahren worden. Auch dazu haben Sie überhaupt nichts gesagt. Erst 2005 ist eine Trendwende sichtbar. Blenden Sie die Zeit, in der ein Herr Schill auf diesem Platz gesessen hat, nicht aus. Wir erwarten vollständige Aufklärung auch an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD – *Harald Krüger CDU*: Wir sind schon eine Legislatur weiter!)

– Herr Krüger, Sie wollen immer ungern daran erinnert werden, wer Ihnen damals ins Amt verholfen hat.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: Das waren Sie! – *Harald Krüger CDU*: Das war doch die SPD!)

Wir werden es nicht dulden, dass Sie das ausblenden. Sie sind 2001 mit Hilfe eines unerträglichen und gefährlichen Populisten an die Macht gekommen. Wir werden uns an dieser Nahtstelle, bei einer Person, die angetreten ist, für Recht und Ordnung in dieser Stadt zu sorgen, die Fehlentscheidungen im Bereich OK angucken. Es fällt auf Sie zurück, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Das sind die bohrenden Fragen. Wir haben die inhaltlichen Punkte angesprochen – sie sind in dem Bericht erkennbar, Sie können sie nicht abschütteln –, als Sie quasi in Ermangelung von CDU-Innenpolitikern zum Senator befördert wurden. Diese Fragen bleiben. Andere, wirklich herausragende Polizeiführungskräfte haben das Weite gesucht. Sie sind von München nach Hamburg gekommen und tragen deshalb eine Mitverantwortung. Wir sagen an dieser Stelle deutlich: Wer mit politischen Kampfhunden zu Bett geht, der muss sich nicht wundern, wenn er mit Flöhen aufwacht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

- A Was ist jetzt Ihre Argumentation? War alles von vorgestern, ist doch alles kalter Kaffe, interessiert keinen mehr?

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Ich bitte darum, im Plenarsaal wieder zu mehr Ruhe zu kommen und etwas weniger dazwischen zu reden. Dann können alle den Redner hören und wir kommen hier voran. – Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel (fortfahrend): Lassen Sie uns im Innenausschuss gemeinsam gucken, wie sich die OK-Bekämpfung verändert hat, welche Maßnahmen eingeleitet worden sind und welche Strategien verfolgt werden. Wir haben Ihnen sogar angeboten, das in nicht öffentlicher Sitzung zu machen. Es gab an dieser Stelle nur frontale Ablehnung. Deshalb haben Sie heute erneut Gelegenheit, mit der Überweisung dieser Drucksache den Weg für eine Bestandsaufnahme freizumachen. Wir wollen wissen, dass alles so toll ist, wie Sie es uns hier weismachen wollen. Darauf haben die Hamburgerinnen und Hamburger einen Anspruch.

Aber nein, Sie mauern weiter, insbesondere bei dem Lagebericht zur organisierten Kriminalität, der in anderen Bundesländern zum selbstverständlichen Repertoire der Informationen der Bürgerinnen und Bürger gehört. Ihre Begründungen wechseln ständig. Einmal ist die Rede davon, aus Datenschutzgründen könne man das nicht machen, dann heißt es, es gäbe keinen polizeitaktischen Vorteil. Was denn nun? Ist der Bericht nun für die Bürger zu teuer oder sinnlos oder steht so viel Geheimnisvolles darin, dass man das nicht veröffentlichen kann? Warum geben denn andere Bundesländer ihren Bürgerinnen und Bürgern diese wertvollen Informationen? Stattdessen geben Sie tolle Hochglanzbroschüren über die Polizei heraus. Aber die substanzuellen Informationen werden den Bürgerinnen und Bürgern vorenthalten und das geht so nicht weiter.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Die Hamburgerinnen und Hamburger würden gern wissen, welche Delikte hinter der organisierten Kriminalität in Hamburg stehen, welche Täter, durchaus auch welcher Nationalität, und welche Schäden durch organisierte Kriminalität angerichtet werden, vor allem auch, wie die Täter im Bereich OK verurteilt werden. Auch da gibt es die interessante Information, dass die Zahl der Angeklagten sowie die Zahl der Freiheitsstrafen im Bereich organisierter Kriminalität seit 2001 rapide abgenommen hat. Sie sprechen immer davon, dass es unter Rotgrün lasche Richter gab. Wieso hat bei Ihnen die Zahl der Verurteilungen im Bereich der organisierten Kriminalität so abgenommen? Sie haben heute nichts dazu gesagt. Auch deswegen zeigt sich, dass Sie an dieser Stelle einen absoluten Filmriss haben.

Der entscheidende Punkt ist: Wenn wir organisierte Kriminalität wirksam bekämpfen wollen – vielleicht sind wir uns in dem Punkt immerhin einig –, wenn wir dieses Geschwür in der Gesellschaft, was es nun einmal mit der organisierten Kriminalität gibt, wirksam bekämpfen wollen, dann müssen wir alle Beteiligten mitnehmen, Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Verwaltung und Medien und können nicht sagen, das machen Polizei und Justiz alleine. Vielleicht sind wir uns wenigstens an dieser Stelle

einig. Das ist jedenfalls eine Erkenntnis, die wir aus dieser Debatte um Osmani-Mettbach mitgenommen haben.

C Wenn es also darum geht, die Gesellschaft zu sensibilisieren und zu informieren, bietet der Lagebericht in der Tat einen entscheidenden Schritt. Wir haben mit unserem Lagebericht jedenfalls einen Schritt gemacht, den Sie an der Stelle nicht mit vollzogen haben. Der Osmani-Mettbach-Bericht ist entstanden, weil Sie buchstäblich wegelaufen sind vor der Debatte. Auch hier haben wir Ihren Job gemacht, den eigentlich Sie beziehungsweise der Senat hätte machen müssen. Wir haben die Punkte angesprochen und erwarten, dass jetzt im Innenausschuss darüber gesprochen wird.

Aber wir müssen auch weiter denken. Vielleicht ist das ein Punkt, bei dem wir sogar zusammenkommen, wenn es nicht nur darum geht, die rückschauende Kritik zu diskutieren, sondern zu sagen, wie sich Hamburg in dem Bereich besser aufstellen kann. Wir haben Vorschläge gemacht, über die wir gerne mit Ihnen sprechen wollen. Von Ihnen ist dazu null Komma null gekommen und deshalb sollten Sie ein bisschen weiter denken, als Sie es bisher getan haben.

D Wir haben an der Stelle nicht nur Polizei und Justiz im Blick, sondern auch die Verwaltung insgesamt. Sie können die Vorschläge in unserem Antrag im Einzelnen lesen. Deshalb sage ich abschließend: Gehen Sie endlich offen mit dem Thema der organisierten Kriminalität, mit dem Thema Osmani-Mettbach um. Organisierte Kriminalität, das ist unser Fazit, bekämpft man nicht dadurch, dass man sie tot schweigt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat jetzt Herr Voet van Wormizeele.

Kai Voet van Wormizeele CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mir kaum vorstellen können, wie down die SPD zurzeit ist. Die hier geleisteten Wortbeiträge, diese Art rhetorischer Schlamschlacht haben Sie offensichtlich gebraucht, um von sich selbst und Ihren Fehlleistungen abzulenken. Liebe Kollegen, damit kommen Sie hier nicht durch.

(Beifall bei der CDU)

Herr Böwer hat gesagt, Sie hätten sich Mühe mit diesem Bericht gegeben. Herr Böwer, das war häufig so bei der SPD. Sie haben sich Mühe gegeben, sind aber an Ihren eigenen Unfähigkeiten gescheitert.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich zu Beginn ein Wort sehr deutlich sagen, was eben auch der Kollege Dr. Dressel wieder in Anspielung auf die Schill-Partei und einige andere gesagt hat, sie hätten den letzten Senat ins Amt gehoben. Liebe Kollegen auf der linken Seite des Hauses, das Verdienst, dass wir heute regieren und auch in der letzten Amtsperiode regiert haben, tragen Sie. Die Bürger dieser Stadt haben Sie abgewählt wegen Ihrer erwiesenen Unfähigkeit und nicht wegen Herrn Schill.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von Gerhard Lein SPD)

Dass Sie diese Art von Traumata offensichtlich bis zum heutigen Tage nicht verdaut haben, konnten wir heute wieder beredt feststellen. Sie wühlten in der 17. Wahl-

A periode herum und gaben nebenbei zu, der aktuelle Senat mache es ja ganz gut, aber Sie fänden von damals irgendetwas. Ich will Ihnen ganz deutlich sagen: Sämtliche offenen Fragen, die in diesem Parlament gestellt worden sind, sind vom Senat beantwortet worden.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Sind sie das?)

Sie versuchen, von der eigenen Unfähigkeit und vom Thema abzulenken, das Sie gerne oben halten möchten. Sie schaffen es nicht, diesen Senat bei Sachthemen zu stellen und weichen deshalb auf solche miesen Verbalattacken aus.

(Beifall bei der CDU)

Man muss einen kurzen Moment innehalten und nachfragen, was Sie da eigentlich tun. Sprache ist in der Tat auch eine Waffe. Man kann das mit dem Florett, aber auch mit dem Degen ausführen. Sie nehmen die brutale Methode mit der Keule und wälzen alles im Schlamm. Wer hier meint, permanent von Osmani-Agenten sprechen und behaupten zu müssen, die vermeintlichen Vertreter der organisierten Kriminalität würden Tag und Nacht beim Senat ein- und ausgehen, der hat sich selbst aus der Reihe derer, die Aufklärungsarbeit machen wollen, verabschiedet. Sie wollen nicht aufklären, Sie wollen mit Dreck schmeißen und nichts anderes.

(Beifall bei der CDU)

Lieber Kollege Böwer, einen Hinweis kann ich mir nicht verkneifen. Es fällt mir sehr schwer, Ihr Bemühen um Aufklärung von ach so schweren Straftaten ernst zu nehmen, wenn im selben Atemzug wenige Tage vorher ein wichtiges ehemaliges Regierungsmittel Vorwürfe vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss erhebt, die auch Abgeordnete dieses Hauses zumindest in die Nähe des Tatbestands der Nötigung rücken.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß nicht, ob man dann noch mit demselben moralinsauren Gesicht hier stehen und sagen kann, wir sind die einzigen wahren Aufklärer. Das sind Sie nicht, denn wenn Sie aufklären wollten, dann hätten Sie in der Tat das gemacht,

(*Doris Mandel SPD:* Sie sind eingeladen mitzumachen!)

was mein Kollege Dr. Jäger bereits eingefordert hat. Sie hätten angefangen, auch vor 2001 nachzuforschen.

Nun zu dem, was Herr Kerstan gesagt hat, interessant sei es ab 2001. Dieser vermeintliche Clan, diese Familie mit all ihren Beziehungen ist nicht nach 2001 entstanden. Die ist vorher entstanden und sie konnte entstehen unter einem Senat, der offensichtlich genau das wollte und dazu in der Lage gewesen ist. Das, liebe Kollegen von SPD und GAL, sollte auch aufgeklärt werden. Sie haben ganz viel Bedarf, Fragen zu beantworten und diesen Bedarf und die Zeit dafür werden wir Ihnen im Innenausschuss eindeutig einräumen.

Lassen Sie mich abschließend deutlich sagen: Dieser Senat hat sämtliche Fragen, die gestellt worden sind, aufgeklärt.

(*Doris Mandel SPD:* Nein!)

Er hat deutlich und klargemacht, dass er mit organisierter Kriminalität nichts zu tun hat. Zu keinem Zeitpunkt war es für irgendein Mitglied irgendeines Clans möglich, auf

Politik in dieser Stadt durch Senatsbesuch oder Ähnliches Einfluss zu nehmen. Dieser Senat ist extrem sauber und hat sich nichts vorzuwerfen. Das müssen Sie erst einmal für Ihre Zeit nachweisen.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Haben Sie den Bericht überhaupt gelesen?)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Möller hat jetzt das Wort.

Antje Möller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Diese Debatte nimmt einen interessanten Verlauf,

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Ja, das haben Sie sich anders vorgestellt!)

weil wir natürlich nicht zum ersten Mal darüber reden. Auch ich habe gedacht, eigentlich sei alles gesagt. Trotzdem sind wir jetzt an dem Punkt, Kollegen, die vielleicht ein bisschen schräg in ihrer parlamentarischen Arbeit rüberkamen, mit der gleichen Aufgeregtheit und auf der gleichen Ebene zu beschimpfen, statt auf den Punkt einzugehen, um den es hier eigentlich geht, nämlich die Antwort auf die Fragen zu den Kontakten zur altbekannten Familie.

Herr Voet van Vormizeele, Sie haben gesagt, wir sollten über Sachthemen reden. Wenn das aus Ihrer Sicht kein Sachthema ist, dann weiß ich nicht, was Sie eigentlich für sich als Parlamentarier als Aufgabe ansehen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es ist mitnichten so, dass der Senator in seiner Rede gesagt hat, er stehe dem Parlament Rede und Antwort auf die Fragen, die sich nicht nur wir stellen, sondern auch die Öffentlichkeit: Wie waren die Kontakte, welche gab es, woher kamen sie und wo sind sie verblieben? Das sind alles Sachen, die der Senator sich zur Aufgabe machen könnte. Parlamentarische Untersuchungsausschüsse haben wir schon zuhauf, die können wir nicht gebrauchen, aber hier ist der Senat in der Pflicht. Darüber können Sie lachen,

(*Kai Voet van Vormizeele CDU:* Ja, das werde ich mal zitieren bei Gelegenheit!)

das wäre vielleicht eine andere Konsequenz, aber man muss doch erst einmal erwarten können, dass der Senat das Thema ernst nimmt und das tut er nicht.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Politisch verkennt der Senat das Thema völlig. Es geht nicht darum, ob im Moment die Kolleginnen und Kollegen, die im Bereich OK arbeiten, erfolgreich arbeiten oder nicht. Es geht auch nicht um Statistiken der erfolgreichen Verbrechensbekämpfung im Vergleich zwischen 2000, 2005 oder 2006, sondern um ein aktuelles Thema, das seit Monaten durch die Öffentlichkeit geistert, wozu wir Antworten haben wollen und die wir vom Senat nicht bekommen.

Ich verstehe natürlich eine Überweisung an den Innenausschuss nicht verknüpft mit irgendwelchen Bedingungen, sondern es wird im Innenausschuss nötig sein, Antworten zu geben. Sie sagen, jetzt sei die SPD dran, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen

(*Bernd Reinert CDU:* Ja, ist sie!)

A und sie müsse auch noch etwas dazu liefern. So kann es nicht gehen, Herr Jäger. Wir werden eine Innenausschusssitzung haben, die möglicherweise Sachverständige hinzuzieht, die auf jeden Fall aber Antworten haben will. Wenn Sie die nicht geben können, dann werden wir das Thema weiterhin im Parlament besprechen müssen, dann werden wir weiterhin in den Medien nachlesen können, dass dieser Senat immer noch in der Situation ist, sich nicht freischaufeln zu können von den Vorwürfen, die aus der Koalitionszeit weiter im Raum stehen. Sie haben keine Antworten darauf.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Böwer hat das Wort.

(*Wolfgang Beuß CDU: Der Chefaufklärer kommt!*)

Thomas Böwer SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Innensenator Nagel, Sie haben gesagt, wir sollten endlich mit unserer Kritik an dieser Regierung aufhören; das wörtliche Zitat lässt sich so wiederfinden. Herr Nagel, das ist unser Verfassungsauftrag.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU: Den erfüllen Sie nicht!*)

Nach der hamburgischen Verfassung ist unser Auftrag, die Dinge zu kritisieren, wenn sie zu kritisieren sind, und dieser Teil Osman-Mettbach ist zu kritisieren, weil er zum Himmel stinkt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

B Herr Senator, wenn Sie in Ihrer Rede sagen, die Sozis seien bisher nur hingegangen und hätten bis 2001 die Angelegenheit untersucht, dann frage ich Sie, ob Sie Erkenntnisse darüber haben, dass der ehemalige Innensenator Werner Hackmann sich mit Vertretern der Familie Osman getroffen hat, oder Erkenntnisse der Innenbehörde darüber, dass der Innensenator Hartmuth Wrocklage sich mit ihnen getroffen hat. Wenn Sie diese Fragen heute nicht beantworten können, dann helfe ich Ihnen. Ich stelle eine Kleine Anfrage und Sie können dann in Ihr Archiv gehen und gucken, was Sie an Erkenntnissen haben, wenn das der Aufklärung dient.

Herr Jäger, ich schätze Sie eigentlich sehr, aber was Ihre Frage der Überweisung angeht, ist das wirklich lustig. Dort sitzt der Mensch, der die ganzen Fragen bis 2001 beantworten könnte. Auch wir haben ein Interesse daran festzustellen, ob an dem indirekten Vorwurf, bis 2001 sei man blind gewesen und danach sei die Erleuchtung gekommen, etwas dran ist. Deswegen helfen wir Ihnen in dieser Frage als Parlamentarier. Wir fragen und Sie haben die Gelegenheit zu antworten.

Aber eines wissen Sie genauso gut wie ich. Es haben bisher keine Gespräche mit Vertretern der organisierten Kriminalität oder mit Beratern von Familien der organisierten Kriminalität im Bürgermeisterzimmer stattgefunden. Vielleicht kann der freie Mitarbeiter der "Bild"-Zeitung einmal in den Terminkalender seiner Amtsvorgänger gucken,

(Heiterkeit bei der SPD)

ob er einen derartigen Termin findet. – Danke.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

C **Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe:** Herr Dr. Jäger hat das Wort.

(*Michael Neumann SPD: Der Berg kreißte und gebaute eine Maus!*)

Dr. Manfred Jäger CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Böwer, was Sie eben gesagt haben, habe ich mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Jetzt ist es auf einmal wieder Herr Nagel, der die Antworten geben soll. Ich möchte Sie aber auf Ihre Feststellungen in der Pressekonferenz festnageln, als Sie sagten, Sie würden den Bericht vorlegen. Sie haben eine eindeutige Bringschuld und da hätte ich gerne hier eine Bestätigung gehört.

(*Bernd Reinert CDU: Richtig!*)

Sie haben eben versucht, sich wieder herauszustehlen; so geht es nicht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir zur Abstimmung, zunächst zur Drucksache 18/5729. Wer stimmt einer Überweisung dieser Drucksache an den Innenausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist diesem Überweisungsbegehr einstimmig entsprochen worden.

Wer möchte die Drucksache 18/5730 an den Innenausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Überweisungsbegehr mehrheitlich abgelehnt.

D Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den SPD-Antrag aus der Drucksache 18/5730 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Des Weiteren stelle ich fest, dass die Große Anfrage, Drucksache 18/5355, besprochen worden ist.

Ich rufe Punkt 24 auf, Drucksache 18/5725, Antrag der GAL-Fraktion: Hamburger Bundesratsinitiativen für ein Tempolimit und eine Senkung der CO₂-Emissionen.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Hamburger Bundesratsinitiativen für ein Tempolimit
und eine Senkung der CO₂-Emissionen
– Drucksache 18/5725 –]**

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Umweltausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? Herr Lühmann, bitte.

Jörg Lühmann GAL: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich beobachte mit einem Interesse, wie sehr sich die Reihen bei der CDU lichten.

(*Wolfhard Ploog CDU: Das stimmt ja nicht!*)

Soweit ist es also mit dem Interesse an Klimaschutz bestellt; das ist ganz interessant zu sehen.

(*Lars Dietrich CDU: Herr Lühmann, das ist sehr billig!*)

Am 28. Januar ist in dieser Stadt etwas ganz Außergewöhnliches passiert. Der Erste Bürgermeister hat festgestellt, dass es einen Klimawandel gibt und wir wahr-

A scheinlich verantwortlich dafür sind und etwas tun müssen. Das ist für die CDU etwas sehr Ungewöhnliches, für alle anderen war das eher eine alte Bekannte, aber für die CDU ist es so ungewöhnlich, dass der Landesvorsitzende der CDU, Herr Dirk Fischer, festgestellt hat, es handele sich dabei um eine – so wörtlich – unwichtige Einzelmeinung. Ich finde es besonders interessant, wenn das der Parteivorsitzende sagt, der nebenbei im Bundestag auch noch die Rolle des verkehrspolitischen Sprechers der Christdemokraten innehat. Er hat in diesem Fall von dem Thema wirklich rein gar nichts verstanden.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Herr Lühmann, ich muss noch einmal unterbrechen. Hinter befinden sich noch einige Gesprächsgruppen, um deren Auflösung ich dringend bitte.

Herr Lühmann, ich hoffe, es klappt jetzt.

Jörg Lühmann (fortfahrend): Das erklärt wahrscheinlich auch am ehesten, warum der Senat meint, er bräuchte noch drei bis fünf Monate, bis er uns ein Konzept vorlegen könne. Wahrscheinlich ist die Überzeugungsarbeit innerhalb der CDU schwerer zu erledigen, als das eigentliche Angehen der Probleme, weil die seit Jahren offenkundig auf dem Tisch liegen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Am 9. Februar haben wir übrigens der Presse entnehmen können, warum es zu diesem überraschenden Wandel kam. Wir haben heute Nachmittag gehört, dass es um Al Gores Buch geht, das der Bürgermeister gelesen hat, was dann dazu führte, dass er festgestellt hat, hier sei ein wirklich wichtiges Problem, dessen er sich annehmen müsse. Herr Engels hat heute Nachmittag erklärt, es gehe dabei um die Ausblicke in die Zukunft und hat explizit den WWF angegriffen und gesagt, was der alles gesagt habe,

(*Hartmut Engels CDU: Nicht alles, einen Punkt habe ich genannt!*)

sei ein völliges Horrorszenario. Ich darf Sie vielleicht daran erinnern, dass eine Klientel, die Ihnen wesentlich näher liegen dürfte, nämlich die Klientel der deutschen Rückversicherer, seit Jahren vor steigenden Schäden warnt und sagt, dass die wirtschaftliche Last, die aus den Klimaschäden erwächst, immer größer werde und einfach nicht mehr zu schultern sei.

Kommen wir zum Thema Verkehr und welchen Anteil er am Klimawandel hat. Wir wissen, dass, im europäischen Maßstab betrachtet, die CO₂-Emissionen in den meisten Sektoren im Zeitraum von 1990 bis 2003 zurückgegangen sind, aber der Anteil des Verkehrs daran um 30 Prozent gestiegen ist. Das ist der einzige Bereich, der überhaupt gestiegen ist, und dann um fast 30 Prozent. Wir erleben in Hamburg nicht nur das, wozu Herr Gedaschko vorhin in der Aktuellen Stunde sagte, da hätten wir wohl alle nicht so richtig viel gemacht, sondern sogar das genaue Gegenteil. Sie haben sich im Verkehrsbereich wie Geisterfahrer benommen und sind mit Vollgas in die falsche Richtung gefahren, denn Sie alle haben sich sehr darüber gefreut, vom ADAC einen Umweltpreis dafür zu erhalten, dass das Autofahren in der Stadt schneller gemacht wird als Beitrag zum Klimaschutz!

C Das ist vor allen Dingen dann absurd, wenn im Gegenzug das Zufußgehen und Radfahren, die also wirklich ökologischen Verkehrsarten, dabei komplett ausgebremst werden. Die Ampelphasen werden reduziert, Fußgänger und Radfahrer leiden unter Bettelampeln. Senat und CDU gehen in die falsche Richtung und geben richtig viel Geld falsch aus; da müssen wir ernsthaft umsteuern. Ich sehe an Ihren Reaktionen, Herr Engels, dass es wahrscheinlich drei bis fünf Monate dauern wird, bis auch Sie am richtigen Strang ziehen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Bei der Frage, wie wir zum Beispiel den Modal Split ernsthaft verändern können, wie wir mehr Leute davon überzeugen können, nicht nur zu Fuß zu gehen und das Fahrrad zu benutzen, sondern auch den öffentlichen Personennahverkehr,

(*Wolfhard Ploog CDU: Machen wir ja!*)

verweigern Sie sich der gesamteuropäischen Entwicklung, die die Stadtbahn favorisiert. Da sind Sie mal wieder nicht dabei, das wird noch richtig schwierig mit Ihnen.

(*Olaf Ohlsen CDU: Wir sind doch alles Fahrrad-fahrer hier!*)

– Herr Ohlsen, hören Sie doch einfach mal zu. Ich gebe ja zu, dass es schwer für Sie ist.

Wir müssen uns in dem Zusammenhang die Frage stellen, wer denn hier die Politik macht und eine Vorbildfunktion übernimmt. Ich komme wieder auf das Interview vom 9. Februar zurück, das der Bürgermeister einer Zeitung gegeben hat. Da stellt er sich hin, gibt den Blue-boy-charming-Ole und sagt mit treuherzigem Augenaufschlag, er habe ein Auto,

(*Olaf Ohlsen CDU: Kein Neid!*)

das 13 Liter auf hundert Kilometer verbraucht und da habe er auch ein schlechtes Gewissen. Was schließt er daraus? Gar nichts schließt er daraus, er zieht keine Konsequenzen, aber ich sage nur: Sie haben Alternativen.

(*Olaf Ohlsen CDU: Worüber reden wir denn jetzt?*)

Natürlich haben Sie in Ihrer Vorbildfunktion auch diese Alternativen wahrzunehmen. Wer hindert Sie denn daran, ein spritarmes Auto zu kaufen? Wer hindert Sie daran, etwa Carsharing zu betreiben

(*Dr. Andreas Mattner CDU: Ulla Schmidt!*)

und die angeblich nur 300 Kilometer im Monat mit einem neuen, modernen, effizienten, Sprit sparenden Auto zurückzulegen? Niemand hindert Sie daran, Sie müssen es nur machen, Sie müssen Ihrer Vorbildfunktion als Bürgermeister gerecht werden.

Diese Vorbildfunktion will ich aber nicht nur auf diese privat zurückgelegten 300 Kilometer beschränken, weil die tatsächlich das wenigste sind, was uns ernsthaft interessiert. Was uns vielmehr interessieren muss ist die Frage, wie es denn mit dem öffentlichen Fuhrpark aussieht, wie unser Senatsfuhrpark zusammengesetzt ist. Haben wir Hybridwagen im Fuhrpark? Wie sehen denn die öffentlichen Fuhrparke der Verwaltung aus, wie wird da gefahren? Wie wird die Vorbildfunktion, die die Stadt gegenüber den Bürgern hat, ausgefüllt? Dazu werden wir wahrscheinlich noch viele Fragen stellen müssen.

A Wenn Sie diese Vorbildfunktion ernsthaft wahrnehmen, dann hätten Sie wahrscheinlich einen größeren Einfluss gerade auf die deutsche Autoindustrie, die drei große Fehler begeht. Sie hat den Rußfilter verpennt, sie hat die Hybridtechnologie verpennt und sie setzt ziemlich stark auf diese sogenannten Sports-Utility-Vehicles, die den größten Zuwachs am Markt haben. Da muss man sich doch wirklich fragen, wie denn die Zukunftsperspektive der deutschen Autoindustrie aussieht. Die kann doch, wenn sie auf dem Weltmarkt bestehen will, nur darin bestehen, heute die Entwicklungen zu ökologisch sinnvolleren Autos nachzuvollziehen und sich an die Spitze der Entwicklung zu setzen, statt hinterher zu trödeln. Genau da müssen Sie, Herr von Beust, Farbe bekennen. Sie sind Umweltkommissar der CDU, dann müssen Sie auch an dieser Stelle dafür sorgen,

(*Olaf Ohlsen CDU*: Ist richtig, Herr Lühmann!)

dass im Interesse der Zukunftsfähigkeit der deutschen Autoindustrie möglichst hohe Standards eingehalten werden.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Mit diesen Fehlentwicklungen, die wir bei den Sport-Utility-Vehicles und anderen haben, geht noch eine zweite Fehlentwicklung einher. Den Porsche Cayenne zum Beispiel mit 500 PS zum Brötchenholen braucht kein Mensch.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Was fahren Sie denn für ein Auto?)

B Autos, die 250 Kilometer in der Spur und mehr laufen, sind die Spritfresser und Umweltzerstörer schlechthin. Solange der Besitz eines solchen Autos als ein prestigeträchtiges Modell angesehen werden kann, solange liegen wir völlig falsch. Wir wissen offenkundig, dass den Fahrern dieser Fahrzeuge die Spritpreise an den Zapfsäulen herzlich egal sind. Es wird immer so getan, als wäre Deutschland ein Hochpreisland in Bezug auf Kraftstoffe, aber bei dieser Entwicklung, die am weitesten vorangaloppiert und in der Trends für die Bevölkerung gesetzt werden, in dem Bereich ist es völlig egal, wie viel verbraucht wird. Gegen diese Fehlentwicklung hilft in der Tat nur das, was Herr von Beust im eingangs erwähnten Interview als Tabubruch erklärt hat: Wir brauchen ein Tempolimit, und zwar fix und bundesweit.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Haben wir doch!)

– Nein, Herr Ploog, wir haben kein generelles Tempolimit auf den Autobahnen.

Sie müssen sich auf diesem Gebiet bewegen, da muss etwas passieren. Wir können übrigens in Hamburg anfangen. Das einzige Teilstück Autobahn, die BAB 7 zwischen dem Elbtunnel und dem Horster Dreieck, das noch kein Tempolimit hat, hatte eines und wer es damals aufgelöst hat, war Herr Schill.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Nee! – *Wolfhard Ploog CDU*: Stimmt, da haben Sie recht!)

Diesen einzigen Fehler auf Hamburger Gebiet können Sie schon mal sofort ausmerzen und dann können wir uns gemeinsam an die Bundesratsarbeit machen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

C **Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe**: Herr Engels hat das Wort.

Hartmut Engels CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Lühmann, Ihr Antrag rangiert auf der Tagesordnung unter Klimaschutz. Ich weiß, dass das nicht die Überschrift Ihres Antrags ist,

(*Olaf Ohlsen CDU*: Thema verfehlt!)

sondern dort steht präziser: "Hamburger Bundesratsinitiative für ein Tempolimit und eine Senkung der CO₂-Emissionen". Das hat etwas mit Klimaschutz zu tun, aber der Begriff Klimaschutz,

(*Jörg Lühmann GAL*: Darüber habe ich auch gesprochen!)

auf den Sie am Anfang sozusagen im Nachklappern zur Aktuellen Stunde eingegangen sind, ist natürlich nicht vollständig abgehakt.

Vom Grundsatz her ist es natürlich richtig, dass ein Tempolimit ein erwägenswerter Gesichtspunkt für eine Reduzierung des Treibstoffes ist. Sie schreiben in Ihrer Drucksache richtig, dass der Treibstoffverbrauch überproportional steigt, wenn man mit Tempo 250 fahrt, und haben vorhin Porsche genannt. Aber Sie haben in Ihrer Debatte weitgehend an der Sache vorbeigeredet. In Ihrem Antrag steht "auf Autobahnen" und Sie haben dauernd über die Stadt gesprochen. Ich nenne Ihnen mal das Problem in der Stadt.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

D Es ist zwar so, dass bei hohen Geschwindigkeiten der Verbrauch überproportional steigt, es aber ein Optimum einer Geschwindigkeit gibt, die nicht bei null liegt, was den Verbrauch angeht, sondern je nach Fahrzeug und Gangschaltung erst im Bereich von ungefähr 50 liegt. Die Behauptung, mit zunehmender Geschwindigkeit steige der Treibstoff, trifft so nicht zu. Es gibt ein Minimum, das wäre das Optimum. Das war das Ziel unserer Verkehrspolitik und auch der Tempomaßnahmen in der Stadt. Wenn zum Beispiel der Verkehr dauernd zu Staus führt, dann ist das natürlich ein entsetzlich hoher CO₂-Ausstoß, den man einkalkulieren muss. Es kommt also nicht nur darauf an, immer von Tempolimit zu sprechen, sondern mit Verstand für ein vernünftiges und flüssiges Tempo zu sorgen, was zur Reduzierung von CO₂ führt. Es ist nicht so, wie Sie sagen, dass jedes Tempolimit automatisch den Treibstoffverbrauch minimiere; das trifft einfach nicht zu. Diese Politik haben wir von Anfang an verfolgt und die haben Sie vorher nicht verfolgt, im Gegenteil, Sie haben noch Bremsermaßnahmen eingebaut. Ich erinnere zum Beispiel an die Busspuren und zahlreiche Initiativen Ihrerseits, möglichst Straßenpuren dichtzumachen. Im Grunde genommen haben Sie eine Verkehrsverhindungspolitik betrieben, die letzten Endes dazu geführt hat, dass gerade in unserer Stadt der Treibstoffverbrauch unrealistisch hoch war.

(Beifall bei der CDU – *Olaf Ohlsen CDU*: So ist das!)

Das gleiche gilt, weil Ihr Antrag nur auf Autobahnen zielt, Sie aber allein die Stadt genannt haben, natürlich auch für Autobahnen. Im Grundsatz ist Tempolimit ein erwägenswerter Gedanke, aber der Verkehr hat natürlich auch gewisse Aufgaben, die von volkswirtschaftlicher

A Bedeutung sind. Es geht natürlich auch darum, dass Güter und Waren, aber auch Menschen, die Dienstleistungen vertreten, in einer vernünftigen Zeit von Ort zu Ort kommen. Wenn Sie zum Beispiel eine Geschwindigkeitsminderungsmaßnahme betreiben, die dafür sorgt, dass wir doppelt so viele Autos brauchen, um Waren und Güter zu transportieren, dann haben Sie das Gegenteil von CO₂-Minderung betrieben.

(Beifall bei der CDU)

Sie müssen also bei diesen Fragen nicht nur einseitig argumentieren, sondern den ganzen Komplex der Überlegungen mit einbeziehen.

Ich werfe Ihnen leider vor – ich hoffe, dass wir uns darüber in Zukunft vernünftig unterhalten, das geht auch zum Teil in Ihre Richtung –, dass Sie hierbei viel zu einseitig vorgegangen sind und nur auf ein Schlagwort gesetzt haben, das Sie meinen, im Moment politisch-populistisch gut anwenden zu können, das aber in der Sache nicht zutrifft. Aber ich bin gerne bereit, auch Ihnen einmal Lektionen zu erteilen – wie Sie das versucht haben –, welche Treibstoffverbräuche verschiedene Tempos haben, welche Tempos dafür sorgen, dass es nicht zu Staus kommt, die sehr CO₂-steigernd wirken, und wie wir andere Maßnahmen differenziert treffen können, damit wir zum gemeinsam gewünschten Erfolg, nämlich einer Reduzierung von CO₂, kommen. Insofern können wir natürlich Ihrem Punkt 1 mit dieser schlichten generellen Tempolimitierung nicht zustimmen.

Ich komme damit zum Punkt 2. Da geht es um die 120 Gramm pro Kilometer, die im Moment auch auf europäischer Ebene in der Debatte sind. Es ist einzuräumen,

B dass deutsche Fahrzeuge zwar sehr gute Eigenschaften haben. Bei ihnen wurde zum Beispiel zuerst der Katalysator eingeführt. Aber sie haben, was den CO₂-Ausstoß betrifft, einen gewissen Nachholbedarf und das wissen Sie. Wir haben es nach schwerwiegenderen und schwierigen Verhandlungen – Herr Verheugen kann Ihnen ein Lied davon singen – erreicht, dass wir uns gegen die Initiative, die im Wesentlichen die deutsche Autoindustrie treffen würde, auf 130 Gramm pro Kilometer geeinigt haben. Ich halte das für eine vernünftige Lösung, die im Detail natürlich auch noch erörtert werden kann – auch im Ausschuss, denn der Überweisung haben wir zugesagt.

Nur, schlicht und ergreifend einmal eben ohne Kenntnisnahme der Diskussion, die auf europäischer Ebene und auf Bundesebene – auch unter dem Einfluss der Bundesregierung und natürlich auch unter Wahrung der Interessen der deutschen Automobilindustrie – stattgefunden hat, alles zu fordern, geht nicht. Wir können nämlich unglaublich viele Maßnahmen wie soziale Maßnahmen, Bildungsmaßnahmen und im Übrigen auch Umweltmaßnahmen nicht tätigen, wenn wir schlicht und ergreifend einen wichtigen Industriezweig in eine sehr schwierige Situation treiben. Das muss ich dazu auch einmal sagen. Ihre ganzen Umwelteffekte sind dahin, wenn dieses Land daran krankt, dass ein wichtiger Teil der Industrie nicht mehr wie bisher in aller Welt ihre Produkte produzieren und verkaufen kann. Sie werden sich noch wundern.

(Beifall bei der CDU)

Um es zusammenzufassen: Die generelle Richtung, die Sie angeben, ist nicht falsch. Wir sollten tatsächlich überlegen, an welcher Stelle ein Tempolimit notwendig ist und an welcher nicht. Im Übrigen kann man auch einmal über-

C legen, ob es nicht auch ein Mindesttempo geben sollte, um zu einer Stauvermeidung zu kommen, das einmal nebenbei. Auch hier sollte man bitte noch differenzieren. Der zweite Punkt, dass deutsche Fahrzeuge ihren Treibstoffverbrauch durch Nutzung neuer Technologien weiter senken müssen, ist umstritten. Insofern stimmt die Richtung Ihres zweiten Teils, nur die Zahlovorgabe geht schlicht und ergreifend an den Realitäten vorbei. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Bevor Frau Dr. Schaal das Wort bekommt, wäre es ganz hilfreich, wenn diese Gegenparlamente an den Enden der Sitzreihen sich auflösen würden beziehungsweise aus Höflichkeitsgründen vielleicht dort nicht so gesessen wird, dass man nur Rückseiten sieht. – Frau Dr. Schaal, Sie bekommen das Wort.

(Unruhe im Hause – Glocke)

– Ich habe es Ernst gemeint. Vielleicht hilft es einigen Abgeordneten auch, wenn man sie namentlich aufruft und darauf hinweist, dass Gegenparlamente und Gegendebatten zu unterlassen sind. Ich finde, wir sollten jetzt einfach dieser Debatte zuhören und Frau Dr. Schaal bekommt das Wort.

Dr. Monika Schaal SPD:* Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin etwas überrascht, Herr Engels, denn was Sie hier geboten haben, war im Grunde genommen eine Fundamentalkritik am Bürgermeister.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

D Denn der Erste Bürgermeister war es doch, der sehr populistisch, wie Sie sagen, gefordert hat, dass die bürgerlichen Parteien einmal über ein Tempolimit auf Autobahnen nachdenken müssten, um den Klimaschutz voranzubringen. Aber ich denke, Herr Engels, das Nachdenken und das "Darüber sprechen" alleine hilft nicht, vor allen Dingen nicht dem Klima – Handeln ist angesagt. Das gilt natürlich auch für den Ersten Bürgermeister. Ich bin eigentlich etwas enttäuscht, dass er nicht hier ist, denn er hat schließlich die Debatte losgetreten. Es sind seine Thesen und es wäre gut, mit ihm darüber zu reden. Das geht nun leider nicht.

Allerdings schließen wir uns dem Antrag der GAL an. Wir sind der Meinung, der Bürgermeister sollte in den Bundesrat gehen und für ein generelles Tempolimit auf Autobahnen und auch dafür, dass der CO₂-Ausstoß von Pkw bis 2012 auf 120 Gramm pro Kilometer begrenzt wird, werben. Liebe Kollegen in der CDU, schließen Sie sich also dem Antrag und uns an,

(Beifall bei Christian Maaß GAL)

denn Ihre Kollegen auf Bundesebene sind schon viel weiter. Die CDU-Kollegen auf der Bundesebene sind geradezu entfesselt und wollen die Grünen in Sachen Klimaschutz übertreffen. Allerdings wartet die Welt immer noch auf Ihre Vorschläge.

(Beifall bei der GAL)

Aber hier haben Sie doch schon einmal die Möglichkeit vorzupreschen. Das ist doch eine schöne Gelegenheit. Sie sollten den Antrag gleich beschließen und den Bürgermeister bitten, in den Bundesrat zu gehen.

A Dem Klima reicht es nicht, kostenlose Parkplätze für Hybridautos zu fordern, wie es zum Beispiel der Berliner Kollege Friedberg Pflüger tut. Es reicht auch nicht, dass der Bürgermeister bedauert, dass die Automobilindustrie nun leider ihre Zusagen zur Schadstoffreduzierung nicht eingehalten hat. Vor fast zehn Jahren – das wissen Sie auch, Herr Engels – hat die Automobilindustrie sich freiwillig verpflichtet und versprochen, die CO₂-Emissionen der Flotte bis 2008 auf 140 Gramm zu senken. Das Versprechen wurde nicht eingehalten, wie wir wissen. Jetzt ist die Politik an der Reihe. Jetzt ist der Erste Bürgermeister gefragt. Er ist in der Union zuständig für die Bewahrung der Schöpfung, für Umwelt, Klima und Verbraucherschutz. Er muss jetzt in den Bundesrat gehen und dort die verbindlichen Abgaswerte für Autos einfordern.

Sparsame Autos sind gut für das Klima, schonen die Umwelt und vor allen Dingen auch das Portemonnaie. Der Bürgermeister kann mit einer Bundesratsinitiative bei diesem Thema viel bewegen. Aber, so wie es aussieht – Sie haben es im Fahrplan gelesen –, wird daraus nichts. Die CDU will den Antrag der GAL jetzt überweisen, ganz anders als sonst. Das nenne ich Beerdigung erster Klasse.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Einige Aufrichtige in der CDU auf Bundesebene sind schon ein Stückchen weiter, wie die umweltpolitische Sprecherin der CDU-Bundestagsfraktion, Marie-Luise Dött. Sie hat inzwischen eingesehen, dass die Selbstverpflichtung der Industrie als politisches Instrument durch die Autoindustrie in Misskredit geraten ist. Auch der bayerische Umweltminister Schnappauf hat gesagt, dass für einen konsequenten Umweltschutz die Selbstverpflichtung nicht ausreiche. Selbst der deutsche Autopapst, Herr Professor Dudenhöffer, zeigt sich verärgert über die ständige Hinhaltetaktik der Automobilindustrie und sagt, Blockaden hätten noch nie ein Problem gelöst. Recht hat er.

Dabei sind die deutschen Autohersteller durchaus in der Lage, effiziente Autos zu bauen. Sie haben auch einiges geleistet, Herr Engels hat darauf hingewiesen. Der Kat ist eingeführt worden, beim Dieselrüssfilter hat es nicht so gut geklappt. Aber der Kat ist eingeführt worden, weil die Politik sich nicht hat kirre machen lassen. Der damals für Umwelt zuständige FDP-Minister Genscher hat sich die Beschwerden der Mineralölindustrie und der Autoindustrie angehört, als es um den Kat ging, und hat gesagt:

"Meine Damen und Herren von der Öle, interessant, was Sie sagen, aber versuchen wir es doch trotzdem einmal."

Es wurde versucht und es ging. Und die Welt ist nicht zusammengebrochen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Man muss der Industrie nur sagen, wo es lange geht. Man muss klare Grenzwerte setzen, dann herrschen auf dem Markt gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle. Das ist ein Idealzustand für einen Markt. Der Bürgermeister sieht das aber anders. Er meint, Gesetze wären Bürokratie, und er hätte es lieber, dass die EU mit den Automobilherstellern Verträge über die Verringerung des Kohlendioxidausstoßes abschließt. Bei Vertragsbruch sollen dann gegenüber der Industrie harte Strafen verhängt werden.

C Was sieht der Bürgermeister eigentlich für Politiker vor, die vertragsbrüchig werden? Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass der Bürgermeister in allen seinen Äußerungen zum Klimaschutz stereotyp ein Petuum hat: Die Laufzeiten der Kernkraftwerke müssen verlängert werden. Die Begrenzung der Laufzeiten der Kernkraftwerke wurde aber im Jahr 2000 zwischen der Industrie und der Politik ausgehandelt und dieser Vertrag ist dann zum Gesetz geworden. Die CDU und namentlich der Bürgermeister werden nicht müde, landauf, landab diesen Vertrag infrage zu stellen und geradezu zum Vertragsbruch aufzurufen und zu fordern, die Kernkraftwerke müssten länger laufen. Dafür gibt es nur eine Strafe – Abwahl 2008.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Noch eins zum Schluss: Sie sollten wissen, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger gegen Kernkraft ist. 65 Prozent der Bürgerinnen und Bürger wollen den Ausstieg aus der Atomenergie und das reicht uns. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Maaß.

D Christian Maaß GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Engels und auch Herr Gedaschko, Sie haben gesagt, Sie bräuchten noch fünf Monate Zeit, um Ihr Konzept vorzulegen. Wenn ich mir die Reaktionen aus Ihrer Fraktion auf die Rede von Herrn Engels anschau, dann klang mir das so, als ob noch relativ viel Überzeugungsarbeit an dem einen oder anderen Punkt zu leisten wäre. Ich möchte für Sie und uns alle sehr hoffen, dass diese fünf Monate Überzeugungsarbeit dann auch tatsächlich ausreichen werden. Ich habe nach Ihrem Beitrag eine gewisse Skepsis.

(Beifall bei Manuel Sarrazin GAL)

Schaut man sich an, wie die Reaktionen waren, dann haben Sie immer dann Beifall bekommen, wenn Sie ein bisschen in die alte Leier verfallen sind, also da, wo es darum ging, das Tempo zu steigern, den Verkehrsfluss zu steigern – dass es doch darum ginge und das das einzig Richtige sei, um Klimaschutz zu betreiben. Überall dort, wo Sie tatsächlich ein bisschen ins Nachdenken gekommen sind und von den alten Dogmen heruntergekommen sind – was ich Ihnen anrechne – und gesagt haben, dass man vielleicht wirklich überlegen müsse, ob das mit einer Tempobeschränkung auf den Autobahnen sinnvoll sei, gab es ziemlich frostiges Schweigen.

Aber ich finde es gut, dass tatsächlich Bewegung in diese Debatte kommt. Ich finde es auch gut, dass die Bevölkerung offenbar schon viel weiter ist als viele auch in Ihrer Fraktion, wo sich tatsächlich auch eine Mehrheit für ein Tempolimit auf Autobahnen abzeichnet. Denn man muss sich das einmal überlegen: In allen zivilisierten, industrialisierten Ländern dieser Welt gibt es Tempolimits auf Autobahnen. Da stellt sich doch die Frage, ob diese anderen Länder nicht irgendwie recht haben – nicht nur unter Klimaschutzgesichtspunkten, sondern auch aus Gründen der Verkehrssicherheit.

(Hartmut Engels CDU: Und wie ist es bei der Kernkraft?)

Wenn man einmal aus dem Ausland nach Deutschland zurückkommt und feststellen muss, wie hier fahrlässiger-

A weise auf deutschen Autobahnen Menschenleben gefährdet werden, dann muss man doch schlicht feststellen, dass wir hier in Deutschland, was das Tempolimit angeht, irgendwie einen latenten Schaden haben und dass es über Jahrzehnte ein Tabu gewesen ist – auch unter Rot-grün –, dieses Tempolimit anzupacken, und dass der Autokanzler davorgestanden hat. Ich finde, wir sollten alle zusammen die Bewegung, die wir jetzt beim Klimaschutz haben, nutzen, um endlich einmal für Sicherheit auch auf Deutschlands Straßen zu sorgen.

(Beifall bei der GAL)

Da hätte man einmal die Gelegenheit, Butter bei die Fische zu bringen und ein Tempolimit voranzutreiben und die Führerschaft, die der Erste Bürgermeister innerhalb der Bundes-CDU übernommen hat, in eine Initiative münden zu lassen.

Ich möchte noch einen anderen Punkt ansprechen. Das betrifft die Glaubwürdigkeit, das ging auch durch die Presse. Jeder Bundesminister und jeder EU-Kommissar musste sich fragen lassen, wie viel CO₂ sein Auto ausstößt. Diese Frage muss man auch an den Ersten Bürgermeister und an den Umweltsenator richten. Wir haben das mit einer Kleinen Anfrage gemacht. Da muss man einfach einmal die Frage stellen, ob es wirklich notwendig ist, dass der Erste Bürgermeister, wenn er durch die Stadt fährt, dabei praktisch virtuell 300 Pferde neben sich her galoppieren hat. An knapp 300 PS kommt sein Mercedes der E-Klasse heran. Der Bürgermeister hat also ein ganzes Kavalleriebataillon hinter sich, wenn er vom Rathaus zur Stadthausbrücke oder sonst wo hin – ein paar Schritte – fährt. Das ist doch auch etwas, bei dem man sich fragen muss, ob das richtig sein kann. Wenn man wirklich glaubwürdig sein will, muss man anfangen, sich zu fragen – auch der Umweltsenator muss sich das fragen, wenn er glaubwürdig sein will –, ob es wirklich erforderlich ist, zwei Hundertschaften von Pferden neben sich hergaloppieren zu lassen. Da wäre meine Bitte, sich an einem Oberbürgermeister einer anderen Stadt in Deutschland zu orientieren. Tübingen hat einen neuen Oberbürgermeister bekommen. Der hat sich auch ein neues Dienstauto angeschafft, einen Toyota Prius.

(Beifall bei der GAL – Wolfgang Beuß CDU: Wollen Sie Tübingen mit Hamburg vergleichen?)

Wenn man das von den Werten her einmal vergleicht, was die Flotte des Senats verbraucht und was der Oberbürgermeister von Tübingen verbraucht, sind das ganz erstaunliche Unterschiede. Die EU-Kommission ...

(Unruhe im Hause – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Maaß, ich muss Sie leider unterbrechen. – Die Bezugsquellen wird Herr Maaß hinterher nennen. Deswegen müssen Sie jetzt nicht so aufgereggt dazwischenreden. – Herr Maaß, Sie haben das Wort.

Christian Maaß (fortfahrend): Um Ihnen einmal einen Anhaltspunkt zu geben, worüber wir reden: Die EU-Kommission strebt mit der Richtlinie, die debattiert wird, an, den Treibhausgasausstoß von Neufahrzeugen bis 2012 auf 120 Gramm pro Kilometer festzusetzen. Der Erste Bürgermeister hat einen Wert von 240 Gramm pro Kilometer, liegt also ungefähr beim Doppelten. Der Umwelt senator liegt derzeit noch ungefähr bei 230 Gramm pro Kilometer. Sie können das gerne noch einmal richtig-

C stellen. Ich rede über das, was Sie jetzt fahren, Herr Gedaschko. Der Toyota Prius in Tübingen, von dem ich gerade sprach, stößt 104 Gramm aus. Hier wäre es also ein Leichtes, 60 Prozent des CO₂-Ausstoßes einzusparen. Hier anzufangen wäre doch ein erster Schritt, um wirklich Glaubwürdigkeit im Senat einzufordern. Denn wenn wir von den Bürgern verlangen, dass sie CO₂ einsparen, dann müssen wir Politiker doch bitte auch mit gutem Beispiel vorangehen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Das wäre jetzt die Möglichkeit, sich vom obersten Klimaverschmutzer zum obersten Klimaschützer zu verändern, Herr Gedaschko.

Herr von Beust hat aber als oberster CDU-Umweltschützer auch noch bei anderen Punkten die Möglichkeit, für Glaubwürdigkeit zu sorgen. Da gibt es ein paar Punkte, zu denen er neben den Bundesratsinitiativen, die wir konkret einfordern, auch noch weitere einfordern sollte – das wäre ein Leichtes –, beispielsweise den CO₂-Ausstoß als Bemessungsgrundlage für die Kraftfahrzeugsteuer zu nehmen. Das wäre ein sinnvolles Anliegen, das Sie auch voranbringen sollten. Das Dienstwagenprivileg sollte auch nur noch für solche Kraftfahrzeuge gelten, die einen vernünftigen CO₂-Ausstoß haben. Da muss sich auch dringend etwas ändern. Die Lkw-Maut sollte auch auf die kleineren Lastkraftwagen ausgeweitet werden, das wäre dringend erforderlich. Über Tempolimits haben wir schon gesprochen. Verbraucherinformationen: Wieso hat eigentlich jeder Kühlschrank, den man sich im Supermarkt kaufen kann, eine simple Kennzeichnung, bei der man sofort erkennen kann, ob dieser Kühlschrank energieeffizient ist oder nicht? Bei einem Auto muss ich mich erst richtig schlau machen und überhaupt wissen, ob 120 oder 200 Gramm pro Kilometer viel oder wenig sind. Es wäre doch sinnvoll, diese Kennzeichnung auf Autos zu übertragen, damit Autokäufer wissen, woran sie sind, wenn sie einkaufen.

D

Zur Veränderung des Modal Split, der Senkung des Anteils des Automobilverkehrs zugunsten einer Verstärkung des Anteils der Bahn, des Fahrradfahrens und des Fußgängerverkehrs, wären doch auch überall in Hamburg Maßnahmen möglich, aber selbstverständlich auch auf Bundesebene. Hier erwarten wir von Ihnen in Ihrer Eigenschaft nicht nur als Umweltsenator, sondern auch als Verkehrssenator, dass Sie Akzente setzen. Es ist in diesem Fall wirklich einmal eine Chance, diese beiden Ämter miteinander zu verbinden. Deswegen der dringende Appell an Sie, Herr Gedaschko, tatsächlich einmal Butter bei die Fische zu bringen und für Glaubwürdigkeit zu sorgen und Initiativen für Klimaschutz durch den Verkehr voranzutreiben.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Engels.

Hartmut Engels CDU: Frau Präsidentin! Herr Maaß, natürlich bin ich auch sehr dafür, dass Politiker mit gutem Beispiel vorangehen.

(Dr. Monika Schaal SPD: Was haben Sie denn verstanden?)

Nur, Sie wissen und die Boulevardpresse hat es in den letzten Tagen auch ausgespielt, dass in der Frage der

A Dienstwagen, insbesondere auch was die Sicherheit sowohl des Kanzlers wie seiner Minister wie auch des Hamburger Bürgermeisters betrifft, es nicht nur nach Tübinger Maßstäben gehen kann. Ich finde, dass Sie da schon ein bisschen in den Bereich der Klamotte geraten sind. Gehen Sie doch nicht auf alles ein, bei dem die Boulevardpresse den Neid und die Wut auf die Politiker wieder einmal zelebriert. Das fand ich ein bisschen daneben.

(Beifall bei der CDU – Dr. Monika Schaal SPD: Sie teilen schon wieder Kopfnoten anstatt vernünftiger Argumente aus!)

Wie gesagt, das soll nicht bedeuten, dass nicht versucht werden soll, den Treibstoffverbrauch wenigstens zu mindern. Das ist schon in Ordnung.

Ein weiterer Punkt – damit bin ich dann auch am Ende: Es geht um Ihre Bemerkung, was das Tempolimit und das Lernen von anderen Ländern betrifft.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Engels, ich weiß, dass Sie bei Ihrer zweiten Bemerkung sind, aber würden Sie Frau Goetsch ein Zwischenfrage beantworten?

Hartmut Engels (fortfahrend): Wollen wir das wirklich länger machen? – Okay.

Zwischenfrage von Christa Goetsch GAL: Herr Engels, Sie sind ja auch von Hause aus Lehrer. Ich wollte Sie einmal fragen, was Sie von dem Thema Vorbildfunktion halten?

Hartmut Engels (fortfahrend): Das habe ich doch eben gesagt. Ich habe gesagt: Vorbild ist immer gut.

Christa Goetsch (fortfahrend): Nur nicht beim Senat.

Hartmut Engels (fortfahrend): Zum Beispiel habe ich mich als Lehrer bemüht, immer aufzupassen, was die anderen vorher gesagt haben. Aber lassen wir das.

Ich will noch eine Anmerkung zum Thema Tempolimit machen. Ich bin sehr viel, insbesondere in skandinavischen Ländern, unterwegs. Vielleicht hat mich das auch zu einem grundsätzlichen Wohlwollen veranlasst, was das Tempolimit betrifft. Aber wenn Sie darauf herumreiten, dass wir von anderen Ländern lernen sollen, und in der Debatte die Kernenergie eine Rolle spielt, dann muss ich Ihnen sagen, dass Sie dort auch einmal auf andere Länder achten sollten. Denn wir sind – vielleicht noch mit Österreich und Italien – eine einsame Achse in dieser Welt. Wir sind gerne bereit voneinander zu lernen. Ich bin gerne bereit von anderen Ländern zu lernen, was das Tempolimit betrifft. Dann seien Sie es bitte auch bei der Kernenergie. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer einer Überweisung der Drucksache 18/5725 an den Umweltausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? –

Das Überweisungsbegehr ist einstimmig angenommen C worden.

Wir kommen zu Punkt 21 der Tagesordnung, Antrag der CDU-Fraktion: Situation der Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler in Hamburg verbessern.

[Antrag der Fraktion der CDU:
Situation der Nachwuchswissenschaftlerinnen und
Nachwuchswissenschaftler in Hamburg verbessern –
tenure track ermöglichen – Drucksache 18/5719 –]

Unter den Geschäftsführern ist einvernehmlich beschlossen worden, diese Debatte nicht zu führen. Wir kommen dann sofort zur Abstimmung. Wer einer Überweisung der Drucksache 18/5719 an den Wissenschaftsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehr ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen zu Punkt 11 der heutigen Tagesordnung: Bericht des Schulausschusses zum Thema "KESS 4 und 7".

[Bericht des Schulausschusses über das
Thema "KESS 4 und 7"
(Selbstbefassung gemäß § 53 Absatz 2 GO)
– Drucksache 18/5665 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Buss, bitte.

Wilfried Buss SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Sommer 2004, also vor zwei-einhalb Jahren, wurde die erste KESS-Studie veröffentlicht und im November 2006, gut zwei Jahre später – das ergibt sich auch logisch aus dem Ganzen –, stellte uns Professor Bos die zweite Kess-Studie, KESS 7 genannt, vor. Beide Ausschussberatungen sind im vorliegenden Bericht in dieser Drucksache, die wir heute besprechen, an die Bürgerschaft zusammengefasst.

Zuerst möchte ich auf die Erkenntnisse der KESS 4-Studie eingehen. Professor Bos stellte fest, dass die damals getesteten Hamburger Schülerinnen und Schüler am Ende der Klasse 4 im Umfang von fast einem Schuljahr mehr gelernt hatten als die vergleichbaren Kinder aus der LAU 5-Untersuchung 1996. Eine wesentliche Ursache für diesen Erfolg – denn es ist ein toller Erfolg, wenn Kinder am Ende einer Grundschulzeit mehr können als zum Beispiel die Kinder, die acht Jahre vorher die Grundschule hinter sich gebracht haben, das ist ein Erfolg, den das ganze Parlament eigentlich nur gut finden kann – war der vermehrte Unterricht, so wurde uns im Ausschuss dargelegt, durch die verlässliche Halbtagsgrundschule. Ich sage ausdrücklich: Es ist nur eine wesentliche Ursache.

Zum damaligen Beratungszeitpunkt aber wurde schon deutlich, dass der Senat nicht im Traum daran dachte, die zutage getretenen Vorteile für die nächsten Jahrgänge fortzusetzen. Im Gegenteil, der CDU-Senat hat die Förderprogramme für die Grundschule drastisch gekürzt und die Klassen größer gemacht. Sie, Frau Senatorin Dinges-Dierig, haben damals angefangen, die Axt an die Erfolge der Schulabgänger von morgen zu legen.

(Beifall bei der SPD und bei Christa Goetsch GAL)

A In der Ausschussberatung versprach Ihr damaliger Staatsrat Dr. Schmitz – wer kennt ihn noch? –, dass er den Unterrichtsanteil für die Grundschulkinder als Konsequenz aus den Erfolgen der verlässlichen Halbtagsgrundschule eher vergrößern wolle – also mehr Unterricht. Stichwort des Vertreters der Behörde war "Ganztagschule für Grundschulkinder". Wie gesagt, das war vor zweieinhalb Jahren. Die BBS hat seitdem nichts als heiße Luft produziert und nichts getan. Denn 61 Prozent der Hamburger Schulen sind Grundschulen – also fast zwei Drittel, wenn man so will. Deren Anteil an den bestehenden Ganztagschulen liegt aber, man höre und staune, nur bei 16,5 Prozent – soviel zu Ankündigungen und Taten.

Dabei ist allen Schulpolitikern durch die KESS 4-Studie deutlich gemacht worden, dass der Geldbeutel der Eltern und der Schulerfolg der Kinder eng zusammenhängen. Je höher der soziale Status der Eltern ist, desto besser sind die Lernerfolge bereits bei Grundschulkindern. Hamburgs Grundschulen müssen deshalb mehr dagegen tun, dass sich diese Ungleichheit manifestiert.

(Beifall bei der SPD)

Aber dies hat die CDU systematisch verhindert. Nur zwei Beispiele aus der KESS-Studie für die, die sich das einmal ganz plastisch vorführen lassen wollen: Arme Kinder landen 22-mal häufiger in der Sonderschule als reiche Kinder. Das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen: Arme Kinder landen 22-mal so häufig in der Sonderschule wie reiche Kinder. Das steht, wissenschaftlich erhoben, in dieser Studie. 57 Prozent der Kinder in Klasse 5 der Haupt- und Realschulen sind aus den ärmsten Bevölkerungsschichten. Bei den Gymnasien sind 57 Prozent der Kinder aus den Sozialschichten der reichen Eltern.

Diese wenigen Zahlen dieser Studie beweisen schon einmal eines: ...

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Lemke?

Wilfried Buss (fortfahrend): Bitte.

Zwischenfrage von Dittmar Lemke CDU: Ich würde gerne Ihre Definition von Reich und Arm in diesem Zusammenhang wissen.

Wilfried Buss (fortfahrend): Kein Problem. Da brauchen Sie nur in die KESS 4-Studie zu sehen, denn gerade die Bildungsbehörde arbeitet mit genau diesen Werten. Wir haben eine Einteilung in sechs Sozialskalen bekommen. Darin ist das genau zusammengefasst. Dort ist der Sozialstatus von Eltern genau festgelegt worden. Die Ausstattung von Grundschulen, gerade in Ihren Anträgen, wird entsprechend auch auf diese Faktoren hin berechnet. Da haben Sie das ganz genau. Ich kann Ihnen das genau sagen. Die Eingruppierung in Stufe 1 und 2 kennzeichnet Familien mit entsprechend geringem finanziellem Hintergrund. Die Einstufung in 5 und 6 charakterisiert genau die Eltern, die in den obersten Einkommensklassen zu finden sind. Das ist hinten im vorletzten Teil der KESS 4-Studie genau nachzulesen. Hätten Sie da hineingeschaut, Herr Lemke, dann hätten Sie das genauso gewusst.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C Diese wenigen Zahlen aus dieser Studie 4 beweisen schon einmal eines: Das gegliederte Schulwesen hat deshalb versagt.

(Beifall bei Christa Goetsch GAL)

Die SPD-Forderung nach der Schule für alle ist die richtige Antwort zum gegenwärtigen Zeitpunkt.

(Beifall bei der SPD)

Wer weiterhin das gegliederte Schulwesen verteidigt, verhindert Chancengleichheit, das Ausschöpfen der Bildungspotenziale aller Kinder und damit Hamburgs Zukunft der klugen Köpfe als Hauptressource für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unserer Stadt und bildet letztendlich die Ständegesellschaft des Kaiserreiches in unseren Schulen weiterhin ab.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme jetzt zur zweiten Studie. Auch nach KESS 7 darf man sich erneut fragen, welchen Vorteil denn ein gegliedertes Schulwesen hat, denn die Überschneidungen, die wir dort bei den Lernständen der Kinder in allen Schulformen sehen konnten, waren doch frappierend.

Ein konkretes Beispiel hierfür ist, Herr Kollege Lemke, um das auf einen einfachen Nenner zu bringen: Die guten Hauptschüler hätten auch im Gymnasium mithalten können. Des Weiteren mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass der Vorsprung des KESS-Jahrgangs von fast einem Schuljahr, den ich anfangs erwähnt habe, interessanterweise nach zwei Schuljahren dahingeschmolzen war, wie zurzeit der Schnee.

D Das muss man sich einfach einmal klarmachen. Wir mussten also feststellen, dass dieser Vorsprung nach zwei Jahren CDU-Regierung nicht mehr vorhanden war. Diese Untersuchung hat somit für diese Senatorin zu einer wissenschaftlich abgesicherten Klatsche geführt.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Beuß CDU: Das ist nicht bewiesen!)

– Herr Beuß, KESS 7 beweist, dass es unter diesem CDU-Senat keine Verbesserung bei der Leistungsfähigkeit und insbesondere in der Leistungsqualität der Schulen gegeben hat. Der Senat hat in diesem Bereich seit 2001 die Zeit verschlafen. Er hat versäumt, eine attraktive Schule mit guten Ergebnissen für Hamburger Schülerinnen und Schüler einzurichten. Das ist die Wahrheit, die diese KESS 7-Studie Ihnen in das Stammbuch schreibt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Herr Professor Bos hat auch deutlich gemacht, wer die Schuld an diesem negativen Ergebnis trägt. Ich zitiere hierzu aus dem Protokoll der Schulausschusssitzung, das Ihnen vorliegt. Zunächst hat Frau Goetsch Herrn Professor Bos gefragt, ich zitiere:

"ob er sich erklären könne, warum die Lernfortschritte in Klasse 5 und 6 des Gymnasiums so bemerkenswert gering seien."

Hierauf antwortete Herr Professor Bos, ich zitiere:

"Er habe die Vermutung, Hamburg habe zuwenig in den Bereich Unterrichtsentwicklung investiert. Im Grundschatzbereich"

– das ist KESS 4 –

A "habe es neben Stundenerhöhungen auch Schulentwicklungsmaßnahmen mit dem Projekt PLUS und PRIMA gegeben. Dahingegen sei man in der Sekundarstufe I mit der Situation erhöhter Klassenfrequenzen und gleichzeitig suboptimaler Unterrichtsqualität konfrontiert worden. Deshalb könnten hier keine optimalen Lernzuwächse erwartet werden und es müsse dringend eine Gegensteuerung erfolgen."

Ich glaube, das sagt schon fast alles.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Gerade Sie, meine Damen und Herren von der CDU, sind doch jetzt gefordert. Herr Professor Bos hat uns allen, aber insbesondere Ihnen, weil Sie die Regierung unterstützen, in das Stammbuch geschrieben, dass Unterrichtsentwicklung das Gebot der Stunde ist. Diese Forderung, nämlich eine Verbesserung der Qualität von Schule, steht bei allen Debatten im Raum, sei es nun der Mathematik- oder der Musikunterricht. Das Einzige, was Ihnen hierzu einfällt, Frau Senatorin Dinges-Dierig, ist, neue Schultafeln anzuschaffen, eine zentrale Prüfung einzurichten, die wir auch in Ordnung finden oder das Zentralabitur mit verschärften Anforderungen einzuführen .

Diese Studien haben den großen Handlungsbedarf deutlich gemacht, der für den Lernerfolg aller Hamburger Kinder notwendig ist. Hierfür unternehmen Sie nichts. Vielleicht nutzen Sie heute in der Debatte einmal die Chance, uns etwas Konkretes zu den Vorhaben der Unterrichtsentwicklung zu sagen und produzieren nicht nur wieder heiße Luft, denn diese übermäßig produzierte heiße Luft hat seinerzeit bereits Ihren Staatsrat aus dem Amtssessel gehoben.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Buss, auf dem Rückweg zu Ihrem Platz gebe ich Ihnen noch zu bedenken, dass man Ausdrücke des Missfallens auch dem parlamentarischen Sprachgebrauch folgend äußern kann. Wenn Sie hierzu Rat und Hilfe benötigen, fragen Sie gern das Präsidium.

Herr Freistedt bekommt das Wort.

Marino Freistedt CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der gerade vernommene Beitrag gehört wohl eher zu dem Postengescharre und zur innerparteilichen Mobilisierung der Anhänger in der Kandidatenfrage der SPD,

(*Dr. Andrea Hilgers SPD: Thema, Thema!*)

als dass er eine sachgerechte Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen der KESS 7-Studie lieferte.

(Beifall bei der CDU – *Gesine Dräger SPD: Aber Herr Buss will doch gar nicht Bürgermeister werden!*)

Die SPD hat damit wieder einmal eine Chance vertan, ihre Sachkompetenz zu zeigen. Sie haben aus dem Desaster vierzigjähriger SPD-Bildungsmisere gar nichts gelernt. Ihr Lernzuwachs – so scheint mir heute –

(*Ingo Egloff SPD: Sie haben 'ne alte Platte drauf!*)

ist zumindest im Vergleich zu den Aussagen in der Enquete-Kommission eher bescheiden gewesen.

(*Wolfgang Beuß CDU: Der ist gesunken!*)

C Ich hoffe, dass wir in den nächsten Wochen eine doch stärkere Glaubwürdigkeit durch Ihre Argumentation erhalten, als wir sie soeben geboten haben.

(Beifall bei der CDU)

KESS 7, erhoben im Jahre 2005, hat einen sehr differenziert zu betrachtendes Bild über die Lernleistungen der Schülerinnen und Schüler ergeben. Es ist keineswegs so düster, wie es naturgemäß die Opposition uns glauben macht.

Daher danken wir auch der Gruppe um Professor Bos für die recht kluge Aufarbeitung. Die KESS-Studie ist von der CDU-geführten Behörde in Auftrag gegeben worden, weil seit Jahren – und das will ich festhalten – das Leistungsniveau zwischen der fünften und der neunten Klasse stark abgefallen ist. Dieser Trend war in dieser Dramatik in anderen Bundesländern nicht zu verzeichnen.

Anders als es die Opposition glauben macht, ist KESS 7 nicht ursächlich auf die Schulreformen der CDU zurückzuführen. Das wird auch in dem Gutachten an keiner Stelle erwähnt. Es ist daher nur eine Vermutung, von der Sie soeben ausgingen. Sie interpretieren das aus vordergründigen Motiven und – ich wiederhole mich – Sie verlieren hierbei auch an Glaubwürdigkeit.

D Wenn wir uns der Auswertung der KESS-Studie sachorientiert annehmen, dann stellen wir fest, dass der Umsteuerungsprozess notwendig war. Wir wollen von den curricularen Einzelentscheidungen und Vorgaben weg und müssen zu den neuen bereits von der CDU eingeführten Bildungsplänen mit verdeutlichten Kompetenzen hin. Das ist eines der Dinge, die wir – glaube ich – parteiübergreifend als richtig erkannt haben.

Es ist zu einfach, LAU 7-Resultate, die vor mehr als acht Jahren erhoben wurden, heute mit KESS 7-Ergebnissen ohne nähere Erläuterungen zu vergleichen, wie das soeben ausgeführt worden ist. Genauso gut wissen wir, dass sich seit 1993 – dem Einschulungsjahr der LAU 7-Schülerinnen und Schüler – und dem Prüfungsjahr 2005 der KESS 7-Schüler einige bedeutsame, aber auch problematische Verschiebungen ergeben haben. Das sind acht Jahre SPD-verantwortete Bildungspolitik, die wir nicht verschweigen dürfen, gegenüber dreieinhalb Jahren der CDU und das im Übrigen in einer Zeit der grundsätzlichen Neuorientierung der Schulen in ganz Deutschland und nicht nur in Hamburg. Weisen Sie also nicht mit Ihrem Finger auf die CDU, sondern berücksichtigen Sie auch Ihre eigene Verantwortung.

Ich möchte einige mir sehr aufgefallene Resultate nennen. Während 34 Prozent der Haupt- und Realschullehrerinnen und -lehrer bei dieser Untersuchung angaben, dass sie mit diagnostischem Material umgehen, ist das im Gesamtschulbereich eine kleinere Gruppe von 31 Prozent und im Gymnasium sind es sogar nur 16 Prozent.

Ähnlich sieht es bei der Frage des gemeinsamen Unterrichts aus. 39 Prozent der Haupt- und Realschullehrer würden den gemeinsamen Unterricht befürworten. Im Bereich der Gesamtschulen sind es laut Bos-Untersuchung nur 29 Prozent und 16 Prozent beim Gymnasium. Unsere Umsteuerung, die diagnostische Kompetenz zu verstärken, ist richtig und ist eine zweite Maßnahme. Die Notwendigkeit, dieses durchzuführen, wird mit den Zahlen, die ich gerade genannt habe, eindrucksvoll bestätigt.

A Ein weiterer Punkt ist die Heterogenität der Leistungsstreuung im Gymnasium. Die Heterogenität an sich ist doch kein Makel, sondern sie ist ein realistisches Abbild unserer Zeit. Das Gymnasium zeigt sehr deutlich die heterogene soziale Struktur der Elternschaft. Blicken Sie doch einmal in das Gegenteil. Man stelle sich einmal vor, dass die Leistungsstreuung so nicht vorhanden wäre. Das würde doch bedeuten, dass nur noch eine bestimmte soziale Elternschicht ihre Kinder auf das Gymnasium schicken würde. Die aufgezeichnete Heterogenität der Sozialstruktur, wie sie angegriffen wurde, ist also eine Stärkung unserer Leistungsgesellschaft. Es ist notwendig, dass wir uns die Frage nach den Konsequenzen aus der heterogenen Struktur stellen.

Aber glauben Sie mir, einfach zu erklären, dass wir mehr Lehrerstellen benötigen, überzeugt nicht, denn es gab Zeiten, in denen auf dem Papier mehr Lehrer an Hamburger Schulen unterrichteten, nur waren die Ergebnisse, die wir bei LAU, TIMMS oder PISA erfahren haben, wenig schmeichelhaft. Es ist in einer Zeit Ihrer Verantwortung passiert, sodass wir nicht einfach sagen können, dass wir jetzt die alte Platte von vorn machen. Also, belehren Sie uns nicht mit falschen, voreiligen Schlussfolgerungen, Herr Buss.

Eine weitere beunruhigende Tatsache möchte ich auch noch erwähnen. Das ist die Standardabweichung im Fach Englisch im C-Test. Sie betrug im Gymnasialbereich mit 122,9 Skalenpunkten über ein Drittel an Abweichung über dem Durchschnittswert. Das war eine zu erwartende Abweichung und ist ein positiver Effekt, auch infolge der Einführung des Englisch-Unterrichtes in der Grundschule aus Ihrem Verantwortungsbereich. Aber bei den integrierten Haupt- und Realschulen liegt der Wert mehr als eine Standardabweichung unter dem Mittelwert, wobei die dortigen Realschüler des integrierten Systems Haupt- und Realschule, jetzt zitiere ich Professor Bos:

"einen niedrigeren Mittelwert als die Realschülerinnen und -schüler der Haupt- und Realschule haben."

Dieses Ergebnis zeigt, dass wir sehr vorsichtig sein müssen, wenn wir zu Argumentationen greifen, wie Sie das als Opposition tun.

Die Senatorin hat die richtigen Maßnahmen ergriffen und sie kann sich auf die uneingeschränkte Unterstützung der CDU verlassen.

(Beifall bei der CDU)

So sind Kernkompetenzen in den Beobachtungsstufen erkannt und gestärkt worden. Wir haben über den veränderten Rhythmus der Stundenzeiten gesprochen, die den Schulen aufgegeben worden sind. Wir haben bereits über Förderkonzepte für Schulen mit schwachem KESS-Index diskutiert und wir haben die Klassenfrequenzen in den betroffenen Gebieten gesenkt. Des Weiteren haben wir uns die Stärkung der Durchlässigkeit und die Reduzierungen der Klassenwiederholungen bei gleichzeitiger stärkerer individueller Förderung der Schüler zur Aufgabe gemacht. Auch müssen wir – und das finde ich bemerkenswert – zusätzlich Jungen spezifische Lernkonzepte weiterentwickeln, weil wir in diesem Bereich große Nachteile haben.

(Karen Koop CDU: Sehr schön! – Olaf Ohlsen CDU: Schöner Ansatz! – Beifall bei der CDU)

C Das alles liegt bei diesem Senat in guten Händen. Das versichern wir den Bürgerinnen und Bürgern in der Freien und Hansestadt Hamburg. Die CDU schätzt den Beitrag, den die Lehrerinnen und Lehrer geleistet haben und die CDU wird gemeinsam mit dem Senat den Weg der Schulreform und der Qualitätssteigerung des Hamburger Bildungswesens gehen, so wie wir das auch in der Enquete-Kommission eingebracht haben.

Ich jedenfalls gebe die Hoffnung nicht auf, mit möglichst vielen von Ihnen eine bessere und qualitätsorientierte Schulstruktur zu schaffen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Freistedt, es geht heute Abend nicht um mehr Lehrerstellen, sondern um Unterrichtsentwicklung. Es war schon zum Schmunzeln, dass Sie soeben von der Dreigliedrigkeit gesprochen haben und dann erklären, dass Sie aber hinter der Senatorin und hinter dem Zwei-Säulen-Modell stehen. Das ist sehr spannend und wir werden in der Enquete-Kommission sehen, was hierbei herauskommt.

Es ist wirklich sehr schade, dass wir die Schuluntersuchung um diese späte Uhrzeit diskutieren, weil diese Untersuchung für die schulpolitische Diskussion eine enorme Sprengkraft beinhaltet.

(Wolfhard Ploog CDU: Dann melden Sie es nächstes Mal früher an!) D

Sie beschreibt letztendlich auch eine Bankrotterklärung von fünf Jahren CDU-Schulpolitik. Hier können wir Sie nicht aus der Pflicht nehmen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Sie können auch noch so viele Pirouetten drehen, Herr Freistedt, KESS 7 zeigt, dass die Hamburger Schülerinnen und Schüler in zwei Jahren – sprich: in der fünften und sechsten Klasse der Beobachtungsstufe – nach fünf Jahren CDU-Politik weniger lernen als vorher. Das gilt für alle Schulformen und das ist eine Bankrotterklärung.

Natürlich können Sie die Jahrgänge von KESS 7 und LAU 7 vergleichen, weil die Daten entsprechend vergleichbar sind. Man könnte wirklich behaupten, dass der KESS-Jahrgang im Gegensatz zum LAU-Jahrgang die vollen Auswirkungen dieser Politik zu spüren bekommen und viel von dem verloren hat, was vorher in der Grundschule gelernt worden ist. Das hat Herr Buss sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. In Bezug auf das Fach Englisch haben Sie das auch ehrlicherweise zugegeben.

Es gibt noch ein weiteres Ergebnis dieser Untersuchung, das eigentlich wie eine Bombe einschlagen müsste. KESS 7 zeigt eindeutig – und hier gebe ich Herrn Buss vollkommen recht –, dass das gegliederte Schulsystem nicht funktioniert. Ein Drittel der Haupt- und Realschüler könnte genauso gut in einem Gymnasium sitzen, sitzen sie aber nicht. Es sind gerade die Kinder aus den ärmeren Haushalten und Elternhäusern, die es nicht auf dem Königsberg schaffen. Das ist und bleibt eine Schande.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

A Aber das scheint Sie nicht zu kümmern, meine Damen und Herren von der CDU,

(*Olaf Ohlsen CDU: Na, na, na! – Wolfhard Ploog CDU: Nicht so leichtfertig!*)

wenn es um die soziale Frage und dann auch um das Zwei-Säulen-Modell geht. Ich vermute einmal, dass ein Großteil der CDU-Fraktion noch gar nicht weiß, was es bedeutet, wenn Sie sich auf die zwei Säulen einlassen, denn hier wird die soziale Spaltung nochmals verschärfter eintreten. Das werden wir en detail sicherlich noch diskutieren.

Wenn Sie nämlich konsequent sind, Herr Ploog,

(*Wolfhard Ploog CDU: Ja!*)

und das Zwei-Säulen-Modell einführen wollen, dann müssen Sie so konsequent sortieren, dass 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler aus dem Gymnasium auf die Stadtteilschule gehen.

(*Wolfhard Ploog CDU: Was zu beweisen wäre!*)

Das bedeutet, dass Sie auch erklären müssen, dass 20 bis 25 Gymnasien geschlossen werden. Ansonsten funktioniert Ihr System nicht.

(*Wolfhard Ploog CDU: Das ist Theorie!*)

Nicht umsonst hat der Schulforscher Bos beschrieben, dass man bei diesem System eine soziale Schieflage erhält, weil die Kinder reicher Eltern mit schwächeren Leistungen in den Gymnasien und die Kinder armer Eltern mit gleichem Leistungsniveau in den Stadtteilschulen sind.

(*Olaf Ohlsen CDU: Das ist dumm Tüch!*)

Viele kommen doch im Gymnasium durch, weil die Eltern die Nachhilfe bezahlen können, Herr Ploog. Der Wirtschaftsfaktor Nachhilfe ist hier in Hamburg doch immens. Wenn das nicht wäre, dann könnten Sie längst schon die Hälfte Ihres Ladens dichtmachen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Jetzt ist es aber so, dass 55 Prozent

(Zuruf von *Wolfhard Ploog CDU – Glocke*)

aller Kinder, Herr Ploog, wieder auf das Gymnasium angemeldet worden sind. Sie müssen aber langsam mal den Eltern erzählen, dass Sie so viele Schülerinnen und Schüler gar nicht auf dem Gymnasium haben wollen, denn in Ihrem Papier "Zwei Wege für Hamburg" schreiben Sie doch fest, wohin die Reise gehen soll. Das Gymnasium hat die höheren Ansprüche, die größeren Klassen und arbeitet mit mehr Zeitdruck. Wer nicht mitkommt, hat dort nichts verloren. Das ist die Botschaft Ihres Papiers, dass angeblich zwei Wege in Hamburg zum Erfolg führen.

Ich finde, dass wir grundsätzlich mit dem Sortieren in unseren Hamburger Schulen Schluss machen und lieber auf individuelle Förderung setzen sollten.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Dann kommen wir auch dorthin, dass die Kinder nicht mehr nach dem sozialen Status sortiert werden.

(*Wolfhard Ploog CDU: Werden sie ja gar nicht!*)

C Auch Ihr Programm "Rettet die Hauptschule", das Sie bereits begonnen hatten, ist hoffnungslos in einem Desaster geendet und so wird Ihr Zwei-Säulen-Programm ebenfalls enden.

(*Olaf Ohlsen CDU: Das glauben Sie doch wohl selbst nicht!*)

Das Programm wird nicht zu dem Ergebnis führen, weil es keinen namhaften Wissenschaftler gibt, der aus pädagogischen Gründen das Sortieren nach Klasse 4 befürwortet. Alle argumentieren, dass eine Schule für alle schon das richtige wäre, aber das kann man in Deutschland nicht durchsetzen. Hier frage ich mich, warum man das nicht durchsetzen kann. Die Antwort hierauf ist, weil man es gar nicht erst versucht.

(Beifall bei der GAL und bei *Luisa Fiedler SPD*)

Ich möchte meine Aufforderung an alle hier im Hause richten: Ich glaube, dass wir viel mehr umsetzen könnten und viel mehr Eltern mitgehen würden, wenn wir den Versuch einer Schule für alle unternehmen würden. Das wäre dann wahrhaftig ein historischer Schritt und kein fauler Kompromiss, wie Sie ihn vornehmen wollen, denn auch die KESS-Studie hat deutlich gemacht, dass Sie hier auf dem Holzweg sind. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stelle ich fest, dass die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

D

Wir kommen zum Punkt 4 der Tagesordnung, Drucksachen 18/5582, 18/5684 und 18/5685: Berichte des Eingabenausschusses.

[**Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben – Drucksache 18/5582 –]**

[**Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben – Drucksache 18/5684 –]**

[**Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben – Drucksache 18/5685 –]**

Ich beginne mit dem Bericht 18/5582, zunächst zu Ziffer 1. Wer der Empfehlung folgen möchte, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 635/06 abgegeben hat, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wer sich der Empfehlung anschließt, die der Eingabenausschuss zu der Drucksache 671/06 abgegeben hat, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist bei einigen Enthaltungen einstimmig angenommen.

Wer sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist bei nicht sehr starker Teilnahme auch mit Mehrheit angenommen.

Die in Ziffer 2 erbetene Kenntnisnahme ist erfolgt.

Nun zum Bericht 18/5684. Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer diesen folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

A Schließlich zum Bericht 18/5685, zunächst zu Ziffer 1. Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer diesen folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

– Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Von den Ziffern 2 bis 6 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie erhalten. Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer dem Überweisungsbegehr unter B zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Wer sich den Ausschussempfehlungen unter C anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Punkt 7 der Tagesordnung, Drucksache 18/5668, Senatsmitteilung: Stellungnahme zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 9./10. November 2005 – Drucksache 18/3070 – Opferschutz in Hamburg

[Senatsmitteilung:

Stellungnahme zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 9./10. November 2005 – Drucksache 18/3070 – Opferschutz in Hamburg – Drucksache 18/5668 –]

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen. Wer dem Überweisungsbegehr zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehr ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Punkt 18 der Tagesordnung, Drucksache 18/5723, Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 18/5108: 89. Änderung des Flächennutzungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg (Flächen für Wohnen und Gewerbe und für Wald westlich der Miendorfer Straße am nördlichen Ortsrand in Rahlstedt) sowie 75. Änderung des Landschaftsprogramms einschließlich des Arten- und Biotopschutzprogramms für die Freie und Hansestadt Hamburg.

[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 18/5108:

89. Änderung des Flächennutzungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg (Flächen für Wohnen und Gewerbe und für Wald westlich der Miendorfer Straße am nördlichen Ortsrand in Rahlstedt) sowie 75. Änderung des Landschaftsprogramms einschließlich des Arten- und Biotopschutzprogramms für die Freie und Hansestadt Hamburg (Senatsantrag)

– Drucksache 18/5723 –]

Wer der Ausschussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltun-

gen? – Das ist bei einigen Gegenstimmen angenommen

C worden.

Wir kommen zum Punkt 18 a der Tagesordnung, Drucksache 18/5762 Bericht des Wirtschaftsausschusses über die Drucksache 18/5354: Neunter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Neunter Rundfunkänderungsstaatsvertrag).

[Bericht des Wirtschaftsausschusses über die Drucksache 18/5354:

Neunter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Neunter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) (Senatsantrag)

– Drucksache 18/5762 –]

Wer sich der Ausschussempfehlung anschließt und das Gesetz zum Neunten Rundfunkänderungsstaatsvertrag aus der Drucksache 18/5354 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen angenommen worden.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht. Wer den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist auch in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

D

Wir kommen zum Punkt 18 b der Tagesordnung, Drucksache 18/5798, Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 18/5529: Weiterentwicklung und Umstrukturierung der HMG.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 18/5529:

Weiterentwicklung und Umstrukturierung der HMG (Senatsantrag) – Drucksache 18/5798 –]

Wer der Ausschussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht. Wer den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zum Punkt 25 der Tagesordnung, Drucksache 18/5726, Antrag der SPD-Fraktion: ProfiCard des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV).

[Antrag der Fraktion der SPD:

ProfiCard des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV)

– Drucksache 18/5726 –]

* Siehe Anlage Seite 3966

- A Wer diesen Antrag annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

C

Wir kommen zum Punkt 26 der Tagesordnung, Drucksache 18/5727, Antrag der SPD-Fraktion: Projekt einer Langzeitbeatmungsstation für Kinder und Jugendliche am Altonaer Kinderkrankenhaus – Finanzierung aus dem Sonderinvestitionsprogramm.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Projekt einer Langzeitbeatmungsstation für Kinder
und Jugendliche am Altonaer Kinderkrankenhaus –
Finanzierung aus dem Sonderinvestitionsprogramm
– Drucksache 18/5727 –]**

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Punkt 27 der Tagesordnung, Drucksache 18/5728, Antrag der SPD-Fraktion: Steilshoop an die großen Verkehrsachsen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) anbinden.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Steilshoop an die großen Verkehrsachsen des Öffent-
lichen Personennahverkehrs (ÖPNV) anbinden
– Drucksache 18/5728 –]**

Wer diesen Antrag annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

B

D

Wir kommen zum Punkt 30 der Tagesordnung, Drucksache 18/5800, Interfraktioneller Antrag: Entschließung zum Jubiläum der Städtepartnerschaft mit St. Petersburg und den Wahlen zur St. Petersburger Gesetzgebenden Versammlung.

**[Interfraktioneller Antrag:
Entschließung zum Jubiläum der Städtepartnerschaft
mit St. Petersburg und den Wahlen zur St. Peters-
burger Gesetzgebenden Versammlung
– Drucksache 18/5800 –]**

Wer diesen Antrag annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Sie mögen es bedauern, aber wir sind am Ende der Tagesordnung.

Schluss: 19.55 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren die Abgeordneten Roland Heintze und Dr. Diethelm Stehr nicht anwesend.

Anlage

(siehe Seite 3964 A)

Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO
für die Sitzung der Bürgerschaft am 14. Februar 2007

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs.-Nr.	Gegenstand
9	18/5656	Investitionsfonds des Sonder-Investitionsprogramms Hamburg 2010, hier: Ausbau des Kompetenz-Clusters Life Sciences, Projektförderung Life Sciences/NORGENTA
10	18/5664	Bericht des Schulausschusses
12	18/5687	Bericht des Umweltausschusses

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisung

TOP	Drs.-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
6	18/5700	Entwurf eines Gesetzes zur Deregulierung des Hamburgischen Landespflegerechts	SPD	Sozialausschuss

C. Einvernehmliche Ausschussempfehlungen

TOP	Drs.-Nr.	Ausschuss	Gegenstand
15	18/5713	Haushaltausschuss	Zustimmung der Bürgerschaft zu den finanziellen Auswirkungen des Verwaltungsabkommens zur Regelung der Zusammenarbeit des Bundes und der Länder im Vorhaben KONSENS (Koordinierte neue Software- Entwicklung der Steuerverwaltung)
16	18/5721	Stadtentwicklungs- ausschuss	Vergabe von Verkehrsleistungen auf der Bahnstrecke Hamburg – Rostock an die Deutsche Bahn Regio AG
17	18/5722	Stadtentwicklungs- ausschuss	Verordnung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Marmstorf 33